



SERVICESTELLE 
KOMMUNEN IN DER EINEN WELT



DIALOG GLOBAL

KOMMUNALE KLIMAPARTNERSCHAFTEN

Dokumentation der sechsten Projektphase | Nr. 61

Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW)

Telefon +49 228 20717-2670

info@service-eine-welt.de

www.service-eine-welt.de

Dialog Global – Schriftenreihe der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), Heft 61

Inhaltlich verantwortlich: SKEW, Dr. Stefan Wilhelmy

Projektleitung: Clemens Olbrich

Texte: Clemens Olbrich, Dr. Klaus Reuter, Moritz Schmidt

Redaktion: Clemens Olbrich, Dr. Klaus Reuter, Moritz Schmidt, Mandy Wagner

Titelbild: Ernst Ohlhoff

Layout, Satz und Umschlaggestaltung: Fabian Ewert, Königswinter

Druck: Bonifatius GmbH

100% Recyclingpapier, Vivus 89

Druck mit mineralölfreien Farben, CO₂-kompensiert

Bonn, Februar 2021

Nachdruck, auch auszugsweise, nur mit vorheriger Genehmigung des Herausgebers. Die Reihe „Dialog Global“ wird finanziell gefördert durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie die Bundesländer Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

Um die Lesbarkeit zu vereinfachen, sind in der vorliegenden Publikation die zur Gleichstellung der Geschlechter gebräuchlichen Schreibweisen nicht durchgängig verwendet worden. Sofern sich aus dem Kontext nicht explizit anderes ergibt, sind bei allen geschlechtsbezogenen Bezeichnungen selbstverständlich immer alle Geschlechter gleichermaßen angesprochen.

Dieses Druck-Erzeugnis wurde mit dem Blauen Engel ausgezeichnet.



DIALOG GLOBAL

KOMMUNALE KLIMAPARTNERSCHAFTEN

Dokumentation der sechsten Projektphase | Nr. 61

INHALT

Vorwort	5
1. Einleitung	7
1.1. Projektablauf	8
1.2. Arbeitsstrukturen und Kommunikation	9
1.3. Analyse und Erarbeitung Handlungsprogramme	11
1.4. Umsetzung und Weiterentwicklung	13
2. Vernetzung der beteiligten Kommunen	15
2.1. Ebenen der Vernetzung im Projekt	15
2.2. Workshops und Netzwerktreffen	16
2.2.1. Informationsworkshop für die deutschen Kommunen	16
2.2.2. Vorbereitungstreffen zum Auftaktworkshop (Erstes Netzwerktreffen) ...	17
2.2.3. Internationaler Auftaktworkshop	17
2.2.4. Zweites Netzwerktreffen der deutschen Kommunen	18
2.2.5. Netzwerktreffen der afrikanischen und lateinamerikanischen Kommunen.....	18
2.2.6. Drittes Netzwerktreffen der deutschen Kommunen	19
2.2.7. Viertes Netzwerktreffen der deutschen Kommunen	20
2.2.8. Internationaler Workshop zur Vorstellung der Handlungsprogramme	20
3. Berichte der kommunalen Klimapartnerschaften	23
3.1. Bremen – Windhoek, Namibia	23
3.2. Brühl – Dourtenga, Burkina Faso	27
3.3. Enkenbach-Alsenborn – Kinigi/ Distrikt Musanze, Ruanda	31
3.4. Hachenburg – Distrikt Gisagara, Ruanda	35
3.5. Ilsfeld – Kouga Local Municipality, Südafrika	38
3.6. Köln – Yarinacocha, Peru	42
3.7. Kreis Herford – Condega, Nicaragua	47
3.8. Landkreis Hameln-Pyrmont – Distrikt Alfred Nzo, Südafrika	51
3.9. Ludwigsburg – Ambato, Ecuador	55
3.10. München – Harare, Simbabwe	59
3.11. Schwäbisch Hall – Okahandja, Namibia	63
3.12. Viernheim – Silly, Burkina Faso	68
4. Fazit	72
5. Ausblick	75

VORWORT

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Oktober 2017 startete die sechste Phase der kommunalen Klimapartnerschaften in der Freien Hansestadt Bremen, die seit Jahrhunderten geprägt ist durch Handel und Austausch. Ein besonderer Ort, um mit den Klimapartnerschaften Neuland zu betreten. Erstmals haben in einer Phase Kommunen aus Lateinamerika, Afrika und Deutschland zusammengearbeitet. Ein absoluter Gewinn. Seit der Auftaktkonferenz im Oktober 2017 unter den Augen der „Bremer Stadtmusikanten“ (Bild) zeigte sich schnell, dass es Grenzen in der Zusammenarbeit über Kontinente in Fragen des Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung nicht gibt. Das Verständnis der globalen und gemeinsamen Herausforderung des Klimawandels bestimmte die Diskussionen und die unterschiedlichen Handlungsansätze der Klimapartnerschaften von der ersten Minute an.

In den zwei zurückliegenden Jahren der Zusammenarbeit bis zum Ergebnisworkshop in Jeffrey's Bay, Kouga Local Municipality (Südafrika) im Oktober 2019 wurde in allen Partnerschaften kaum ein Thema ausgespart, um Möglichkeiten zur Reduktion der Treibhausgasemissionen und Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels in gemeinsame Ziele und Projekte zu übersetzen. Abfallbehandlung und Vermeidung, regenerative Energieerzeugung, Wassermanagement, Mobilität, Ressourcenschutz und Bildungsarbeit waren hierbei nur einige übergeordnete Themenbereiche.

Auf den Zwischenstopps der Klimapartnerschaften in Windhoek (Namibia), wo sich alle Südpartnerkommunen der sechsten Projektphase trafen, während der jeweiligen bilateralen Delegationsreisen oder auch auf den Netzwerktreffen der deutschen Kommunen wurde aber auch deutlich, dass wir international derzeit noch weit davon entfernt sind, die Klimaziele der Übereinkunft der UN-Klimakonferenz von Paris aus dem Jahr 2015 zu erreichen. Die Auseinandersetzungen um die besten und effektivsten Pfade werden offensichtlicher. Nicht zuletzt hat auch die globale Fridays for Future Bewegung als Katalysator der zwingend



Bremer Stadtmusikanten © Nicole Pankalla


notwendigen Transformationsprozesse den Regierenden der Welt entscheidende Fragen gestellt und sofortiges Handeln eingefordert, um die Zukunft nachfolgender Generationen nicht zu gefährden. Diese Forderungen begründen sich auch auf den wissenschaftlichen Erkenntnissen des Weltklimarates (IPCC), welcher der globalen Staatengemeinschaft kontinuierlich zum Klimawandel Bericht erstattet und die Gefährdungen darlegt.

Wir sind überzeugt davon, dass unsere mittlerweile rund 80 Klimapartnerschaften mit ihren konkreten Handlungsprogrammen und dem entstandenen Netzwerk von über 150 beteiligten Kommunen weltweit wichtige und wirksame Zeichen setzen und über Kontinente hinweg aufzeigen, dass wir durch Offenheit des Dialogs, gemeinsam angewandtes Wissen und Kooperation, Mut, Leidenschaft und ein globales Denken einen wichtigen und beispielgebenden Beitrag für den Umgang mit den Herausforderungen des Klimawandels leisten können.

Wir hoffen, dass die Lektüre dieser Dokumentation, in der die Klimapartnerschaften der sechsten Phase ihre Ergebnisse vorstellen, weiteren Kommunen Motivation und Inspiration ist, um sich ebenfalls in kommunalen Klimapartnerschaften zu engagieren.

Wir möchten uns bei allen beteiligten Akteurinnen und Akteuren herzlich für die intensive und fruchtbare Zusammenarbeit und ihr über das normale Maß hinausgehende Engagement für die Klimapartnerschaften bedanken. Es ist uns selbst immer wieder ein Ansporn, diesem Engagement durch Beratung, Wissenstransfer und Vernetzung gerecht zu werden.

Unser Dank gilt insbesondere auch den (Ober-) Bürgermeisterinnen und (Ober-) Bürgermeistern sowie den Landrätinnen und Landräten der



Dr. Stefan Wilhelmy

Bereichsleiter der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global

teilnehmenden Kommunen als auch den Ratsmitgliedern für ihre politische Unterstützung des Prozesses und den Verwaltungsmitarbeitenden für ihre Fachexpertise und Wertschätzung der zivilgesellschaftlichen Beiträge zu den Handlungsprogrammen.

Mit der in 24 Monaten geschaffenen Grundlage kann der Umsetzungsphase der Ziele und Maßnahmen des Handlungsprogramms optimistisch entgegengesehen werden. In einigen Partnerschaften sind die ersten Aktivitäten schon vielversprechend gestartet worden. Wir wünschen den Klimapartnerschaften viel Erfolg bei und Freude an der gemeinsamen Umsetzung. Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) und die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW (LAG 21 NRW) werden Sie dabei auch in Zukunft gerne begleiten.



Dr. Klaus Reuter

Geschäftsführer der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW

1. EINLEITUNG

Die sechste Projektphase im Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ markiert einen besonderen Meilenstein in dem seit 2011 bestehenden Projekt. Erstmals wurden Südkommunen aus Afrika und Lateinamerika zeitgleich in einer Projektphase gemeinsam mit ihren deutschen Partnerkommunen bei der Etablierung ihrer kommunalen Klimapartnerschaften begleitet. Sie haben sich so auch im Rahmen der intensiven Vernetzungsaktivitäten über Kontinente hinweg zu kommunalen Themen des Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung austauschen können.

Dadurch wurde in der sechsten Projektphase die Intention des Projekts „Kommunale Klimapartnerschaften“ seitens der beteiligten Kommunen mit großem Engagement und fundierter Expertise umgesetzt: Aufbauend auf ihren jeweiligen umfangreichen Erfahrungen und Expertisen zu Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung konnten die beteiligten Kommunen ihre bisherige Partnerschaft um diese relevanten Aspekte der kommunalen Daseinsvorsorge bereichern bzw. hierüber einen thematischen Einstieg in eine neue partnerschaftliche Zusammenarbeit finden. Kommunen spielen in verschiedenen Bereichen einer nachhaltigen Entwicklung eine zentrale Rolle: als Ebene der eigentlichen Umsetzung von Maßnahmen und zur direkten Ansprache ihrer Einwohnerinnen und Einwohner. Dieser Rolle möchte das Projekt in einem entwicklungs- und klimapolitischen Kontext mehr Gewicht verleihen und die Erarbeitung spezifischer Lösungen für lokale Herausforderungen ermöglichen.

Dazu erarbeiten die Klimapartnerschaften in einem Zeitraum von etwa 24 Monaten gemeinsame Handlungsprogramme mit Zielen, konkreten Maßnahmen und zugewiesenen Ressourcen für Klimaschutz- und Klimafolgenanpassungsaktivitäten in ihren beiden Kommunen. Durch die Erarbeitung der Handlungsprogramme wird der Grundstein für eine langfristige, konstruktive und systematische Zusammenarbeit der Partner zu diesen Themen gelegt. Eine Klimapartnerschaft

kann auf einer bestehenden Städtepartnerschaft aufbauen und dieser eine neue Dimension hinzufügen. Sie kann aber auch von zwei interessierten Kommunen als Themenpartnerschaft gänzlich neu gegründet werden und so den Ausgangspunkt für weitere thematische Kooperationen oder eine formelle Partnerschaft bilden.

Im Zentrum des Projektes steht der fachliche Austausch zwischen kommunalen Expertinnen und Experten aus verschiedenen thematischen Bereichen, v.a. im Rahmen von gegenseitigen Entsendungen. Damit sind zum einen Expertinnen und Experten hinsichtlich technischer oder organisatorischer Lösungsansätze gemeint, aber gleichwohl auch Akteurinnen und Akteure angesprochen, die mit interkulturellen, sprachlichen und weiteren relevanten Kompetenzen zum Gelingen der Klimapartnerschaft beitragen können. So sollen auf beiden Seiten auch bewusst die Ressourcen der lokalen Zivilgesellschaft eingebunden werden, um die Klimapartnerschaft durch ihre Perspektiven und Expertisen zu bereichern.

Zur Vernetzung der teilnehmenden Kommunen und zum gegenseitigen Lernen finden regelmäßige Treffen statt. Dabei werden die Kommunen von der SKEW von Engagement Global und der LAG 21 NRW fachlich und methodisch beraten. Das Projekt wird im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) durchgeführt und von den kommunalen Spitzenverbänden in Deutschland – Deutscher Städtetag (mit zwei eigenen Präsidiumsbeschlüssen), Deutscher Städte- und Gemeindebund und Deutscher Landkreistag – offiziell unterstützt.

Diese Publikation dokumentiert die sechste Phase des Projektes „Kommunale Klimapartnerschaften“ und stellt die zentralen Arbeitsergebnisse der Partnerschaften zwischen deutschen, afrikanischen und lateinamerikanischen Kommunen dar. An der sechsten Projektphase haben sich insgesamt zwölf kommunale Klimapartnerschaften beteiligt:

Deutsche Kommune	Afrikanische Kommune
Bremen	Windhoek, Namibia
Brühl	Dourtenga, Burkina Faso
Enkenbach-Alsenborn	Kinigi/ Distrikt Musanze, Ruanda
Hachenburg	Distrikt Gisagara, Ruanda
Ilsfeld	Kouga Local Municipality, Südafrika
Landkreis Hameln-Pyrmont	Distrikt Alfred Nzo, Südafrika
München	Harare, Simbabwe
Schwäbisch Hall	Okahandja, Namibia
Viernheim	Silly, Burkina Faso

Deutsche Kommune	Lateinamerikanische Kommune
Köln	Yarinacocha, Peru
Kreis Herford	Condega, Nicaragua
Ludwigsburg	Ambato, Ecuador

Die folgenden Unterkapitel der Einleitung werden die organisatorischen und inhaltlichen Bausteine des Projektes erläutern.

Das zweite Kapitel dieser Dokumentation widmet sich im besonderen Maße der Vernetzung der Partnerkommunen untereinander. Das Projekt strebt eine Vernetzung der beteiligten Kommunen auf unterschiedlichen Ebenen an. Die in diesem Rahmen angebotenen und geförderten Kommunikationsforen werden zunächst im Allgemeinen vorgestellt. Davon ausgehend erfolgt eine kurze Zusammenfassung der zentralen Veranstaltungen des Projektes, sowohl der internationalen Workshops zu Beginn und zum Ende der Projektphase als auch der Netzwerktreffen der deutschen sowie der afrikanischen und lateinamerikanischen Kommunen.

Das dritte Kapitel beinhaltet die Berichte der einzelnen Klimapartnerschaften mit Aussagen zu den Hintergründen der Partnerschaften, der Erarbeitung der gemeinsamen Handlungsprogramme sowie zu den jeweiligen Schwerpunkten der Handlungsprogramme.

Abgeschlossen wird diese Dokumentation mit einem Fazit der sechsten Projektphase und einem Ausblick.

1.1. Projektablauf

Das Ziel des Projektes „Kommunale Klimapartnerschaften“ ist die kollaborative Entwicklung, sukzessive Umsetzung und kontinuierliche Fortschreibung eines gemeinsamen kommunalen Handlungsprogramms zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung. Ausgehend von strategischen Zielen soll eine schrittweise Konkretisierung hin zu anwendungsbezogenen Maßnahmen mit einer differenzierten Ressourcenplanung und Indikatoren zum Monitoring der Zielerreichung erarbeitet werden.

Das Handlungsprogramm wird von den jeweiligen Klimapartnerschaften innerhalb eines Zeitraums von ungefähr zwei Jahren entwickelt, wobei die Kommunen während dieser Zeit eine intensive Beratung, Betreuung und finanzielle Unterstützung des bilateralen Austauschs seitens der SKEW und der LAG 21 NRW erfahren. Nach dieser intensiven Erarbeitungsphase erfolgt die eigenverantwortliche und langfristige Umsetzung sowie kontinuierliche Verbesserung des Handlungsprogramms. Gemäß dem von den projektdurchführenden Organisationen entwickelten methodischen Leitfaden erfolgt dieser Projektablauf in drei groben Schritten:

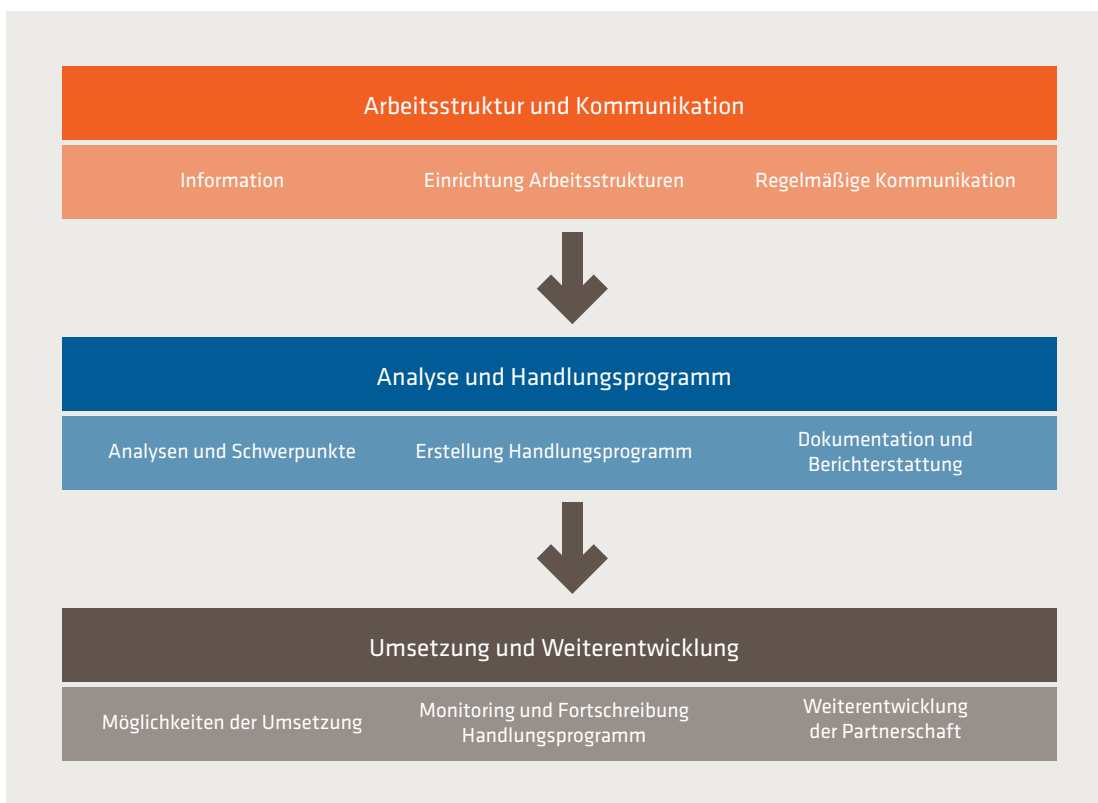


Abbildung 1: Arbeitsschritte im Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ © LAG 21 NRW/SKEW

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass es sich bei dem hier skizzierten Ablauf um ein idealtypisches Modell handelt, welches den beteiligten Kommunen als grobe Orientierung dient. Je nach Vorerfahrungen, bereits bestehenden partnerschaftlichen Beziehungen oder sonstigen Besonderheiten der Partnerschaft sind durchaus kleinere Abweichungen hinsichtlich der Inhalte und des Umfangs der einzelnen Erarbeitungsschritte möglich. Bei langjährigen Partnerschaften kann z.B. die Etablierung von Arbeitsstrukturen und Kommunikationskanälen verkürzt sein, bei neuen Partnerschaften ohne Vorkontakte wird dies evtl. mehr Zeit in Anspruch nehmen. In einigen Fällen können Klimapartnerschaften bereits vor der Fertigstellung des gemeinsamen Handlungsprogramms erste konkrete Projekte durchführen, um beispielsweise besonders dringliche Bedarfe zu adressieren.

Diese grob skizzierten Schritte des Projektablaufs werden im Folgenden detailliert beschrieben.

1.2. Arbeitsstrukturen und Kommunikation

Die Etablierung der Klimapartnerschaften hinsichtlich ihrer Arbeitsstrukturen und Kommunikation umfasst die Information der projektrelevanten Akteurinnen und Akteure, die Begründung der notwendigen Arbeitsstrukturen und den gegenseitigen Austausch.

Information

Neben der Kontaktaufnahme und dem gegenseitigen Kennenlernen der Partner wird unter dem Punkt „Information“ die Weitergabe aller Informationen zum Ablauf der Klimapartnerschaft, wie beispielsweise zu ihren Hintergründen und Vorteilen, an die unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure in der Kommune (Politik, Verwaltung, Zivilgesellschaft, allgemeine Öffentlichkeit) über differenzierte Informationswege (zum Beispiel Presse, Internet, Präsentationen, Informationsveranstaltungen) verstanden. Ziel ist es, in den jeweiligen Partnerkommunen eine dauerhafte Unterstützung für die Etablierung einer Klimapartnerschaft sowie ein gemeinsames Verständnis für die Problemlage und die eventuell neue strategische Vorgehensweise zu entwickeln. Zudem soll

ein breites Akteursspektrum zur aktiven Mitarbeit gewonnen werden.

Arbeitsstrukturen und Kommunikation

Mit der Festlegung der Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten für die Aufgaben im Rahmen einer Klimapartnerschaft werden die Arbeitsstrukturen eingerichtet. Die Arbeitsstrukturen dienen dem Aufbau einer transparenten, tragfähigen und funktionalen Organisation, bestehend aus wesentlichen Akteurinnen und Akteuren der Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft, die wiederum ihre jeweiligen Erfahrungen und Expertise in den Prozess einspeisen sollen. Die Arbeitsstrukturen der kommunalen Klimapartnerschaft definieren klare Zuständigkeiten und intendieren eine fachbereichsübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Kommunalverwaltung, die frühzeitige Integration der politischen Vertreterinnen und Vertreter sowie der zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure. Um die Kommunikation zu erleichtern, müssen die zentralen Ansprechpersonen sowohl innerhalb der eigenen Kommune als auch für die Partnerkommune eindeutig benannt sein. Gleichzeitig ist es wichtig, weitere Akteurinnen und

Akteure innerhalb und außerhalb der Kommunalverwaltung einzubeziehen und ihre Rollen klar zu definieren. Ziel dieses partizipativen Ansatzes ist es, dass das Handlungsprogramm für die Klimapartnerschaft auf einer verbindlich legitimierten und fachlich fundierten Grundlage entwickelt und langfristig umgesetzt werden kann.

Um dies zu gewährleisten, sollen die Arbeitsstrukturen folgende Elemente beinhalten: (siehe Abbildung 2)

Der **Koordination** kommt die Schlüsselfunktion innerhalb der Arbeitsstrukturen zu. Sie organisiert und steuert alle Prozesse im Rahmen der kommunalen Klimapartnerschaft. Die Koordination ist die zentrale Kontaktstelle für alle Beteiligten und Interessierten und zugleich für die Ergebnis-sicherung und Öffentlichkeitsarbeit zuständig. Die Koordinatorinnen und Koordinatoren der einzelnen Kommunen sind gleichsam das Bindeglied in dem bilateralen Prozess und gewährleisten den Informationsaustausch und Wissenstransfer zwischen den Partnerkommunen. Auch innerhalb der Kommune und gegenüber externen Akteursgruppen (auch SKEW und LAG 21 NRW) sind sie

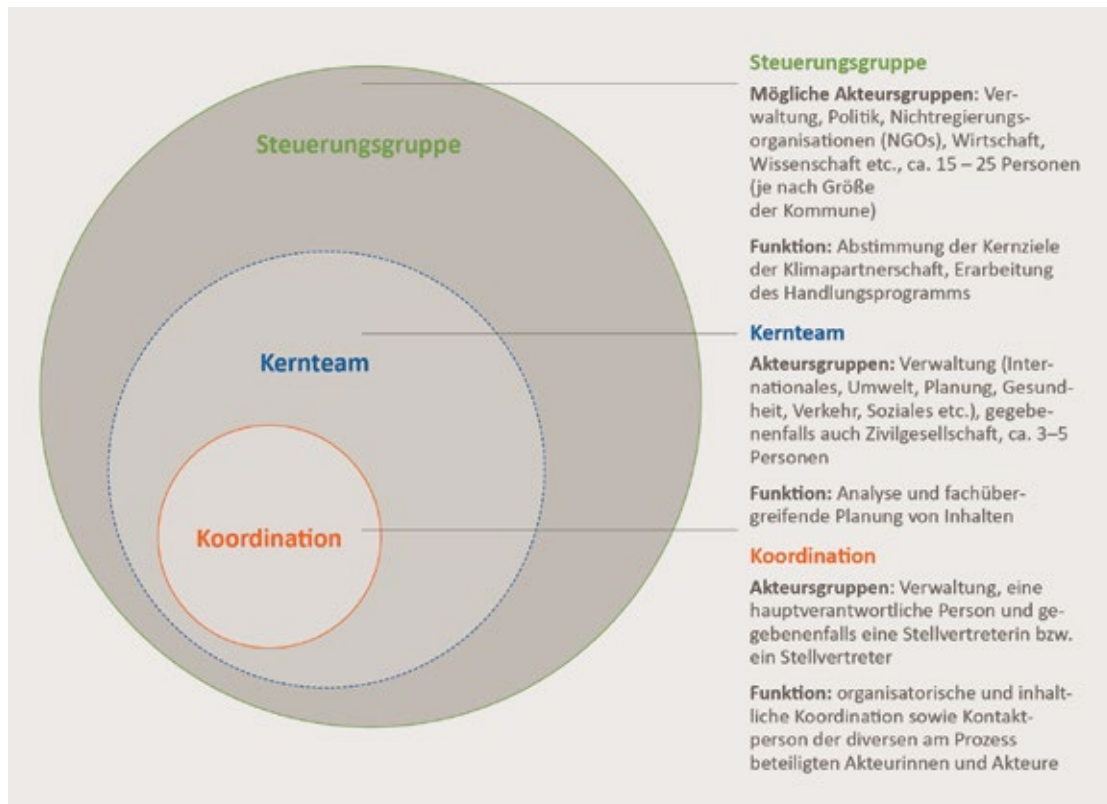


Abbildung 2: Arbeitsstrukturen einer Klimapartnerschaft © LAG 21 NRW/SKEW

die zentralen Ansprechpersonen und zudem Kontaktpersonen für die Workshops, Netzwerktreffen und Entsendungen sowie für die Berichterstattung im Rahmen des Projekts.

In der Regel wird dafür jemand aus der Verwaltung benannt; zweiköpfige Teams sind ebenfalls möglich. Um die Kontinuität der Prozesse im Falle längerer Abwesenheiten oder von Personalwechseln sicherzustellen, sollte es in jedem Fall eine Stellvertretung geben.

Das **Kernteam** unterstützt die Koordination bei ihren verschiedenen Aufgaben und kann punktuell auch einzelne Aufgaben davon übernehmen. Es ist daher an jedem Arbeitsschritt beteiligt und trifft sich regelmäßig. Je nach Größe der Kommune besteht das Kernteam in der Regel aus drei bis fünf Personen. Hier sollten verschiedene Fachbereiche aus der Verwaltung vertreten sein, um eine Integration unterschiedlicher Herangehensweisen und Lösungsansätze zu ermöglichen. Zur Abdeckung möglichst vielseitiger Perspektiven, bietet es sich an, auch zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure in das Kernteam einzubinden. Im Falle von bereits bestehenden kommunalen Partnerschaften, die vom Engagement eines Partnerschaftsvereins oder einer Nichtregierungsorganisation (NRO) mitgetragen werden, empfiehlt sich die Einbindung eines Akteurs oder einer Akteurin aus diesen Organisationen. Darüber hinaus bereitet das Kernteam die inhaltliche Arbeit der Steuerungsgruppe vor.

Die **Steuerungsgruppe** ist die größte Gruppe innerhalb der Arbeitsstrukturen und zeichnet sich durch eine hohe Akteursvielfalt aus. Das Kernteam ist Teil der Steuerungsgruppe. Sie setzt sich in einem ausgewogenen Verhältnis aus Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Zivilgesellschaft und Verwaltung zusammen. Damit ist die Steuerungsgruppe interdisziplinär aufgestellt und bringt ein breites Spektrum an Fachexpertise und Erfahrungen in die Erstellung des Handlungsprogramms ein. Sie trägt entscheidend dazu bei, dass die Klimapartnerschaft auf eine breite Grundlage gestellt wird. Sie ist an den zentralen Momenten und Projektmeilensteinen des Prozesses beteiligt (etwa Entsendungen, internationale Workshops) und trifft wichtige Entscheidungen zur Ausgestaltung des Handlungsprogramms der Klimapartnerschaft.

1.3. Analyse und Erarbeitung Handlungsprogramme

Grundsätzliche Zielsetzung des Projekts „Kommunale Klimapartnerschaften“ ist die Erarbeitung eines fundierten Handlungsprogramms zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung zwischen den beiden Kommunen einer Klimapartnerschaft.

Das Handlungsprogramm wird dabei in einem partizipativen Prozess in den eingerichteten Steuerungsgruppen und Kernteams erarbeitet und innerhalb der Kommunen und zwischen den Partnern über die Koordination kontinuierlich abgestimmt. Dabei basiert es auf den Ergebnissen eingehender Analysen und den gemeinsam festgelegten Schwerpunktthemen der Klimapartnerschaft.

Gekennzeichnet ist das Handlungsprogramm durch seinen hierarchischen Aufbau, wobei es zu einer stetigen Konkretisierung von einer gemeinsamen Vision und eher abstrakten strategischen Zielen bis hin zu handlungsorientierten Maßnahmen kommt (siehe Abbildung 3). Auf Grundlage einer Bestandsaufnahme und gegenseitiger Entsendungen werden gemeinsame Schwerpunktthemen der Zusammenarbeit identifiziert. Von diesen Schwerpunktthemen ausgehend werden in einem nächsten Schritt die strategischen Ziele formuliert. Sie bilden die Grundlage für die Erarbeitung der operativen Ziele und Maßnahmen und spiegeln die dort identifizierten Arbeitsfelder und Projekte wider. Die einzelnen Ziele und Maßnahmen sollten dabei so definiert werden, dass sie spezifisch auf die Situation in den Partnerkommunen zugeschnitten sind, die Umsetzung messbar ist, sie von den Akteurinnen und Akteuren akzeptiert werden, einer realistischen Planung unterliegen, sowie in ihrer Umsetzung terminiert sind (SMART-Kriterien¹).

Die inhaltlichen Schwerpunktthemen und Ziele der bilateralen Handlungsprogramme zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung sind dabei so verschieden wie die Partnerschaften selbst. Im Bereich des Klimaschutzes können Zielsetzungen der Energieeffizienz, der erneuerbaren Energien und der Energieeinsparung formuliert

¹ Die SMART-Methode ist eine strategische Vorgehensweise zur Formulierung von Zielen im Projektmanagement. Der Begriff „SMART“ ist ein Akronym, wobei die Buchstaben S, M, A, R und T für Kriterien stehen, die für eine Zielformulierung notwendig sind: **S**pezifisch, **M**essbar, **A**kzeptiert, **R**ealistisch, **T**erminiert.

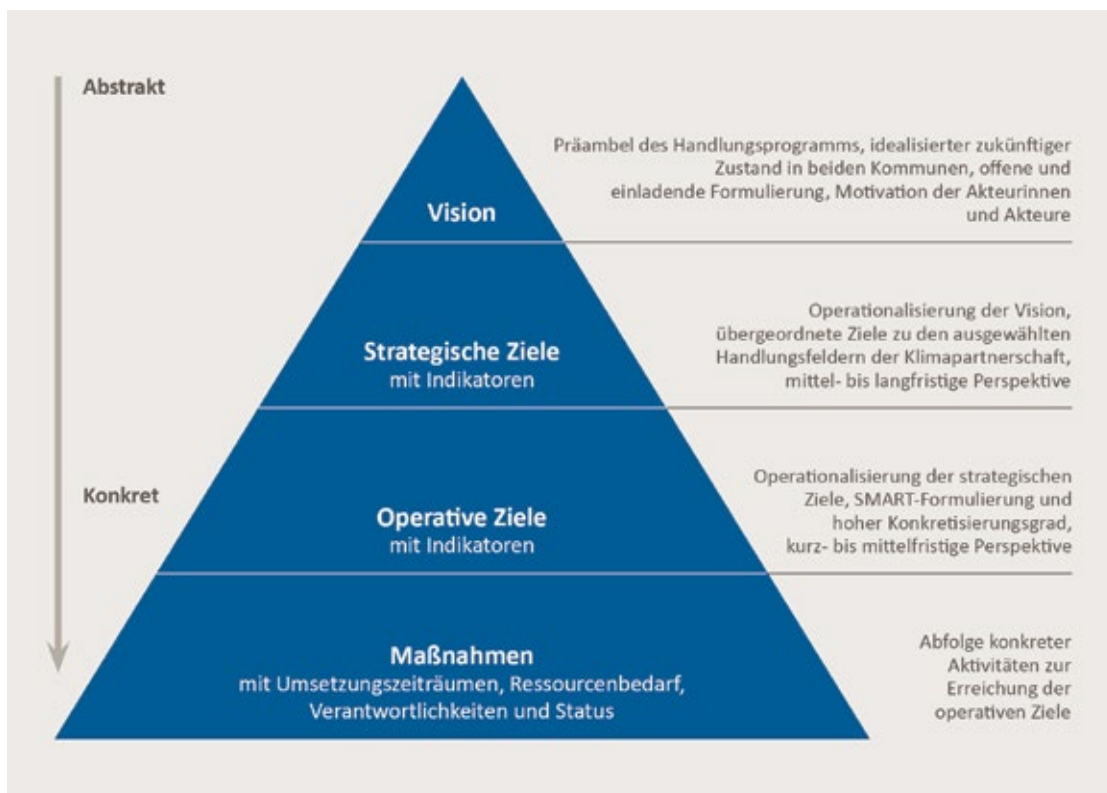


Abbildung 3: Zentrale Elemente des Handlungsprogramms der kommunalen Klimapartnerschaften © LAG 21 NRW/SKEW

werden. Zudem können beispielsweise Fragen einer klimagerechten Land-/ Forstwirtschaft, zur Reduzierung der Entwaldung, zum Aufbau eines Mobilitätsmanagements oder auch eines nachhaltigen Abfallmanagements zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen angesprochen werden.

In Bezug auf die Folgen des Klimawandels, wie zum Beispiel Meeresspiegelanstieg, Desertifikation, klimabedingte Bodenerosion oder vermehrtes Auftreten von Extremwetterereignissen, sind Ziele zum besseren Umgang mit diesen Veränderungen vorstellbar. Dazu könnten unter anderem Maßnahmen wie Küstenschutz, Aufforstung, Wassermanagement oder der Erhalt der biologischen Vielfalt gehören.

Ferner ergibt sich über die Handlungsprogramme die Möglichkeit, Ziele zu übergeordneten Strategien zu verankern, beispielsweise zu einer umfassenden Bildungsarbeit oder auch zur Erweiterung der Daten- und Informationsgrundlage zum Klimawandel durch entsprechende Studien.

Als handhabbares, umsetzungsorientiertes Instrument sollen ins Handlungsprogramm sowohl Maßnahmen, die von den beiden Partnerkommunen

eigenständig umgesetzt werden können, als auch Maßnahmen, für die die Unterstützung Dritter, wie zum Beispiel von Partnerschaftsvereinen, privaten Investoren oder Geberorganisationen notwendig ist, aufgenommen werden. Damit können vom Handlungsprogramm ausgehend Projekte unterschiedlicher Größe entwickelt werden. Da es sich um ein gemeinsames Handlungsprogramm handelt, beziehen sich seine Ziele und Maßnahmen auf beide Partnerkommunen. Für die beiden beteiligten Kommunen können sowohl spiegelbildliche Maßnahmen entwickelt werden, die parallel in beiden Kommunen umgesetzt werden können (etwa Ausstellungen zum Klimawandel oder Baumpflanzungen), als auch jeweils an den spezifischen lokalen Kontext angepasste Maßnahmen entwickelt und umgesetzt werden.

Als Präambel und als langfristige Orientierung wird dem Handlungsprogramm eine gemeinsame Vision vorangestellt. Die Vision der Klimapartnerschaft beschreibt einen idealisierten Zustand in beiden beteiligten Kommunen zu einem bestimmten Zeitpunkt in der Zukunft. Dieser ideale Zustand bezieht sich dabei auf die partnerschaftliche Verbundenheit und auf die vor dem Hintergrund des globalen Klimawandels gemeinsam zu

erreichenden Ziele. Die Vision der Klimapartnerschaft soll emotionale Bilder einer gemeinsamen, erstrebenswerten Zukunft vermitteln und auf diese Weise zur Identifikation und Orientierung von Akteurinnen und Akteuren und Öffentlichkeit beitragen. Sie soll zur Mitarbeit motivieren. Die Vision bewegt sich dabei im Bereich des noch gerade so Machbaren, also zwischen Utopie und Realität. In die Formulierung der gemeinsamen Vision können und sollen bereits vorhandene Visionen, Leitbilder oder Ähnliches der beteiligten Kommunen Eingang finden. Denkbar ist ebenso, eine vorhandene Partnerschaftsvereinbarung um inhaltliche Elemente der Klimapartnerschaft zu erweitern und dort eine gemeinsame Vision zu verankern.

1.4. Umsetzung und Weiterentwicklung

Das gemeinsame Handlungsprogramm zu Klimaschutz und Klimafolgenanpassung bildet die Grundlage für eine langfristige Zusammenarbeit im Rahmen der Klimapartnerschaft. Die darin festgehaltenen Schwerpunkte der Klimapartnerschaft basieren auf einer genauen Kenntnis der Situation in den beiden Partnerkommunen. Den darin gemeinsam formulierten Zielen liegen abgestimmte und realistische Maßnahmen zur Zielerreichung zugrunde.

Der letzte und sich stetig wiederholende Arbeitsschritt der Klimapartnerschaft liegt im Verantwortungsbereich der beiden beteiligten Kommunen und beginnt nach dem internationalen Workshop zur Präsentation der Handlungsprogramme. Es werden gemeinsam Möglichkeiten zur Umsetzung der Maßnahmen sondiert und das Handlungsprogramm selbst wird einer kontinuierlichen Verbesserung unterzogen.

Durch die Festlegung von Laufzeit und Beginn der einzelnen Maßnahmen sollte bereits während der Erstellung der Handlungsprogramme ein grober Zeitrahmen gesteckt worden sein, der auch die Prioritäten der Klimapartnerschaft widerspiegelt. Prinzipiell empfiehlt es sich, zunächst eine Pilotmaßnahme mit einem überschaubaren zeitlichen und finanziellen Rahmen umzusetzen.

Die Maßnahmen des Handlungsprogramms können dann je nach Art und Umfang mit den in beiden Kommunen direkt verfügbaren Ressourcen unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure oder über die Akquise externer Mittel durchgeführt

werden. Für die Formulierung von Förderanträgen stellen das strategische Handlungsprogramm als Ergebnis eines strukturierten Reflexions- und Planungsprozesses sowie die etablierten Arbeits- und Kommunikationsstrukturen eine sehr gute Grundlage dar.

Aufgrund ihres mittel- bis langfristigen Zeithorizonts können die Handlungsprogramme nicht statisch sein, sondern müssen aktiv weiterentwickelt und angepasst werden. Deshalb sollten Erfolg und Misserfolg hinsichtlich der vereinbarten Ziele sowie die Umsetzung der Maßnahmen einer regelmäßigen Evaluation auf Grundlage systematischen Monitorings unterliegen. Hierfür werden Indikatoren herangezogen. Die Ergebnisse werden in den jeweiligen Steuerungsgruppen diskutiert, notwendige Änderungen der gemeinsamen Planung identifiziert und mit den Partnern abgestimmt. Anhand dieser angepassten Planung wird mit der Umsetzung des Handlungsprogramms fortgefahren. Insgesamt entspricht das Vorgehen einem sich periodisch wiederholenden Zyklus, der die Bearbeitungsschritte

- Erarbeitung des gemeinsamen Handlungsprogramms (*plan*)
- Umsetzung der im Handlungsprogramm dokumentierten Maßnahmen und Projekte (*do*)
- Monitoring (*check*)
- Weiterentwicklung und Anpassung des Handlungsprogramms (*act*)

umfasst (siehe Abbildung 4).



Abbildung 4: Der kontinuierliche Verbesserungsprozess, eingebettet in den PDCA-Zyklus © LAG 21 NRW/SKEW

Ein Klimapartnerschaftsbericht, der die Umsetzung und Weiterentwicklung des Handlungsprogramms in kontinuierlichen Intervallen beschreibt, stellt hierzu eine wichtige Grundlage dar. Ferner dient der Bericht der Information von politischen Gremien sowie von weiteren interessierten Akteurinnen und Akteuren innerhalb der jeweiligen Kommunen.

2. VERNETZUNG DER BETEILIGTEN KOMMUNEN

Einen besonderen Mehrwert bietet das Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ dadurch, dass sich mehrere Klimapartnerschaften gleichzeitig auf den Weg zur Entwicklung eines gemeinsamen Handlungsprogramms begeben. Die Vernetzung der Kommunen untereinander ist eine wichtige Projektkomponente, um im Sinne eines *peer-to-peer*-Lernens Erkenntnisse und gute Beispiele innerhalb eines Netzwerkes auszutauschen und zu reproduzieren.

Die Vernetzung der Klimakommunen findet sowohl untereinander innerhalb einer Projektphase – hier der sechsten Phase – statt, aber darüber hinaus auch mit den Klimapartnerschaften anderer Projektphasen und mit anderen kommunalen Partnerschaften sowie international durch die Teilnahme an Konferenzen, auf denen die Kommunen die Möglichkeit haben, ihre Klimapartnerschaft vorzustellen.

So nahmen beispielsweise die drei Klimapartnerschaften Kreis Herford – Condega (Nicaragua), Köln – Yarinacocha (Peru) und Ludwigsburg – Ambato (Ecuador) an der von der SKEW im Oktober 2018 ausgerichteten zweiten Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Lateinamerika und der Karibik“ in Nürnberg teil. Auch an der vierten Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Afrika“ im September 2019 nahmen mit Schwäbisch Hall – Okahandja (Namibia) und Viernheim – Silly (Burkina Faso) zwei Klimapartnerschaften aus der sechsten Phase teil. Des Weiteren reiste eine Delegation der Klimapartnerschaft Köln – Yarinacocha zur 24. Weltklimakonferenz der Vereinten Nationen im Dezember 2018 nach Kattowitz in Polen, um dort ihre Klimapartnerschaft zu präsentieren und durch die Teilnahme an verschiedenen Side-Events auf die Folgen des Klimawandels für die indigene Bevölkerung Perus aufmerksam zu machen.

Aber auch innerhalb des Projektes selbst gibt es viele Möglichkeiten der Vernetzung, wie im Nachfolgenden beschrieben wird.

2.1. Ebenen der Vernetzung im Projekt

Das Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ ermöglicht und fördert die Vernetzung und den Erfahrungsaustausch der an einer Projektphase beteiligten Kommunen untereinander. Dabei können drei verschiedene Ebenen des Austauschs unterschieden werden: (siehe Abbildung 5)

Basis der Zusammenarbeit ist der direkte bilaterale Kontakt zwischen den zwei an der Klimapartnerschaft beteiligten Kommunen. Der Austausch wird durch die wechselseitige Entsendung von kommunalen Expertinnen und Experten sowie die Kommunikation via E-Mail, Telefonkonferenz, soziale Medien etc. ermöglicht. Die Kommunen entscheiden dabei selbst über den Ort sowie die beteiligten Akteurinnen und Akteure für die jeweilige Entsendung. Im Zeitraum der sechsten Projektphase von Oktober 2017 bis Oktober 2019 fanden drei solcher Expertenreisen pro Klimapartnerschaft statt. Organisatorisch und inhaltlich wurden diese von SKEW und LAG 21 NRW begleitet. In Deutschland wurden die Delegationsbesuche durch die Moderation von Workshops unterstützt, und zwar sowohl in der Phase der Festlegung der Schwerpunktthemen für die zukünftige Zusammenarbeit als auch bei der Erarbeitung der Handlungsprogramme selbst.

Die zweite Ebene des Austauschs bildet die Vernetzung der deutschen Kommunen sowie der afrikanischen und lateinamerikanischen Kommunen untereinander. Dazu finden Netzwerktreffen statt, zu denen die Koordinatorinnen und Koordinatoren und zwei Mitglieder der Kernteams bzw. der Steuerungsgruppe aus den Kommunen eingeladen werden. Hauptziel dieser Netzwerktreffen ist der Erfahrungsaustausch zur Arbeit in den einzelnen Klimapartnerschaften. Die beteiligten Akteurinnen und Akteure berichten dabei über den aktuellen Sachstand ihrer jeweiligen Klimapartnerschaft, erhalten Feedback von den anderen Netzwerkmitgliedern sowie vom Projektteam der SKEW und der LAG 21 NRW und planen die nächsten Schritte. Zusätzlich profitieren sie von fachlichen Inputs und näheren Informationen zum Projektablauf und zu

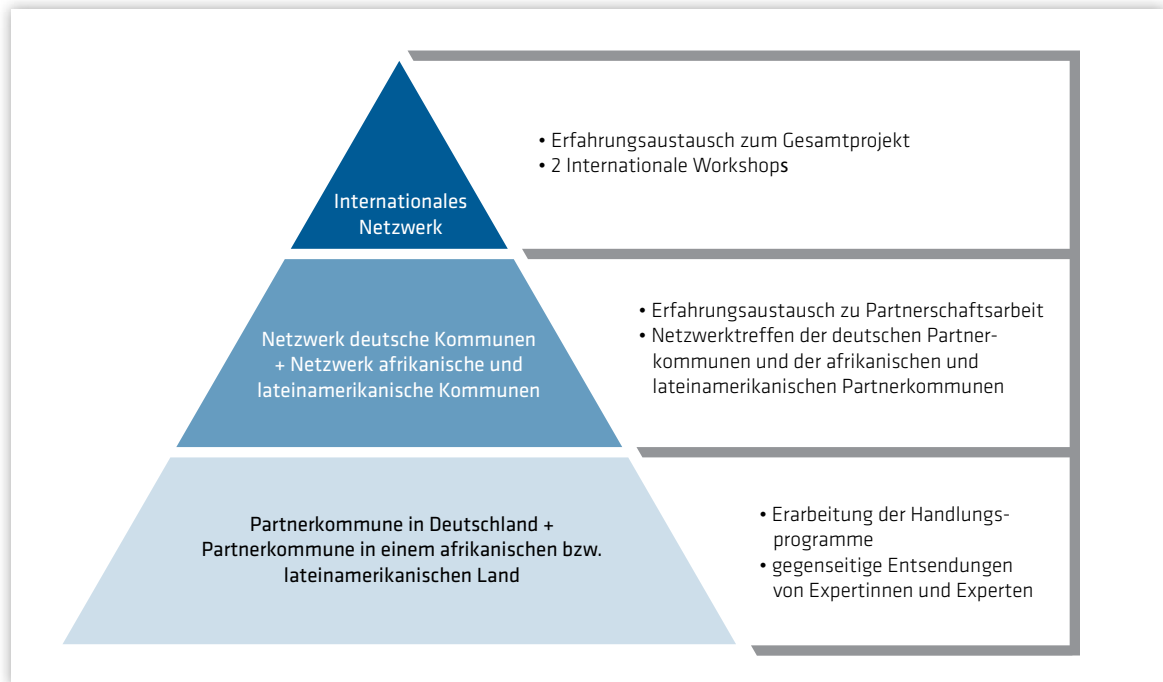


Abbildung 5: Verschiedene Ebenen des Austauschs innerhalb des Projektes © LAG 21 NRW/SKEW

komplementären Unterstützungsangeboten für kommunale Partnerschaften.

Gerade die Diversität der an dieser Projektphase beteiligten Klimapartnerschaften prägte den Austausch bei den Netzwerktreffen. Neuen Partnerschaften kamen die Erfahrungen bereits etablierter Partnerschaften zugute, bestehende Städtepartnerschaften erhielten durch die Erweiterung der Zusammenarbeit um das Themenfeld Klimawandel neue Impulse. Insgesamt fanden innerhalb der sechsten Phase vier Netzwerktreffen der beteiligten deutschen Kommunen sowie ein Netzwerktreffen der beteiligten afrikanischen und lateinamerikanischen Kommunen statt.

Zu Beginn der gemeinsamen Arbeit an den Handlungsprogrammen und zur Präsentation der Ergebnisse werden jeweils internationale Workshops durchgeführt, an denen Vertreterinnen und Vertreter aller beteiligten Kommunen teilnehmen. Dieses internationale Netzwerk aller Kommunen bildet die dritte Ebene der Vernetzung. Im Vordergrund steht dabei der Erfahrungsaustausch zum Gesamtprojekt. Ziel des Auftaktworkshops ist insbesondere, ein gemeinsames Verständnis von Projektmethodik und -ablauf zu entwickeln und den fachlichen Austausch unter den Partnern zu initiieren. Der zweite internationale Workshop dient der Präsentation der Handlungsprogramme,

der Diskussion über die zukünftige Zusammenarbeit innerhalb der Klimapartnerschaften und dem vertieften fachlichen Austausch.

2.2. Workshops und Netzwerktreffen

Zentrale Meilensteine des Projektes „Kommunale Klimapartnerschaften“ sind die Momente, bei denen sich die Akteurinnen und Akteure der beteiligten Kommunen persönlich begegnen und gemeinsam an der Entwicklung ihres Handlungsprogramms arbeiten und von den Erfahrungen aus dem Netzwerk der beteiligten Kommunen profitieren. Im Folgenden werden die verschiedenen nationalen bzw. regionalen Netzwerktreffen sowie die großen und alle Kommunen umfassenden internationalen Workshops der sechsten Phase zusammenfassend dargestellt.

2.2.1. Informationsworkshop für die deutschen Kommunen

Vom 3. bis 4. April 2017 fand in Göttingen ein Informationsworkshop statt. Bei diesem ersten Treffen konnten sich die an dem Projekt interessierten deutschen Kommunen intensiv mit den Hintergründen, zentralen Inhalten, Leistungen und Erwartungen des Projektes auseinandersetzen und mit diesen Informationen ihre nächsten

Schritte zum Aufbau und zur Etablierung ihrer Klimapartnerschaft planen. Ergänzend wurden sowohl die klimapolitischen als auch die entwicklungspolitischen Hintergründe des Projektes erläutert und die Rolle der kommunalen Ebene in diesem Zusammenhang aufgezeigt. Neben diesen theoretischen Hintergrundinformationen wurde seitens des Koordinators der Klimapartnerschaft Horb am Neckar mit Belo in Kamerun aus der dritten Projektphase ein Bericht aus der Praxis eingestreut. Dabei wurde aufgezeigt, wie im Zuge des Projektes eine komplett neue Partnerschaft etabliert werden konnte und welche Chancen und Herausforderungen damit einhergingen.

2.2.2. Vorbereitungstreffen zum Auftaktworkshop (Erstes Netzwerktreffen)

Zur Vorbereitung auf den internationalen Workshop in Bremen kamen die an der sechsten Phase beteiligten deutschen Kommunen zu einem gemeinsamen Treffen am 4. Juli 2017 in Siegburg zusammen. Während des Vorbereitungstreffens wurden grundlegende Informationen zu Organisation und Ablauf des Projektes vermittelt und die damit zusammenhängenden Leistungen des Projektträgers und die Erwartungen an die teilnehmenden Kommunen dargestellt. Ein weiteres Ziel des Vorbereitungstreffens bestand darin, die Organisation und Inhalte des anstehenden Auftaktworkshops der sechsten Projektphase in Bremen zu besprechen. Die teilnehmenden Kommunen konnten das Vorbereitungstreffen ferner dafür nutzen, sich über ihre jeweils anstehenden nächsten Schritte zur Etablierung der Klimapartnerschaft in ihren Kommunen auszutauschen.

Im Anschluss an das Vorbereitungstreffen hatten die teilnehmenden Akteurinnen und Akteure die Möglichkeit, an einem interkulturellen Training der Akademie für Internationale Zusammenarbeit (AIZ) teilzunehmen. Dabei standen interkulturelle Zusammenarbeit und die Definition von Beratungsrollen im Vordergrund. Die Teilnehmenden wurden zunächst in spezifische Kulturstandards und Wertesysteme eingeführt, die sich in vielen Bereichen von europäischen Erwartungen unterscheiden. Weitere Aspekte der interkulturellen Kompetenzvermittlung betrafen die teilweise stark ausgeprägten hierarchischen Systeme in den Partnerländern, Kommunikationsstile sowie die für die

gemeinsame Projektarbeit wichtige zeitliche Planung. Dabei konnten die Akteurinnen und Akteure aus Deutschland erfahren, wie sie mit bestimmten verankerten Stereotypen umgehen und auf welche kommunikativen und kulturellen Besonderheiten sie sich einstellen sollten.

2.2.3. Internationaler Auftaktworkshop

Der internationale Auftaktworkshop vom 9. bis 11. Oktober 2017 in Bremen markierte den offiziellen Beginn der kommunalen Zusammenarbeit in der sechsten Projektphase. Aus den insgesamt 24 beteiligten Kommunen aus Deutschland, afrikanischen und lateinamerikanischen Ländern nahmen aus 21 Kommunen jeweils bis zu drei Akteurinnen und Akteure aus Politik, Verwaltung und/oder der lokalen Zivilgesellschaft teil. Drei deutsche Kommunen nahmen ohne ihre Südpartner teil, da letztere aus terminlichen Gründen verhindert waren; für sie wurde der Projekteinstieg mit einem dezentralen Auftaktworkshop realisiert. Rund 100 Teilnehmende kamen beim Auftakt zusammen.



Teilnehmende beim Austausch während des Auftaktworkshops der sechsten Phase in Bremen © Martin Magunia

Es galt, alle beteiligten Kommunen in die Ziele, den Ablauf, die Methodik und die Instrumente des Projekts einzuführen und den Austausch innerhalb der Partnerschaften anzustoßen, um mit der Erarbeitung der Handlungsprogramme zu beginnen. Da der Workshop für viele die erste persönliche Begegnung mit den Partnern darstellte, wurde auch Zeit zum Kennenlernen und für den Austausch eingeplant.

Den fachlichen Kontext steckten hochkarätig besetzte Vorträge externer Referentinnen und Referenten ab: Prof. Dr. Jörn Birkmann von der Universität Stuttgart sprach über die Hauptrisiken des Klimawandels und hieraus folgende Anpassungsmöglichkeiten. Dr. Irit Eguavoen vom Zentrum für Entwicklungsforschung (ZEF) der Universität Bonn zeigte anhand konkreter Beispiele aus Subsahara-Afrika Möglichkeiten der Anpassung an den Klimawandel auf. Im Rahmen einer Exkursion in das Klimahaus 8° Ost in Bremerhaven, konnten die Folgen des Klimawandels anhand einer virtuellen Reise um die Welt anschaulich erlebt werden.

Für den inhaltlichen Austausch innerhalb der Partnerkommunen identifizierten die Kommunen potenzielle Akteurinnen und Akteure für ihre Klimapartnerschaft und stellten diese Akteursanalyse dann ihren jeweiligen Partnern vor. In thematischer Hinsicht erläuterten die Partner wechselseitig, welche Bedrohungen der Klimawandel für ihre Kommune mit sich bringt und welche Strategien und Projekte sie zur Abhilfe bereits realisiert haben, um hierüber gemeinsame Schnittmengen für die Klimapartnerschaft ausfindig zu machen. Sie planten die nächsten Schritte auf dem Weg der Erstellung der Handlungsprogramme, vor allem die ersten Expertenaustausche, und trafen Vereinbarungen für die Kommunikation.

Im Anschluss an den Workshop – oder im Vorhinein – nutzten die Delegationen aus den afrikanischen und lateinamerikanischen Kommunen die Chance, ihren jeweiligen deutschen Partnerkommunen einen Besuch abzustatten. Für viele war dies der erste Besuch ihrer Partnerstadt und somit eine gute Möglichkeit, sich einen besseren Eindruck ihrer Partnerkommune zu verschaffen sowie mögliche Themenfelder der gemeinsamen Zusammenarbeit auszuloten.

Der Auftaktworkshop legte das Fundament für die Klimapartnerschaften der sechsten Projektphase.

2.2.4. Zweites Netzwerktreffen der deutschen Kommunen

Das zweite Netzwerktreffen der deutschen Kommunen fand vom 12. bis 13. März 2018 in Schwäbisch Hall statt. Der Austausch der Akteurinnen und Akteure aus der kommunalen Verwaltung und

Zivilgesellschaft fokussierte vor allem auf die in den vorangegangenen Monaten durchgeführten Expertenentsendungen. In einem offenen Forum wurde erörtert, was dabei gut gelaufen war und was Anlass zum Nachdenken gegeben hatte. In Gruppenarbeiten wurden verschiedene Aspekte der Bestandsaufnahmen in den beiden beteiligten Kommunen diskutiert, beispielsweise welche Herangehensweise die Partner jeweils gewählt hatten, um Arbeitsstrukturen einzurichten und um weitere Akteurinnen und Akteure in die Klimapartnerschaft einzubeziehen.



Diskussion der Ergebnisse und zentralen Erkenntnisse der ersten Entsendephase © SKEW

Ergänzend zum Austausch der Kommunen untereinander wurden spezifische Angebote der SKEW zum Thema Migration und Entwicklung vorgestellt und in einer Podiumsdiskussion Möglichkeiten zur Einbindung des kulturellen Potenzials von Migrantinnen und Migranten in die Klimapartnerschaft offen diskutiert. Ergänzend dazu hatte die Stadt Schwäbisch Hall als Gastgeberin die Möglichkeit, ihre eigenen klimapolitischen Initiativen den anderen Teilnehmenden vorzustellen.

2.2.5. Netzwerktreffen der afrikanischen und lateinamerikanischen Kommunen

Das dreitägige Netzwerktreffen der afrikanischen und lateinamerikanischen Klimapartnerschaftskommunen stand ganz im Zeichen des Süd-Süd-Austausches. Dazu trafen sich vom 21. bis 23. November 2018 etwa 30 Vertreterinnen und Vertreter aus fünf afrikanischen und einem lateinamerikanischen Land in Windhoek, Namibia.

Der Workshop wurde mit organisatorischer Unterstützung der Stadt Windhoek durchgeführt. Im Vordergrund stand, wie bei den Netzwerktreffen der deutschen Kommunen, der Austausch über Fortschritte und Probleme bei der Erarbeitung der gemeinsamen Handlungsprogramme. Zudem sollten Kommunen mit gleichen Herausforderungen und Themenschwerpunkten im Bereich Klimaschutz und Klimafolgenanpassung zusammengebracht werden, um sich im weiteren Prozess der Partnerschaftsarbeit direkt austauschen können.

Die Stadt Windhoek hatte zu einer halbtägigen Exkursion zur größten Herausforderung des Klimawandels für die eigene Kommune eingeladen: die stetige Verbesserung und Optimierung des Wassermanagements. Der voranschreitende Klimawandel verschärft die ohnehin schon akute Wasserknappheit des Landes. Es wurden im Rahmen der Exkursion verschiedene Wasseraufbereitungsanlagen und Kläranlagen besucht – außerdem eine Aufbereitungsanlage für Sondermüll. Das Feedback der Teilnehmenden war sehr positiv, da sie durch die vier Exkursionen tiefe Einblicke in den Umgang mit Abwasser und dessen Wiederaufbereitung gewinnen konnten.



Exkursion zum Thema Abwasserwiederaufbereitung
© Johan Jooste

Vorausschauend auf die Finalisierung der Handlungsprogramme und die sich anschließende Umsetzung konkreter Projekte stellte die SKEW verschiedene Angebote der finanziellen und personellen Unterstützung vor. Dabei wurde gesondert auf die Rahmenbedingungen der deutschen Kommunen und die notwendigen Beiträge ihrer Partner in den afrikanischen und lateinamerikanischen

Kommunen eingegangen. Um den Kommunen Erfahrungen aus erster Hand bei der Entwicklung und Umsetzung der Handlungsprogramme zu geben, berichtete Darby Gounden aus Buffalo City Metro in Südafrika von ihren Erfahrungen. Die Stadt hatte gemeinsam mit Oldenburg an der dritten Projektphase der Klimapartnerschaften teilgenommen. Außerdem standen im Format eines World Cafés die Themen „Gender und Klimawandel“, „Wasser- und Abfallmanagement“, „Erneuerbare Energien“ sowie „Informationsarbeit, Kommunikation und Zusammenarbeit mit deutschen Kommunen“ auf dem Programm. Hier hatten die Teilnehmenden die Möglichkeit, sich zu Fachfragen und konkreten Herausforderungen auszutauschen und Kontakte zu anderen Kommunen zu knüpfen, die mit ihren deutschen Partnern zu den gleichen Themen arbeiten.

2.2.6. Drittes Netzwerktreffen der deutschen Kommunen



Teilnehmende während des dritten Netzwerktreffens der deutschen Kommunen © SKEW

Das dritte Netzwerktreffen vom 12. bis 13. Dezember 2018 in Viernheim stand ganz im Zeichen der Fortschritte bei der Erarbeitung der gemeinsamen Handlungsprogramme. Ein zentrales Thema waren die Erfahrungen und Ergebnisse während der zweiten Expertenentsendung. In Kleingruppen wurde der aktuelle Stand des jeweiligen Handlungsprogramms, nun schon deutlich detaillierter, vorgestellt und diskutiert. Ein Großteil der Klimapartnerschaften hatte mittlerweile Schwerpunktthemen für die gemeinsame Arbeit festgelegt und diese durch Projektideen

weiter konkretisiert. Aus Perspektive des Gesamtprojektes wurden die Teilnehmenden über die nächsten Schritte zur weiteren Ausarbeitung des gemeinsamen Handlungsprogramms informiert. Diskutiert wurden auch mögliche Projektumsetzungen in der deutschen Kommune. Außerdem wurden seitens des Projektteams die Ergebnisse des Netzwerktreffens der Südpartner in Windhoek vorgestellt und diese in den generellen Ablauf der sechsten Projektphase eingeordnet.

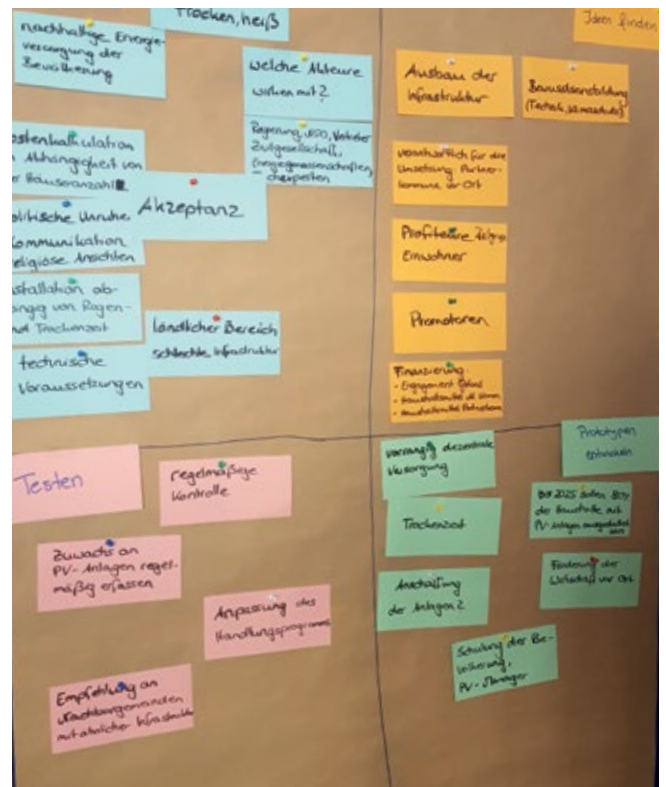
Im Hinblick auf die Umsetzung der Handlungsprogramme wurden während des Netzwerktreffens verschiedene Finanzierungsinstrumente der SKEW vorgestellt und auf die jeweiligen Spezifika hingewiesen. Zum besseren Verständnis, wie das Handlungsprogramm umgesetzt werden kann und welche Wirkungen damit einhergehen, wurden seitens des langjährigen Koordinators der Klimapartnerschaft Würzburg – Mwanza (Tansania, Teilnahme an der Pilotphase des Projektes 2011-2013) verschiedene umgesetzte, in der Umsetzung befindliche und geplante Projekte vorgestellt.

2.2.7. Viertes Netzwerktreffen der deutschen Kommunen

Das vierte und letzte Netzwerktreffen der deutschen Kommunen fand vom 27. bis 28. Mai 2019 in Köln statt. Zu diesem Zeitpunkt hatten fast alle Klimapartnerschaften bereits erste Entwürfe ihrer gemeinsamen Handlungsprogramme entwickelt, die im Verlauf des Netzwerktreffens intensiv diskutiert wurden. Aufgrund ähnlicher Erfahrungen und Herausforderungen konnten durch einen konstruktiven Dialog alle Teilnehmenden wichtige Erkenntnisse und Anregungen zur Finalisierung der Handlungsprogramme gewinnen. Dieser Austausch wurde um Erfahrungen des Projektteams aus den vorangegangenen Projektphasen und damit um wichtige Empfehlungen zur langfristigen Umsetzung und Weiterentwicklung des Handlungsprogramms ergänzt.

Mit dem zu diesem Zeitpunkt bevorstehenden vorläufigen Abschluss der Arbeit an den gemeinsamen Handlungsprogrammen stand die Frage des Übergangs von der übergeordneten strategischen Ebene des Handlungsprogramms hin zur konkreten Projektplanung auf dem Programm. Hierzu wurden seitens des Projektteams unterschiedliche Methoden und Denkschulen vorgestellt, mit deren Hilfe die Übersetzung des Handlungsprogramms in

spezifische und in sich geschlossene Projekte übersetzt werden kann. Zu den vorgestellten Methoden gehörten beispielsweise die „Wirkungsorientierte Projektplanung“ und das „Design-Thinking“.



Ergebnisse der Gruppenarbeit zum „Design Thinking“ © SKEW

Da es sich bei dem vierten Netzwerktreffen um das letzte vor dem internationalen Workshop zur Vorstellung der Handlungsprogramme handelte, wurden auch die anstehenden Berichterstattungen und Vorbereitungen für diesen Workshop besprochen.

2.2.8. Internationaler Workshop zur Vorstellung der Handlungsprogramme

Der internationale Workshop zur Vorstellung der Handlungsprogramme fand vom 9. bis 11. Oktober 2019 in Jeffrey's Bay, Kouga Local Municipality, in Südafrika statt und markierte den Abschluss der Etappe der Erarbeitung der gemeinsamen Handlungsprogramme und damit einen besonders wichtigen Meilenstein für die Klimapartnerschaften. Aus allen 24 an der sechsten Projektphase beteiligten Kommunen nahmen Vertreterinnen und Vertreter teil, darunter 13 (Ober-)Bürgermeister und Landräte. Neben den Kommunalverwaltungen waren auch

die politischen Gremien der Kommunen sowie Akteurinnen und Akteure aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft vertreten. Insgesamt waren am ersten Veranstaltungstag 115 Personen zugegen.



Vorstellung des Posters der Klimapartnerschaft Landkreis Hameln-Pyrmont – Distrikt Alfred Nzo (Südafrika)
© Ernst Ohlhoff

Der erste Tag stand ganz im Zeichen der gemeinsamen Handlungsprogramme. Ein allgemeiner Rückblick auf die sechste Projektphase seitens SKEW und LAG 21 NRW und eine Posterausstellung veranschaulichten den Weg, den die Klimapartnerschaften hin zu den gemeinsamen Handlungsprogrammen zurückgelegt hatten. Die Kommunalvertreterinnen und -vertreter erläuterten den Entstehungsprozess und die Schwerpunktthemen der Programme und stellten im Plenum konkrete Maßnahmen daraus vor. In vier Fachforen wurden ausgewählte Maßnahmen in den Themenfeldern erneuerbare Energien, Wassermanagement, nachhaltige Stadtentwicklung und Mobilität sowie Abwasser- und Abfallmanagement präsentiert.

Der zweite Tag begann mit einer Reflexion der zweijährigen Projektphase und daraus abgeleiteter Vereinbarungen zur zukünftigen Kommunikation und zur Festlegung und Planung der nächsten Schritte zur Weiterentwicklung der Klimapartnerschaften. Dabei lag der Schwerpunkt in den meisten Fällen auf der Beantragung und Umsetzung der ersten gemeinsamen Projekte. Daran anknüpfend referierte Dr. Peter Johnston von der Universität Kapstadt mit einer fachlichen Keynote zu den Auswirkungen des Klimawandels auf das südliche Afrika inklusive einiger guter Praktiken

zur Minderung und Anpassung auf kommunaler Ebene. Anschließend führte eine Exkursion zur „ersten umweltfreundlichen Straße Afrikas“. Im Rahmen des Pilotprojekts wurde auf einer Strecke von 1,7 Kilometern eine Straße aus recyceltem Plastik gebaut. Direkt danach fand eine gemeinsame Baumpflanzaktion in einem informellen Siedlungsgebiet der ausrichtenden Kommune statt: Die Teilnehmenden pflanzten Bäume und versahen diese mit Zetteln, auf denen persönliche Wünsche für die Klimapartnerschaft oder den Klimaschutz notiert wurden. Neben diesen Aktivitäten und im Rahmen der Abendveranstaltungen blieb viel Raum für den Austausch und die Vernetzung zwischen den teilnehmenden Akteurinnen und Akteuren.



Gemeinsame Baumpflanzaktion als Beitrag zur CO₂-Kompensation
© Ernst Ohlhoff

Am dritten Veranstaltungstag stand zu Beginn der partnerschaftsübergreifende fachliche Austausch zu den Themen integriertes Wassermanagement, Partizipation, gute Regierungsführung und Kooperation mit der Zivilgesellschaft, Einbindung der Klimapartnerschaft in die Kommune, erneuerbare Energien sowie Agenda 2030² in der kommunalen Partnerschaftsarbeit auf dem Programm.

2 Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, kurz „Agenda 2030“, wurde im September 2015 von allen Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen verabschiedet. Sie enthält als Kernstück einen Katalog mit 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung. Siehe http://www.bmz.de/de/themen/2030_agenda/index.html.

Anschließend informierten die projektdurchführenden Organisationen über Unterstützungsangebote zur Realisierung der Handlungsprogramme und über ihre weitere Rolle bei der zukünftigen Begleitung der Partnerschaften. Mit dem internationalen Treffen kommt die Zusammenarbeit zwischen SKEW und LAG 21 NRW und den im Projekt beteiligten Kommunen in der bis dahin gekannten Intensität zum Abschluss. Von allen Seiten wurde aber das Interesse geäußert, den Austausch weiter fortzusetzen. Dies wird seitens der SKEW und LAG 21 NRW für die Kommunen der sechsten Projektphase voraussichtlich ab 2021 unter anderem in Form eines gemeinsamen Netzwerktreffens mit den fünf vorherigen Projektphasen realisiert. Im Rahmen einer Evaluierung der Veranstaltung sowie der gesamten zweijährigen Projektphase konnten die Teilnehmenden ihrer Sichtweise auf das Projekt Ausdruck verleihen und Feedback für die Weiterentwicklung des Gesamtprojektes geben.

3. BERICHTE DER KOMMUNALEN KLIMAPARTNERSCHAFTEN

3.1. Bremen – Windhoek, Namibia

	Stadt Bremen (Deutschland)	Stadt Windhoek (Namibia)
Einwohnerzahl	ca. 547.340	ca. 415.900
Fläche	325,42 km ²	5,133 km ²
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Starke Regenfälle • Höhere Temperaturen im Sommer • Erhöhte Temperaturen in Gewässern • Veränderung des Mikroklimas • Anstieg des Meeresspiegels der Nordsee, wodurch die Deiche erhöht werden müssen 	<ul style="list-style-type: none"> • Wiederkehrende Dürren und ungünstige Niederschlagsverteilung • Verknappung der Wasserressourcen durch ausgeprägte Aridität • Anstieg der Durchschnittstemperaturen • Längere und heißere Trockenzeiten • Schnelle Urbanisierung

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Bremen gehört zu dem aus den zwei Städten Bremen und Bremerhaven bestehenden Bundesland „Freie Hansestadt Bremen“, das in Nordwestdeutschland liegt. Die Weser fließt von Süd nach Nord durch die Stadt und verbindet Bremen in 60 Kilometern Entfernung mit der Nordsee. Der Fluss bietet zahlreichen Tieren einen natürlichen Lebensraum und hat für die Bürgerinnen und Bürger einen hohen Erholungs- und Freizeitwert. Gleichzeitig ist die Weser zum Schutz vor Hochwasser eingedeicht.

Windhoek ist die Hauptstadt von Namibia und liegt in der Landesmitte. Die Stadt ist von Bergen umgeben, die das Flächenwachstum der Stadt stark einschränken. Dennoch steigt die Einwohnerzahl rapide an. So sind im Gebiet um Windhoek informelle Siedlungen entstanden, in denen Infrastruktur sowie Sicherheitsvorkehrungen gegen die Auswirkungen des Klimawandels fehlen.

Durch ihre Kolonialvergangenheit sind Namibia und Deutschland, und so auch Bremen, seit über hundert Jahren miteinander verbunden. 1884 erwarb der Bremer Kaufmann Adolf Lüderitz durch einen Betrug Land in Namibia und legte damit den Grundstein für die spätere, durch Gewalt geprägte

Kolonialherrschaft in Deutsch-Südwestafrika. Etliche Jahrzehnte später hat die Stadt Bremen die Unabhängigkeitsbewegung SWAPO sowie den südafrikanischen ANC unterstützt und erkennt bis heute ihre besondere Verantwortung an. Diese intensiven Verbindungen existieren nach wie vor und bilden die Grundlage für die Entwicklung und Gestaltung der langfristigen und für beide Seiten vorteilhaften Beziehung, die seit dem Jahr 2000 Stück für Stück gewachsen ist.



Bremer Anti-Kolonial-Denkmal und Mahnmal für die Opfer der Schlacht am Waterberg © Freie Hansestadt Bremen

Im Jahr 2000 wurde mit dem Charter Agreement über die gemeinsame Umsetzung der Lokalen Agenda 21 die offizielle Grundlage für die Städtepartnerschaft gelegt. 2010 beschlossen die beiden Städte, ihre gemeinsamen Maßnahmen und Projekte auf den Bereich des Umwelt- und Ressourcenschutzes zu konzentrieren, da sich abzeichnete, dass sich der Klimawandel zu einer der großen Herausforderungen für die Zukunft der beiden Städte entwickeln würde. Zu diesem Zweck haben Windhoek und Bremen zwischen November 2014 und Mai 2017 gemeinsam ein über das Programm „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte (Nakopa)“³ gefördertes Projekt zur Umweltbildung sowie zur Verbesserung der Qualität von Oberflächenwasser in den Townships von Windhoek umgesetzt. Aus diesem Projekt sind neue Ansätze für die Zusammenarbeit im Bereich der Altölentsorgung entstanden, die in Zukunft weiter ausgebaut werden sollen. Erst kürzlich wurde ein zweites Nakopa-Projekt zum Aufbau dezentraler Kläranlagen in einer informellen Siedlung von Windhoek auf den Weg gebracht.

Um ihre gemeinsamen Maßnahmen in einen übergeordneten Rahmen zu stellen, beteiligen sich Windhoek und Bremen seit Oktober 2017 an der sechsten Phase des Projektes „Kommunale Klimapartnerschaften“. Gemeinsam arbeiten die Städte an der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen. Im Rahmen der Klimapartnerschaft wollen beide Seiten auch künftig in bewährter Form durch Wissensaustausch und gegenseitige Anregungen zusammenarbeiten und dabei den Horizont des Partners erweitern und gemeinsam Lösungen entwickeln.

Erarbeitung des Handlungsprogramms

In Bremen werden die Koordinierung und das Projektmanagement der Klimapartnerschaft vom Referat Entwicklungszusammenarbeit, Internationales und Städtepartnerschaften bei der Senatskanzlei verantwortet. In Windhoek ist dafür die Abteilung für internationale Beziehungen zuständig, die dem Büro des Chief Executive Officer (CEO) der Stadt angegliedert ist.

Diese beiden kleinen Teams in Windhoek und Bremen haben sich intensiv darum bemüht, möglichst viele Stakeholder in die Partnerschaft einzubinden. So haben zahlreiche Akteurinnen und Akteure an den Delegationsbesuchen teilgenommen und sind entweder ins Ausland gereist oder haben ausländische Gäste in ihre Büros, Werkstätten, Unternehmen und an andere Orte eingeladen, wo Führungen, kurze Hospitationen und Diskussionen stattfanden. Während der Projektlaufzeit wurden insgesamt drei Delegationsreisen durchgeführt: So haben Bremer Akteurinnen und Akteure im Februar 2018 Windhoek besucht, und im Oktober 2018 und April 2019 fand der Gegenbesuch aus Windhoek nach Bremen statt.



Workshop in Bremen mit der SKEW während der 2. Entsendung, Oktober 2018 © Freie Hansestadt Bremen

Im Rahmen dieser Besuchsreisen haben sich die folgenden Organisationen am Wissens- und Erfahrungsaustausch beteiligt: Der Senator für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau, der Umweltbetrieb Bremen, die Organisation Umwelt Bildung Bremen, die Fachhochschule Bremen, die Universität Bremen, BORDA e.V., die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) Regionalbüro Nord, die hanseWasser Bremen GmbH, Die Bremer Stadtreinigung (DBS), die Nehlsen GmbH, die swb GmbH, die Kaefer GmbH sowie die AbfallWirtschaftsgesellschaft Bassum.

Aus Windhoek beteiligten sich die folgenden Organisationen und Institutionen: die Behörde für Abfallwirtschaft, Fachbereich Engineering: Deponien; die Behörde für Wirtschaftsentwicklung und Sozialdienste; die Behörde für Gesundheit

3 <https://skew.engagement-global.de/unterstuetzung-durch-nakopa.html>

und Umwelt; die Behörde für Wasser- und Sanitärversorgung und die Gammams Water Care Works (Kläranlage), Fachbereich Engineering, Infrastruktur, Wasser und technische Dienstleistungen sowie die Abteilung für Außenbeziehungen und Vernetzung des Büros des CEO.

Insbesondere die **Exkursionen in beiden Städten** haben wesentlich dazu beigetragen, das Verständnis der beteiligten Partner zu vertiefen und ihr Wissen zu erweitern. So hatten die Teilnehmenden Gelegenheit, die Arbeit in den Kläranlagen, Abfalldeponien, Büros und anderen Einrichtungen zu beobachten. Dabei wurde deutlich, dass die beiden Partnerstädte teilweise vor ähnlichen Herausforderungen stehen, woraus sich ein sehr konstruktiver Dialog zwischen den Fachpersonen aus beiden Städten ergab.

Besonders hervorzuheben ist die außergewöhnliche Gastfreundschaft, die bei den Besuchen der drei Delegationen und den anderen Begegnungen gelebt wurde. Die Gastgeberinnen und Gastgeber gaben den Besucherinnen und Besuchern bereitwillig Einblick in ihre Arbeitsweise und zeigten sich offen für den Wissens- und Erfahrungsaustausch. In Windhoek wurde die Delegation aus Bremen von CEO Robert Kahimise sehr herzlich begrüßt. In Bremen hieß die Bevollmächtigte beim Bund, Ulrike Hiller, die Delegationen aus Windhoek im historischen Rathaus der Hansestadt willkommen. Darüber hinaus zeigten sich alle oben genannten Teilnehmenden stets sehr hilfsbereit und bemühten sich, den Aufenthalt so bereichernd wie möglich zu gestalten. Während der Besuchsreisen wurden viele persönliche Kontakte geknüpft, die beide Seiten pflegen wollen.

Die zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Zur Entwicklung des Handlungsprogramms für die kommunale Klimapartnerschaft zwischen Bremen und Windhoek wurde zunächst analysiert, welche Bereiche in beiden Städten voraussichtlich am stärksten vom Klimawandel betroffen sein werden und in welchen Feldern die beiden Städte über die zur Bekämpfung der Klimawandelfolgen notwendige Expertise verfügen. Dabei wurden die bereits laufenden Bemühungen anderer Stakeholder-Gruppen in beiden Städten sowie die bisherigen Maßnahmen im Rahmen der Städtepartnerschaft berücksichtigt.

Aus diesen Überlegungen ergaben sich sechs strategische Ziele:

- Förderung der technischen Weiterentwicklung der Abfallwirtschaft in Windhoek, insbesondere Müllverbrennungsanlagen
- Förderung eines Kulturwandels in Richtung Abfallmanagement in beiden Städten, insbesondere durch Bildung und Aufklärung zur Förderung von Recycling, Mülltrennung, der Reinhaltung der Städte sowie Abfallvermeidung durch die Wiederverwendung von Wertstoffen
- Wissens- und Technologieaustausch über die Themen Abwasserbehandlung und Sanitärversorgung in zentralen und ggf. dezentralen Kläranlagen
- Entwicklung eines nachhaltigen Tourismus mit einer nachhaltigen Tourismusstrategie für die Stadt Windhoek
- Berücksichtigung des Klimawandels in stadtweiten Maßnahmen und Debatten
- Entwicklung der urbanen Mobilität durch die Förderung des nichtmotorisierten Verkehrs; Verbesserung des ÖPNV durch die Unterstützung des GIZ-Projekts „Transport, Mobilität, Logistik“ in Namibia



Besichtigung eines „informal Settlement“ in Windhoek während der 1. Entsendung, Februar 2018 © Freie Hansestadt Bremen

In den Gesprächen und Diskussionen hat sich herausgestellt, dass insbesondere zwei Themen für die kommunale Klimapartnerschaft zwischen Bremen und Windhoek von Bedeutung sind, nämlich die **Abwasserbehandlung** und die **Verwertung von Siedlungsabfällen**. Beide Bereiche gehören zu den Kernaufgaben jeder Kommune. Wenn Abwasser und Siedlungsabfälle nicht fachgerecht behandelt werden, hat dies erhebliche

Konsequenzen für die Gesundheit und Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger sowie negative Auswirkungen auf die Umwelt, beispielsweise durch die Verschmutzung von Grundwasser und Böden. Bei den Begehungen und Gesprächen vor Ort zeigte sich, dass alle Beteiligten von dem Austausch über diese Themen profitieren, denn die Abfall- und Abwasserwirtschaftssysteme und die damit verbundenen Herausforderungen sind ähnlich genug, um Vergleiche und Querbezüge zu ermöglichen.

Abwasserbehandlung in Windhoek und Bremen

In den informellen Siedlungen von Windhoek muss dringend eine Infrastruktur für die Sanitärversorgung errichtet werden. Die meisten dieser Siedlungen sind noch nicht an die zentrale Kläranlage der Stadt angeschlossen. Darüber hinaus ist das Grundwasser knapp. Deshalb ist es sehr wichtig, dafür zu sorgen, dass die Abwässer nicht unkontrolliert austreten, damit das Grundwasser nicht verunreinigt wird.

Im Februar 2018 kam es in einer der informellen Siedlungen von Windhoek zu einem Ausbruch von Hepatitis E, was die Dringlichkeit dieses Problems verdeutlicht. Die Lebererkrankung wird hauptsächlich durch verunreinigtes Wasser übertragen. Durch ein professionelles Hygienemanagement in dicht besiedelten Gebieten lässt sich das Risiko verringern, dass Krankheitserreger durch verunreinigtes Wasser übertragen werden.

Im Rahmen der kommunalen Klimapartnerschaft bauen Bremen und Windhoek nun eine dezentrale Kläranlage an einem Pilotstandort in der informellen Siedlung „Mix“. Das Vorhaben umfasst eine lokale schwerkraftgestützte Kläranlage, die zusammen mit 40 Wasserspartoiletten die Sanitärversorgung für 40 Haushalte sicherstellen soll. Neben der technischen Lösung sind Informations- und Schulungsmaßnahmen für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort sowie die Einbindung der Stakeholder wichtige Aspekte des Vorhabens. Zur Gewährleistung der Rechenschaftspflicht wird das Vorhaben unter Beteiligung der politischen Führung der Stadt und der Gemeinden sowie in Zusammenarbeit mit den örtlichen Hochschulen umgesetzt. Ferner sieht die Klimapartnerschaft auch die Förderung der Zusammenarbeit zwischen dem Bremer Abwasserbehandlungsunternehmen

hanseWasser, dem Umweltbetrieb Bremen und der Kläranlage Gammams Water Care Works bei der Ausbildung von technischem Fachpersonal für Kläranlagen vor.

Abfallwirtschaft

Aufgrund des Bevölkerungswachstums wird eine systematische Behandlung von Siedlungsabfällen in Windhoek immer dringlicher. In Bremen kam es in letzter Zeit zu einigen Veränderungen in der Abfallwirtschaft. So wurde die Zuständigkeit für die Abfallwirtschaft im Sommer 2018 wieder auf die Kommune übertragen und das Kommunalunternehmen „Die Bremer Stadtreinigung“ gegründet.

Der Wissens- und Erfahrungsaustausch über Methoden zur Behandlung von Siedlungsabfällen hat sich im Rahmen der Klimapartnerschaft sehr bewährt. Zahlreiche Beteiligte in Bremen haben die Partnerinnen und Partner aus Windhoek herzlich willkommen geheißen und ihr Wissen an sie weitergegeben, beispielsweise beim Besuch einer Abfalldeponie (wichtigste Form der Abfallbehandlung in Windhoek), bei der Besichtigung einer Recyclinganlage in Bremen, die es in ähnlicher Form auch in Windhoek gibt, oder bei Diskussionen über Stadtreinigungskampagnen, innovative Müllverbrennungstechnik oder Möglichkeiten für die Deponiegasnutzung.

Die nächsten gemeinsamen Maßnahmen der kommunalen Klimapartnerschaft sollen diese Themen zum Gegenstand haben. Das Ziel besteht darin, die Menge der in Windhoek deponierten Abfälle durch Recycling, Abfalltrennung und die Einführung von weiteren technischen Anlagen zu verringern. Darüber hinaus sollen die Deponien entgast werden. Bremen wiederum strebt eine kontinuierliche Steigerung des Anteils an recycelten Abfällen an und möchte den kulturellen Austausch mit Windhoek über Fragen nach der Wiederverwendung von Materialien und Gütern stärken, um insgesamt weniger Abfall zu erzeugen.

3.2. Brühl – Dourtenga, Burkina Faso

	Gemeinde Brühl (Deutschland)	Gemeinde Dourtenga (Burkina Faso)
Einwohnerzahl	14.489	9.517
Fläche	10,19 km ²	214 km ²
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Zunahme von Extremwetterereignissen (Starkregen mit Überschwemmungen, Stürme) • Hitze- und Trockenperioden im Sommer • Mildere und nassere Winter • Einwanderung nicht heimischer Tier- und Pflanzenarten und Verdrängung empfindlicher Arten • Anstieg der durchschnittlichen Jahrestemperatur • Verschiebung der Vegetationszeiten 	<ul style="list-style-type: none"> • Knappheit an Wasserreservoirs und wachsende Anzahl an Wasserentnahmestellen, die bei der Erschließung negativ ausfallen, was zu unzureichenden Wasserinfrastrukturen führt • Absenkung des Grundwasserspiegels • Zerstörung der Vegetation • Desertifikation/Dürre • Bodenverarmung und Verringerung der landwirtschaftlichen Erträge/Ernten • Schwinden von Flächen für Land- und Weidewirtschaft und Herausforderungen im Bereich Landbesitz

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Die Gemeinden Brühl (Baden) und Dourtenga pflegen bereits seit über 20 Jahren eine kommunale Partnerschaft. Die Gemeinde Brühl und der in Brühl ansässige Förderkreis Dourtenga haben es sich dabei zur Aufgabe gemacht, durch die Unterstützung von Projekten das Leben in Dourtenga insbesondere in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Wasserversorgung zu verbessern.

Den 20. Geburtstag der Partnerschaft im Jahr 2017 nahmen Brühls Bürgermeister Dr. Ralf Göck als Initiator und der Gemeinderat zum Anlass, mit der Klimapartnerschaft ein neues Kapitel aufzuschlagen. Einen gleichlautenden Beschluss fasste der Gemeinderat von Dourtenga.

Die Gemeinde Brühl liegt mitten in der wirtschaftlich starken Metropolregion Rhein-Neckar und verfügt über eine gut ausgebaute Infrastruktur. Als Folgen des Klimawandels sind in Brühl insbesondere Extremwetterereignisse zu erwähnen, die sich negativ auf die Landwirtschaft und die kommunale Infrastruktur auswirken. Brühl stellt sich seiner Verantwortung für den Klimawandel und hat bereits Programme und Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz und zum Einsatz erneuerbarer Energien entwickelt. Mit einem integrierten Klimaschutzkonzept sollen diese systematisch angegangen werden. Die Gemeinde

Dourtenga hingegen ist sehr ländlich geprägt. In wirtschaftlicher Hinsicht sind in erster Linie die extensiv betriebene Landwirtschaft und Viehzucht zu nennen, mit sehr geringen finanziellen und infrastrukturellen Investitionen. Hinzu kommen klimatische Unwägbarkeiten.



Besichtigung einer Biogasanlage in Dourtenga © Abel Abga

Ebenfalls betrieben werden Jagd und Forstwirtschaft, während Fischerei aufgrund des Mangels an Wasserflächen nicht existent ist. Besonders hervorzuheben ist, dass die ländliche Gemeinde Dourtenga flächenmäßig klein ist und landwirtschaftliche Flächen kaum vorhanden sind.

In der ländlichen Gemeinde Dourtenga existieren u. a. folgende Beschränkungen:

Natürliche Beschränkungen:

- Klimawandel (Desertifikation, Dürre, Absenkung des Grundwasserspiegels u.a.)
- Unbeständigkeit der Nahrungsmittelressourcen
- Schwinden von Flächen für Land- und Weidewirtschaft und Herausforderungen im Bereich Landbesitz
- Unzureichende Wasserreservoirs, auch in Folge der Veraltung der Wasserinfrastrukturen
- Unzureichende Energieressourcen
- Beschränkungen in Bezug auf den Regionalmarkt: Zu geringe landwirtschaftliche Leistung und Produktivität (Landwirtschaft, Viehzucht, Forstwirtschaft), um auf dem Regionalmarkt Fuß fassen zu können
- Geringe Kapazität zur Verarbeitung von Produkten aus Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Viehzucht
- Geringe Verfügbarkeit von Energieressourcen und geringe Energieerzeugung

In Anbetracht der oben aufgezählten Belastungen lebt die Bevölkerung der ländlichen Gemeinde Dourtenga unter relativ armen Bedingungen. Das bedeutet, dass die Armut, mehr als jeder andere Faktor, die Anfälligkeit im Hinblick auf den Klimawandel bestimmt und die Anpassungsfähigkeit einschränkt.

Aufgrund der Tatsache, dass der Klimawandel beide Kommunen vor Herausforderungen stellt, waren die Motive für den Aufbau der Klimapartnerschaft gegeben, die sich schwerpunktmäßig mit den Themen Wassermanagement, erneuerbare Energien und nachhaltige Landwirtschaft befasst.

Erarbeitung des Handlungsprogramms

Zunächst wurden in beiden Gemeinden die Arbeitsstrukturen geschaffen. Es wurde jeweils ein Koordinationsteam, ein Kernteam und eine Steuerungsgruppe aus Vertreterinnen und Vertretern von Verwaltung, Politik, Privatwirtschaft, Zivilgesellschaft, öffentlichen Institutionen, Fachexpertinnen und -experten sowie engagierten Privatpersonen gebildet. Auch der Förderkreis Dourtenga aus Brühl sowie das Partnerschaftskomitee aus Dourtenga wurden in den Arbeitsprozess einbezogen.

Eine wichtige Grundlage für die Erarbeitung des gemeinsamen Handlungsprogramms ist der regelmäßige Austausch zwischen den Koordinatorinnen und Koordinatoren und Expertinnen und Experten der beiden Partnerkommunen. Dieser erfolgte einerseits durch regelmäßigen Schriftverkehr per Mail und andererseits über persönliche Treffen im Rahmen von Entsendungen.



Workshop bei der evangelischen Kirchengemeinde Brühl
© Anna-Lena Schneider

Die **erste Entsendung** fand im Januar 2018 statt. Eine dreiköpfige Delegation aus Brühl besuchte die Partner in Dourtenga mit dem Ziel, die notwendigen Grundlagen für den weiteren Projektverlauf zu schaffen. Hierzu gehörte, dass sich die Akteurinnen und Akteure beider Kommunen kennenlernen und sich austauschen, die Probleme vor Ort identifizieren und mögliche Projekte zur Lösung der Probleme erarbeiten konnten. Aus der Arbeit vor Ort ging eine Matrix hervor, die bereits die Schwerpunktthemen des Handlungsprogramms Wassermanagement, erneuerbare Energien und nachhaltige Landwirtschaft beinhaltet und mögliche Projekte aufführt, die zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels beitragen können. Die weitere Arbeit im Rahmen der Klimapartnerschaft baut immer wieder auf dieser bestehenden Matrix auf.

Im Rahmen der **zweiten Entsendung** im Juli 2018 kam eine dreiköpfige Delegation aus Burkina Faso in die Gemeinde Brühl. Auch während dieser Entsendung konnten weitere Schritte auf dem Weg zum gemeinsamen Handlungsprogramm getätigt werden. Zudem konnten die Partner aus dem Globalen Süden sehen, welche Maßnahmen bereits

zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Brühl ergriffen werden und an welchen Stellen im Handlungsprogramm gegebenenfalls Maßnahmen parallel in beiden Kommunen entwickelt werden können.

Neben dem Austausch zwischen den beiden Partnerkommunen konnten auch die vom Projektteam der SKEW und LAG 21 NRW organisierten und durchgeführten Netzwerktreffen der deutschen Kommunen, die Treffen der Südpartner sowie die gemeinsamen Workshops zur Weiterentwicklung der Klimapartnerschaft beitragen.

Die zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Grundlage für die Ziele und Maßnahmen im Handlungsprogramm war die während der ersten Entsendung im Januar 2018 erstellte Matrix. Darin waren bereits mögliche Projekte aufgeführt, die beide Partner schließlich nach Themenbereichen ordneten und folgende Schwerpunktthemen für das gemeinsame Handlungsprogramm definierten:

- Wassermanagement
- nachhaltige Landwirtschaft
- erneuerbare Energien

Das Fehlen von ausreichend Wasser stellt in Dour-tenga eines der größten Probleme dar. Im Bereich **Wassermanagement** streben die Kommunen daher an, die Wassersituation für Mensch, Tier und Landwirtschaft zu verbessern, indem die Nutzwassermenge gesteigert und die Grundwassersituation stabilisiert werden. In diesem Zusammenhang soll insbesondere der Zugang der Bevölkerung zu sauberem Trinkwasser gesichert werden und die Wasserhaltefähigkeit des Bodens verbessert werden. Die Sicherung des sauberen Trinkwassers soll durch den Bau von solarbetriebenen Brunnen, zu denen alle Bürgerinnen und Bürger Zugang haben, erzielt werden. Es sollen den Bohrungen der Brunnen jedoch einige Untersuchungen vorangestellt werden, wodurch die geeigneten Standorte identifiziert werden. Außerdem sollen um die Brunnen herum sogenannte Wasserschutz-zonen mit eingeschränkter landwirtschaftlicher Nutzung eingerichtet werden, die eine Belastung des Grundwassers mit Nitrat, Dünger o.ä. verhindern.

Eine weitere Möglichkeit zur Speicherung von Wasser ist der Bau einer Zisterne, welche die

Niederschläge während der Regenzeit auffängt und durch die das Wasser schließlich bei Bedarf in der Trockenzeit genutzt werden kann. Des Weiteren soll durch die Aufforstung der natürlichen Vegetation die weitere Versteppung der Böden gestoppt und die Wasserhaltefähigkeit des Bodens verbessert werden. Hier wird insbesondere die Zai-Methode in Erwägung gezogen, für die Yacouba Sawadogo, ein Landwirt aus Burkina Faso, mit dem alternativen Nobelpreis ausgezeichnet wurde.⁴



Aufklärung über das Wassermanagement auf der Brühler Kollerinsel © Anna-Lena Schneider

Infolge der verbesserten Wasserversorgung soll auch die ganzjährige Produktion von Nahrungsmitteln und sonstigen landwirtschaftlichen Produkten zur Versorgung der Bevölkerung ermöglicht werden. Da das Wasser nicht nur Lebensgrundlage für Mensch und Tier ist, sondern auch wesentliche Auswirkungen auf die Landwirtschaft hat, steht das Thema Wasser für die Partner aus dem Süden an erster Stelle.

Brühl setzt sich im Bereich Wassermanagement zum Ziel, die Verschmutzung der Gewässer durch die Bevölkerung und die dort ansässigen Unternehmen zu vermeiden und die Bevölkerung durch die Einführung von Baumpatenschaften für die bewusste Bewässerung von kommunalen Pflanzen in die Verantwortung zu nehmen. Parallel hierzu bietet sich die Einführung von Baumpatenschaften

⁴ Zur Erläuterung der Zai-Methode siehe <https://www.gemeinsam-fuer-afrika.de/der-mann-der-die-wueste-stoppte/>

an Schulen in Dourtenga an, so dass jeder Schüler und jede Schülerin die Verantwortung für einen Baum im Schulgarten trägt.

Die **nachhaltige Landwirtschaft** bildet das zweite Schwerpunktthema. Langfristig soll sowohl in Brühl als auch in Dourtenga die Landwirtschaft auf biologische und ökologische Landwirtschaft umgestellt werden und ohne den Einsatz von Pestiziden auskommen. Das nötige Knowhow für eine nachhaltige Landwirtschaft soll insbesondere Nachwuchsländwirten und -landwirtinnen in Dourtenga in einer Landwirtschaftsschule vermittelt werden. Die Landwirtinnen und Landwirte sollen mit geeigneten Methoden vertraut gemacht werden und diese schließlich anwenden. Auch die übrige Dorfbevölkerung soll mithilfe von Seminaren und Workshops für eine nachhaltige Landwirtschaft sensibilisiert werden.

Ein weiteres Ziel im Bereich der Landwirtschaft ist es, degradierte Böden als Ackerfläche nutzbar zu machen, um dort wieder Landwirtschaft betreiben zu können. Dieses Ziel soll erreicht werden, indem die Bodenerosion durch den Bau von Steinreihen, die Anpflanzung von Hecken und die Herstellung von Kompost verhindert wird und die Landwirtinnen und Landwirte moderne, natur- und standortgerechte Anbaumethoden anwenden, die den Boden nicht zu sehr strapazieren.

Des Weiteren soll bei der Anpflanzung neuer Pflanzen darauf geachtet werden, dass diese an die klimatischen Bedingungen vor Ort gut angepasst sind. Hierfür sollen im Anschluss an die Untersuchung bestimmter Arten hinsichtlich Salztoleranz und Trockenresistenz Pflanzlisten erstellt werden, die Aufschluss darüber geben, welche Pflanzen für den Standort Dourtenga geeignet sind.

Das dritte Schwerpunktthema im Rahmen der Klimapartnerschaft sind die **erneuerbaren Energien**. Durch deren Ausbau sowie die Verbesserung der Energieeffizienz und Maßnahmen zur Energieeinsparung wollen Brühl und Dourtenga die CO₂-Emissionen wesentlich reduzieren.

Brühl möchte beispielsweise die Straßenbeleuchtung sowie die Innenraumbeleuchtung in kommunalen Gebäuden auf die moderne und stromsparende LED-Technik umrüsten und Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung auf kommunalen Gebäuden errichten. In Dourtenga sind

es insbesondere die traditionellen Kochstellen, die durch energieeffizientere Kochstellen oder Solarkocher ersetzt werden sollen.

3.3. Enkenbach-Alsenborn – Kinigi/ Distrikt Musanze, Ruanda

	Ortsgemeinde Enkenbach-Alsenborn (Deutschland)	Kinigi/ Distrikt Musanze (Ruanda)
Einwohnerzahl	Ca.7.300	Ca. 29.500
Fläche	30,04 km ²	80,70 km ²
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Wärmere Sommer und Winter • Austrocknung der Böden • Sinken des Grundwasserspiegels • Borkenkäfer breitet sich aus • Viel Totholz im Wald • Baumsterben • Starkregenereignisse 	<ul style="list-style-type: none"> • Bodenerosion • Austrocknung der Böden • Sinken des Grundwasserspiegels • Starkregenereignisse • Überschwemmungen • Beeinträchtigung der Landwirtschaft

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Enkenbach-Alsenborn ist seit 2012 Masterplankommune⁵ der Bundesrepublik Deutschland und hat somit eine Vorreiterposition im Hinblick auf die Einführung von erneuerbaren Energien, das Erreichen der deutschen Klimaziele bis 2050 und die Reduzierung der weltweiten Klimaerwärmung. In allen für die Energiewende wichtigen Teilbereichen wie Strom, Energie, E-Mobilität und Speichersysteme arbeitet Enkenbach-Alsenborn mit modernsten Techniken. Neben fünf Elektrofahrzeugen gibt es unter anderem ein Biomasseheizkraftwerk, drei Blockheizkraftwerke, zwei Holzhackschnitzelwerke, Solarparks, zahlreiche PV-Dachanlagen und Windkraftanlagen.

Die integrierte Gesamtschule in Enkenbach-Alsenborn pflegt seit 30 Jahren eine Partnerschaft zu einer Grundschule in Ruanda und seit zehn Jahren zu einer großen Gesamtschule (ca. 2.300 Schüler) in Kampanga, welches zu Kinigi gehört. Im Rahmen dieser Partnerschaft wurden bisher vier Klassenzimmer, eine Trinkwasseranlage und eine Küche gebaut und Renovierungen am Schulgebäude durchgeführt. Es besteht ein regelmäßiger Austausch zwischen Schülerinnen und Schülern und Lehrerinnen und Lehrern, der wechselseitig in Deutschland und Ruanda stattfindet (bisher

unterstützt vom ENSA-Programm⁶ von Engagement Global).

Aufgrund der intensiven, langjährigen Zusammenarbeit zwischen beiden Schulen haben sich die beiden Partner darauf geeinigt, in der Kampanga-Schule ein zusätzliches Klimaschutzprojekt zu verwirklichen.



Besichtigung eines Solarparks in Enkenbach-Alsenborn © Ortsgemeinde Enkenbach-Alsenborn

5 <https://www.klimaschutz.de/masterplan-kommunen-liste>

6 ENSA steht für Entwicklungspolitisches Schulaustauschprogramm. Das Programm beinhaltet Bildungsangebote und Fördermittel im Bereich Schulpartnerschaften und will Schülerinnen und Schülern aus Deutschland und aus Ländern des Globalen Südens ermöglichen, voneinander zu lernen, globale Zusammenhänge zu verstehen und sich für nachhaltigen Wandel zu engagieren. <https://ensa.engagement-global.de>

Kinigi liegt im Nordwesten von Ruanda, direkt am Rande des Vulcano-Nationalparks, im Grenzgebiet zu Uganda und der Demokratischen Republik Kongo. In Kinigi gibt es Tourismus wegen der Nationalparks und den dort lebenden Gorillas. Bekannt sind diese Parks nicht zuletzt auch durch die Berichte und Forschungsarbeiten der Amerikanerin Dian Fossey. Die Landschaft um Kinigi ist sehr bergig mit wenigen Wäldern und Bäumen und wird überwiegend landwirtschaftlich genutzt (90 Prozent). Aufgrund der bergigen Beschaffenheit der Landschaft erfolgt die Nutzung der Flächen oft in entsprechend angelegten Terrassen.

Die Kampanga-Schule bei Kinigi ist auch aufgrund der guten Beziehungen und der Aktivitäten des Schuldirektors eine Vorzeigeschule in Ruanda. Die Schule ist mit 120 Computern für die Schülerinnen und Schüler ausgestattet. In der Schule und in den benachbarten ca. 40 Häusern der Siedlung kommt es aber häufig zu Stromausfällen, weshalb der Unterricht bzw. die Nutzung der Computer oft gestört werden. Eine Delegation aus Enkenbach-Alsenborn war im Oktober 2018 in Kinigi zu Gast. Im Rahmen dieses Besuches wurde auch über Probleme durch Überflutungen, im Abfallbereich, durch Bodenerosion und durch den Ausbau der Landwirtschaft gesprochen. Die Ausstattung der Kampanga-Schule mit einer modernen Photovoltaik-Anlage würde den Schulbetrieb mit Computern absichern und gleichzeitig die hohen Stromkosten reduzieren. Die eingesparten Gelder könnte man für weitere Lehrerinnen und Lehrer, den Schulbesuch mittelloser Kinder oder die Verköstigung von Schülerinnen und Schülern nutzen. Außerdem ist davon auszugehen, dass die Kampanga-Schule ein Modellprojekt für den Klimaschutz in ganz Ruanda darstellen könnte.

Erarbeitung des Handlungsprogramms

Im Februar 2018 war der Landwirtschaftsdirektor aus Musanze, Jean Ngendahayo, in Enkenbach-Alsenborn zu Gast. Die zwei weiteren angedachten Delegationsteilnehmenden mussten ihre Reise kurzfristig absagen. Eine Delegation aus Enkenbach-Alsenborn war im Oktober 2018 in Kinigi zu Gast. Hier waren der Bürgermeister Jürgen Wenzel, die Werkleiterin Anita Frank und Matthias Klein (IT-Spezialist des Fraunhofer Instituts in Kaiserslautern) mit dabei.

In Enkenbach-Alsenborn war die Besichtigung der technischen Anlagen zur regenerativen Strom- und Wärmeenergieerzeugung ein wichtiger Schwerpunkt der Entsendung. Die Elektro-PKWs der Gemeinde wurden ebenfalls interessiert besichtigt. Außerdem wurden andere öffentliche Einrichtungen wie Schulen und das Rathaus besucht. Des Weiteren nahm die Klimapartnerschaft im Rahmen des Besuches der ruandischen Partner an dem von den Projektverantwortlichen von Engagement Global und LAG 21 NRW durchgeführten dezentralen Auftaktworkshop gemeinsam mit der anderen deutsch-ruandischen Klimapartnerschaft Hachenburg – Distrikt Gisagara teil. Dieser Workshop vermittelte die Grundzüge und wichtigsten Informationen der Projektteilnahme bei den kommunalen Klimapartnerschaften und galt als offizieller Startpunkt der zweijährigen Projektphase, da die beiden Klimapartnerschaften am regulären Auftakt in Bremen nicht dabei sein konnten.

In Ruanda waren die Ansprechpartner unter anderem der Landwirtschaftsdirektor, der Bürgermeister des Musanze Distrikts und der Leiter und mehrere Lehrer der Kampanga-Schule.



Dr. Uwe Drescher aus Enkenbach-Alsenborn und Pierre Claver Bagirishya aus dem Distrikt Musanze planen die gemeinsamen nächsten Schritte der Klimapartnerschaft © Ernst Ohlhoff

Es fanden Treffen statt mit Verantwortlichen von Naturschutz-, Umweltschutz- und Klimaschutzorganisationen. Die Umweltorganisation SACOLA zeigte vor Ort Projekte zur Kontrolle der Bodenerosion und zur Verbesserung des Umweltschutzes. Mit lokalen Vertreterinnen und Vertretern und Organisationen wurde über den Klimawandel und die diesbezügliche Rolle der erneuerbaren

Energien diskutiert. Es wurde klar, dass regenerative Energien nicht nur ökologisch, sondern auch ökonomisch von Vorteil sind bzw. sein können. Es war bemerkenswert, dass in Ruanda ein Verbot der Nutzung von Plastiktüten besteht, man insofern deutlich umweltfreundlicher als in Europa ist. Die positive Stimmung der Bevölkerung und der Optimismus sind gleichermaßen ansteckend und inspirierend. Die Delegation aus Musanze fand die technischen Möglichkeiten in Enkenbach-Alsenborn allgemein – und speziell in Hinsicht auf regenerative Energien – interessant.

Wichtige Momente für die **Gestaltung des Handlungsprogramms** waren die Besuche selbst. Diese zeigten völlig unterschiedliche Lebensbedingungen in beiden Ländern. Dadurch entstanden zahlreiche Diskussionen über umweltrelevante Ziele und auch über Wege, diese zu erreichen. Erst die Kenntnis des Alltags in der Partnerkommune und die gegenseitige Akzeptanz und der Respekt voneinander lassen schlussendlich die gemeinsame Gestaltung umwelt- und Klimaschutztechnischer Projekte zu. Gute verbale und schriftliche Kommunikation sind nicht nur Grundlage für die Erstellung des Handlungsprogramms, sondern ebenso essenziell für die spätere Verwirklichung eines Klimaschutzprojektes.

Die zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Im Zuge der durchgeführten Entsendungen und Besichtigungen der jeweiligen Situationen vor Ort haben sich die beiden Partner auf die drei Schwerpunktthemen

- Masterplan für nachhaltige Klimakonzepte
- Auf- und Ausbau erneuerbarer Energien
- Weiterentwicklung des Bildungssystems

verständnis. Zu diesen Schwerpunktthemen wurden gemeinsame Ziele und Maßnahmen für das Handlungsprogramm entwickelt, die in den folgenden Jahren gemeinsam umgesetzt werden sollen. Auch wenn alle Maßnahmen wichtig sind, kann nicht alles gleichzeitig angegangen werden. Daher mussten Priorisierungen vorgenommen werden.

Als zentrale Maßnahmen wurden im Handlungsprogramm der Masterplan für Kinigi und Enkenbach-Alsenborn, die Errichtung einer

Photovoltaik-Anlage auf dem Dach der Kampanga Schule und die Ausbildung für technische Berufe und Handwerker in Kinigi identifiziert. Diese zentralen Maßnahmen bilden die ersten Meilensteine auf dem Weg zur Erreichung der strategischen Ziele der Klimapartnerschaft.

Hauptziel beider Gemeinden ist eine deutliche Reduzierung von klimaschädlichen Gasen wie z.B. Kohlendioxid (CO₂), Lachgas (N₂O) und Methan (CH₄). Bis zum Jahr 2050 soll die Konzentration an CO₂ um 95 Prozent sinken. Die beiden Projekte im Klimaschutz und im Schulsystem sollen nachhaltige Entwicklungen in ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Bereichen auslösen. Um das Klimaziel für 2050 erreichen zu können, ist die weitgehende Implementierung von erneuerbaren Energien unabdingbar. Hier soll bis zum Jahr 2030 der Strombereich zu 95 Prozent mit regenerativ erzeugtem Strom abgedeckt werden. Auch im Wärmebereich soll weitgehend auf das Verbrennen von Holz in Ruanda und von Gas und Öl in Deutschland verzichtet werden. Der Schutz des knappen Baumbestandes in Ruanda ist sehr wichtig für die Menschen und die Landwirtschaft. Hier gilt es, der wachsenden Bodenerosion Einhalt zu gebieten und Überflutungskatastrophen und Erdbeben möglichst komplett zu verhindern.

Der gemeinsam zu erstellende **Masterplan für Kinigi** soll als Planungsinstrument durch Leitlinien die notwendigen Handlungsfelder, Strategischen Ziele, Projekte und Maßnahmen definieren und wird beide Partner durch gegenseitige Besuche und intensive Kommunikation näher aneinander heranzuführen und zur Erreichung der Ziele wichtig sein. Die Erweiterung des Unterrichts der Kampanga-Schule soll zusammen mit der Erzeugung von regenerativem Strom ein Modellprojekt für viele Schulen in ganz Ruanda darstellen. Enkenbach-Alsenborn wurde im Jahr 2012 als eine der ersten deutschen Masterplankommunen ausgezeichnet. Der dafür notwendige Masterplan wurde von Expertinnen und Experten der Fachhochschule in Birkenfeld erstellt und von Enkenbach-Alsenborn umgesetzt. Ein ähnliches Konzept ist auch für die Klimapartnerschaft angedacht. Auch hier können Expertinnen und Experten der FH Birkenfeld und anderer Universitäten mit Expertinnen und Experten der Universität in Kigali zusammenarbeiten und ein wirkungsvolles Konzept erstellen.

Die langjährigen Schulpartnerschaften (seit 1990) der Integrierten Gesamtschule (IGS) in Enkenbach-Alsenborn mit zwei Schulen in Ruanda stellen einen wesentlichen Beweggrund für die gemeinsamen Maßnahmen im Rahmen der Klimapartnerschaft dar. Mit der Kampanga-Schule in Kinigi wurden schon mehrere Projekte erfolgreich umgesetzt. Unter anderem wurden in dieser Schule vier neue Klassenzimmer errichtet, eine Trinkwasserversorgungsanlage installiert und eine große Kochküche für die gesamte Schule bzw. alle 2.300 Schülerinnen und Schüler gebaut. Im Rahmen eines ENSA-Programms findet hier ein regelmäßiger Schüleraustausch im Drei-Jahreszyklus statt. Durch die neue Kochküche der Schule wird aktuell 50 Prozent weniger Holz verbrannt und die CO₂ Emission reduziert. Enkenbach-Alsenborn ist in Deutschland eine der führenden und ausgezeichneten Kommunen für den Klimaschutz und für die Einführung und den Umgang mit erneuerbaren Energien. Diese spezielle Kompetenz (seit 20 Jahren) soll nun die schon bestehenden Beziehungen der IGS und der Kampanga-Schule intensivieren und sinnvoll ergänzen.



Ein Gebäude der Kampanga-Schule im Distrikt Musanze, auf der eine PV-Anlage installiert werden soll © Ortsgemeinde Enkenbach-Alsenborn

Als erstes Projekt soll zeitnah das Dach der Kampanga-Schule in Kinigi mit einer **modernen Photovoltaik-Anlage** und einem entsprechend dimensionierten Batteriespeicher ausgestattet werden. Mit dem Batteriespeicher ist Strom aus erneuerbaren Energien Tag und Nacht sowie bei schlechtem Wetter verfügbar. Der so erzeugte Strom soll möglichst vollständig das derzeit noch zum Kochen genutzte Feuerholz ersetzen. Des Weiteren sollen die häufigen Stromausfälle

im allgemeinen Ortsnetz mit der neuen Anlage überbrückt werden. Die Kampanga-Schule ist in Ruanda eine Art Vorzeigeschule und besitzt deshalb insgesamt 120 Laptops aus staatlicher Förderung. Auch hier hätte dann ein Stromausfall keine Relevanz mehr für den laufenden Unterricht.

Die neue Photovoltaik-Anlage und der Batteriespeicher werden die hohen Stromkosten (0,25 € / kWh) deutlich senken. Ein jährlicher Stromverbrauch von 10.000 kWh würde demnach Kosten von 2.500 € verursachen.

Im Bereich der Bildung soll in der Kampanga-Schule eine Berufsschule etabliert werden. Auszubildende sollen zu Elektrikerinnen und Elektrikern oder Versorgungs- und Solartechnikerinnen und -technikern geschult werden. Zunächst sollen drei Schülerinnen und Schüler in Enkenbach-Alsenborn ausgebildet werden, die dann ihr Wissen später als Berufsschullehrerinnen und -lehrer oder aber als Leiterinnen und Leiter eines Kleinunternehmens in Kinigi weitergeben können.

Ein **breit aufgestelltes Bildungssystem** stellt die nachhaltige Zukunft eines Landes sicher. Mit den o.g. Maßnahmen startet die Klimapartnerschaft ein Klimaschutz- und Bildungsprojekt, welches soziale, ökologische, klimatische und ökonomische Auswirkungen haben soll. Die beteiligten Akteurinnen und Akteure sind davon überzeugt, hier auch eine übergeordnete, optimale Zusammenarbeit zwischen Kommunen aus zwei Staaten der Nord- und Südhalbkugel dokumentieren zu können. Kurzfristig sollen die CO₂-Emissionen reduziert und langfristig der Klimawandel aufgehalten werden. Eine Verbesserung der Lebens- und Umweltbedingungen der Menschen ist ein Ziel des gemeinsamen Projektes. Es soll ein Pilotprojekt für viele Schulen in ganz Ruanda etabliert werden. Dieses kann die sozialen Bedingungen der Menschen im Land verbessern und nachfolgenden Generationen eine bessere Perspektive geben. Das Besondere an diesem Projekt aber ist die Tatsache, dass durch die Kooperation beider Schulen schon eine langjährige Zusammenarbeit beider Kommunen existiert. Diese bestehenden Kontakte werden hilfreich für die erfolgreiche Realisierung des gemeinsamen Handlungsprogramms sein.

3.4. Hachenburg – Distrikt Gisagara, Ruanda

	Verbandsgemeinde Hachenburg (Deutschland)	Distrikt Gisagara (Ruanda)
Einwohnerzahl	24.119	368.709
Fläche	173,73 km ²	678,9 km ²
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Vermehrte Starkregeneignisse • Gestiegene Temperaturen • Sinkende Niederschlagsmengen • Erhöhter Baumbruch durch Windwurf • Borkenkäferkalamität 	<ul style="list-style-type: none"> • Verwüstung von Schulen, Häusern und Kirchen durch Sturm und Starkregen • Überflutungen und Erdbeben • Bodenerosion durch Starkregeneignisse • Pflanzen- und Tierkrankheiten • Dürren

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Die Verbandsgemeinde Hachenburg, gelegen im nördlichen Rheinland-Pfalz und Teil des Westerwaldkreises, ist bereits seit vielen Jahren aktiv im kommunalen Klimaschutz tätig. Neben frühzeitiger Nutzung und Förderung von Windkraft und anderen erneuerbaren Energien stehen besonders das Hachenburger Nahwärmenetz auf Biomassebasis und das Klimaschutzkonzept für die Initiativen der Verbandsgemeinde.

dem Land Rheinland-Pfalz und Ruanda und dem 2017 in Hachenburg ausgerichteten Ruandatag zu vertiefen. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurde durch die beiden Bürgermeister die Idee zur Etablierung einer Klimapartnerschaft entwickelt und mit der Unterzeichnung des jeweiligen Memorandums of Understanding zwischen der Kommune und der SKEW im Herbst 2017 besiegelt.

Der Distrikt Gisagara liegt in der südlichen Provinz Ruandas und erstreckt sich über eine Fläche von 678,9 km². Er ist sehr anfällig für die Auswirkungen von Temperatur- und Niederschlagsänderungen aufgrund des Klimawandels, da er stark von der regengespeisten Landwirtschaft abhängig ist. Besonders anfällig sind dabei die Tee- und Kaffeepflanzen, mit denen der Lebensunterhalt der Bevölkerung sichergestellt wird.

Die deutlichsten Umweltauswirkungen in Ruanda sind die zunehmende Entwaldung zum Zwecke des Wohnungsbaus, des Baus neuer Anlagen, der Nutzung von Holz als Energieträger und vor allem der Rodung von Waldflächen für landwirtschaftliche Zwecke. Umfangreiche Entwaldung hat zum Verlust der biologischen Artenvielfalt geführt. Darüber hinaus wurden aufgrund der begrenzten verfügbaren Fläche viele Feuchtgebiete des Landes durch Trockenlegung zerstört, und die Bodenerosion hat durch Überweidung zugenommen.

Umwelt und Klimawandel sind seit einigen Jahren vorrangige und bereichsübergreifende Themenfelder, wie in den nationalen Strategiepapieren dargelegt. Dies erhöht die Bereitschaft Ruandas,



Die Partner bei der ersten Entsendung in Hachenburg © Harald Schneider

Der Anstoß für die Beteiligung an der Klimapartnerschaft entstand, neben den Aspekten des Klimaschutzes, aus dem Bemühen heraus, die guten partnerschaftlichen Kontakte, die bereits im Vorhinein durch den Verein Ruandahilfe Hachenburg e.V., die langjährige Partnerschaft zwischen

partnerschaftlich mit anderen zusammenzuarbeiten.

Sehr schnell wurde die gute Ausgangssituation für die Partnerschaft durch die vielen Aktivitäten von Vereinen und Organisationen deutlich, die bei der Partnerschaftsarbeit unterstützend tätig wurden. Besonders sind hierbei nochmals die Ruandahilfe Hachenburg e.V., das Partnerschaftsbüro Rheinland-Pfalz – Ruanda in Kigali, das Innenministerium des Landes Rheinland-Pfalz, das Forstamt Hachenburg und das Ingenieurbüro Alhäuser und König, Hachenburg, hervorzuheben. Letzteres durch die Unterstützung in Form der Freistellung eines aus Ruanda stammenden und für das Büro zur damaligen Zeit tätigen Ingenieurs, dessen Wissen auf fachlicher, kultureller und sprachlicher Ebene eine immense Unterstützung für die Klimapartnerschaft war und ist.

Erarbeitung des Handlungsprogramms

In beiden Kommunen bildeten sich in der Erarbeitungsphase **Steuerungsgruppen**, in denen sich aus verschiedenen Akteurskreisen Engagierte zusammengefunden haben, um bei der Erarbeitung des Handlungsprogramms und bei der Festigung der Partnerschaft mitzuwirken. Aus Gisagara sind insbesondere Mitarbeitende der Gisagara-Bezirksverwaltung daran beteiligt gewesen. Daneben hat auch Robert Muyenzi vom Ruandischen Roten Kreuz, einer Organisation, die sich u.a. für Umwelt- und Klimaschutz einsetzt, mit seinem Fachwissen sehr geholfen. In Hachenburg fanden sich parallel hierzu die Ruandahilfe Hachenburg e.V., das Forstamt Hachenburg sowie einige Mitarbeitende aus den verschiedenen Abteilungen der Verwaltung zusammen. Darüber hinaus ist das persönliche Engagement von Patrick Kambanda zu nennen. Als gebürtiger Ruander hat seine Unterstützung in erheblichem Maß zur Projektgestaltung, Verständigung und zur Partnerschaftsbildung beigetragen. Nicht nur seine sprachliche Kompetenz, sondern auch sein technisches Knowhow als Ingenieur ist für die Partnerschaft von unschätzbarem Wert.

Für die Erstellung des Handlungsprogrammes sind sicherlich **die Entsendungen als wichtigste Momente** zu nennen. Neben dem persönlichen Kennenlernen der Partnerinnen und Partner war besonders das bessere gegenseitige Verständnis und das Sammeln von eigenen Eindrücken

wichtig. Die wichtigsten Bestandteile des Handlungsprogramms, wie die Vision oder die Schwerpunktthemen, sind dabei entstanden und weiterentwickelt worden.



Gemeindeversammlung bei der zweiten Entsendung in Gisagara
© Harald Schneider

Der zwischenzeitliche Austausch, die Organisation der Entsendungen und die Feinabstimmung des Handlungsprogrammes sind vorrangig über E-Mail-Verkehr geregelt worden. Daneben sind einfache Nachrichten und Sachstandsinformationen über Instant Messenger Services zwischen den Koordinatoren der Partnerschaft ausgetauscht worden.

Zur besseren Abstimmung des Handlungsprogrammes und da keine dritte Entsendung stattfinden konnte, haben sich die **Kernteam**s in einer Videokonferenz mit Unterstützung der SKEW und der LAG 21 NRW über die finalen Schritte beraten. Dies war sehr hilfreich, um in dem Workshop beide Partner zusammenzubringen und formale Fragen direkt zu klären.

In Hachenburg traf sich das Kernteam in regelmäßigen Abständen zur genaueren Absprache, besonders auch vor dem Hintergrund, dass parallel zur Klimapartnerschaft eine Verwaltungspartnerschaft mit Gisagara besteht. Auch im Rahmen der Partnerschaft der Verwaltungen wurde gearbeitet, wodurch Synergien entstanden und Erkenntnisse genutzt werden konnten.

Die zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Das Handlungsprogramm der Klimapartnerschaft Hachenburg – Gisagara behandelt drei wesentliche Schwerpunkte. Diese resultieren zum einen aus den Klimawandelfolgen, die bereits heute in den Kommunen auf verschiedene Art deutlich werden, und zum anderen aus der Motivation heraus, gemeinsam dem Klimawandel durch Klimaschutzmaßnahmen zu begegnen. Die Bereiche

- Aufforstung und Erosionsschutz
- Erneuerbare Energien
- Umweltbildung

stellen die Schwerpunktthemen dar.

Aus den Schwerpunktthemen ergeben sich übergeordnete Zielsetzungen, die themenspezifisch zur Lösung der Probleme des Klimawandels durch Maßnahmen des Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung beitragen sollen. Um diese Ziele zu erreichen haben die Partnerkommunen gemeinsam Maßnahmen entwickelt, die in Kooperation in den kommenden Jahren in Angriff genommen werden sollen.



Terrassierte Berghänge in Gisagara © Harald Schneider

Die wichtigsten Maßnahmen ergeben sich aus dem direkten Bezug zu den Schwerpunktthemen und der essenziellen partnerschaftlichen Kooperation zur Erreichung dieser. So bildet die Maßnahme der **Aufforstung und Stabilisierung geschädigter Waldbestände** in beiden Kommunen einen wichtigen Bestandteil des Handlungsprogramms. Sowohl in Gisagara als auch in Hachenburg ist der Waldbestand durch verschiedene Ursachen bereits heute an vielen Stellen gefährdet ist und sieht den

Folgen des Klimawandels geschwächt entgegen. Mit der Maßnahme sollen in den kommenden Jahren die ohnehin schon stattfindenden Bemühungen der einzelnen Kommunen unterstützt und mit dem partnerschaftlichen Ansatz verstärkt und gefördert werden.

Daneben spielen in den Kommunen parallel stattfindende Maßnahmen zur Klimafolgenanpassung eine weitere wichtige Rolle. In Gisagara werden dazu an Erdrutsch gefährdeten Hängen sogenannte „Radikalterrassen“ angelegt, um die mit der Terrassierung verbundenen Vorteile der Hangsicherung und des Erosionsschutzes durch spätere Bepflanzung zu nutzen. In der Verbandsgemeinde Hachenburg liegt die Maßnahme in dem Wappnen vor Extremwetterereignissen wie Starkregenfällen, zu deren Analyse und Anpassungsfindung ein Hochwasserschutzkonzept erstellt wird, aus dem sich die kommenden Schritte ableiten sollen.

Neben solchen praxisorientierten Maßnahmen bilden Maßnahmen wie geplante gemeinsame Baumpflanzaktionen einen weiteren wichtigen Fokus im gemeinsamen Handlungsprogramm. So soll die partnerschaftliche Zusammenarbeit gefördert und öffentlichkeitswirksam präsentiert werden, damit das Engagement der beiden Kommunen auch in der Bevölkerung verstärkt wahrgenommen wird.

Der Punkt der Bevölkerungsaktivierung ist gleichzeitig ein weiterer wichtiger Bestandteil des Handlungsprogramms, da nur durch **Umweltbildung und Sensibilisierung** der Bevölkerung die Gesellschaft zu mehr Klimaschutz und der benötigten Beteiligung motiviert werden kann. Dabei spielt das Thema Nachhaltigkeit eine wichtige Rolle, das mit den Agenda 2030-Zielen einen Rahmen erhalten hat, an dem sich die Partnerkommunen nach ihren Möglichkeiten mit dem Handlungsprogramm beteiligen wollen. Dies stellt auch gleichzeitig die langfristige Wirkung dar, die mit dem Handlungsprogramm der Verbandsgemeinde Hachenburg und dem Distrikt Gisagara erreicht werden soll.

3.5. Ilsfeld – Kouga Local Municipality, Südafrika

	Gemeinde Ilsfeld (Deutschland)	Kouga Local Municipality (Südafrika)
Einwohnerzahl	9.568	98.558 (Stand 2011)
Fläche	26,51 km ²	2.419 km ²
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Örtlich begrenzte Starkregenereignisse, kürzer und stärker werdend • Größere Temperaturschwankungen • Längere niederschlagsarme / -freie Perioden (insbes. trockenere Winter) • Baumsterben 	<ul style="list-style-type: none"> • Unberechenbare Trocken- und Regenzeiten • Zunahme von längeren Trockenperioden • Erosionen im Küstenbereich • Unkontrollierte Waldbrände

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Die Klimapartnerschaft zwischen den Kommunen Kouga und Ilsfeld wurde im Rahmen der sechsten Phase des Projektes „Kommunale Klimapartnerschaften“ ins Leben gerufen.



Die Delegationen aus den beiden Partnergemeinden Kouga und Ilsfeld © Martin Magunia

Die Gemeinde Ilsfeld hat sich mit ihren knapp 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern der Herausforderung des globalen Klimawandels gestellt. Die Auswirkungen des Klimawandels haben sich in Ilsfeld bereits durch örtlich begrenzte Starkregenereignisse, lange Trockenperioden und starke Temperaturschwankungen bemerkbar gemacht. Der Waldbestand in Ilsfeld wird durch langanhaltende heiße Sommertage und durch die Zunahme von Borkenkäfern sehr stark belastet. Klimaschutz und Energieeffizienz sind Kernthemen der Gemeinde Ilsfeld. Zu den Stärken zählen vor allem die CO₂-arme Wärmeversorgung und der umfassende Schutz vor Hochwasserereignissen. Seit 2016 ist

die Gemeinde Ilsfeld mit dem European Energy Award zertifiziert, um in der Zukunft die Themen Energieversorgung und Klimaschutz noch strukturierter anzugehen.

In der Gemeinde Kouga leben 98.558 Einwohnerinnen und Einwohner (Stand 2011) auf einer Fläche von 2.419 km². Sitz der Gemeindeverwaltung ist Jeffrey's Bay. Pro Tag kommen durchschnittlich bis zu 100 Einwohnerinnen und Einwohner in nicht legalen Unterkünften hinzu, was die Versorgungssicherheit mit Frischwasser drastisch erschwert. Eine weitere Herausforderung für die Trink- und Frischwasserversorgung ist die starke Veränderung der Niederschlagsmuster im Zuge des Klimawandels. Eine weitere spürbare Auswirkung des Klimawandels sind unkontrollierte Waldbrände in Folge von langen Trockenperioden. Die Gemeinde Kouga beschäftigt sich seit Jahren mit der Erschließung neuer Wasserquellen, um sich nicht weiter abhängig von Staudämmen zu machen. Als Schwerpunktthema der kommunalen Partnerschaft wurde deshalb das Thema Wasser definiert. Mit der Teilnahme am Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ und dessen definiertem Handlungsprogramm ist eine langfristige und konstruktive Zusammenarbeit der Partnergemeinden für die Themen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung gewährleistet. Für eine erfolgreiche Umsetzung der geplanten Maßnahmen des Handlungsprogramms ist es wichtig, unterschiedliche Akteurinnen und Akteure der Politik, Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung dauerhaft mit einzubinden. Das Handlungsprogramm wird im Rahmen der Partnerschaft kontinuierlich weiterentwickelt, um die geplanten Ziele zu erreichen.

Erarbeitung des Handlungsprogramms

Der Kontakt zwischen den beiden Kommunen wurde unter Mithilfe der SKEW sowie dem Dachverband der südafrikanischen Städte und Gemeinden, South African Local Government Association (SALGA), hergestellt und am 16.10.2017 durch die Übergabe des Memorandums of Understanding in Bremen offiziell begründet. Im Rahmen der Klimapartnerschaft haben drei Delegationsreisen stattgefunden.



Bürgermeister Thomas Knödler aus der Gemeinde Ilsfeld hält einen Baumsetzling in der Hand © Ernst Ohlhoff

Die beteiligten Akteurinnen und Akteure sind zusammengefasst die Gemeinde Ilsfeld mit Bürgermeister Thomas Knödler, Thomas Stutz (Fachbereichsleiter Bauen und Planen), Thomas Gessler (Klimaschutzmanager), Cornelis-Johannes Izelaar (Leiter technische Betriebe) und Nicole Friedrich (Gesamtleitung Kindertageseinrichtungen). Zudem sind die Gemeinderäte Dr. Matthias Mugele, Werner Kühner und die stellv. Bürgermeister Reiner Vogel, Bärbel Fuchslocher und Ralf Weimar beteiligt. Prof. Dr. Christian Buer von der Hochschule Heilbronn ist ein weiterer Akteur. Hinzu kommen Wolfgang Schuler von der IBS Ingenieurgesellschaft, das Fraunhofer-Institut IGB und Der Grüne Punkt – Duales System Deutschland GmbH. Die beteiligten Akteurinnen und Akteure aus Südafrika sind zum einen Bürgermeister Horacio Hendricks, der Leiter der Infrastruktur Victor Felton, Gemeinderat Daniel Benson, Nomvula Machelesi und Charl Du Plessis (Leiter Verwaltung) sowie Anene Jonck (Leiterin Sekretariat des Bürgermeisters).

Ein Mehrwert entstand durch die Weitergabe fachlicher Kompetenzen sowohl für die Kommune Ilsfeld als auch für Kouga. Durch die kommunale Klimapartnerschaft konnten neue Netzwerke gebildet werden, um einen aktiveren Austausch in den Bereichen der Klimathematik, der Bildung und der unterschiedlichen Arbeitsweisen zu gewährleisten. Es werden interkulturelle Kompetenzen verbessert, Einblicke in die örtlichen Problemfelder gewährt, und es gibt ein gewaltiges Potenzial an unterschiedlichen Handlungs- und Lösungsansätzen, von deren Austausch beide Gemeinden profitieren können.

Der **wichtigste Moment auf dem Weg zum gemeinsamen Handlungsprogramm** war in erster Linie der internationale Auftaktworkshop in Bremen. Das erste Kennenlernen der Partner und die möglichen Schwerpunkte der Zusammenarbeit waren Thema des Workshops. Der erste Besuch einer Delegation aus Kouga in Ilsfeld im Oktober 2017 vermittelte wesentliche Ansätze zur Strukturierung der Partnerschaft und zeigte infrastrukturelle Lösungsmöglichkeiten auf. Anfang 2018 gab es die erste Entsendung einer Delegation aus Ilsfeld nach Kouga. Hier wurden insbesondere Orte und Projekte besichtigt, die mit den Schwerpunktthemen der Partnerschaft verknüpft sind. Die **Erstellung eines Masterplans zur Trinkwasserversorgung** wurde durch den Kleinprojektfonds kommunale Entwicklungspolitik⁷ der SKEW finanziell gefördert. Bei einer zweiten Entsendung Anfang 2019 wurden im Großen und Ganzen konkrete Ziele des Handlungsprogramms formuliert, und es fand eine weitere Besichtigung der Schwerpunktprojekte statt. Zur Realisierung eines CO₂-freien Hotels und eines Tourismuskonzeptes wurden zwei Gruppen von Studierenden der Hochschule Heilbronn nach Kouga entsendet.

Die zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Die Hauptziele der Partnerschaft von Kouga in Südafrika und Ilsfeld in Deutschland sind **Klima- und Umweltschutz auf lokaler Ebene**. Hierbei ist es wichtig, einen regen Austausch von Wissen und technischem Knowhow zu pflegen, um die Sicherung der Lebensqualität und die Anpassung an den

7 <https://skew.engagement-global.de/kleinprojektfonds.html>

Klimawandel zu realisieren. Ein übergeordnetes Ziel der Partnerkommunen ist die lokale Reduzierung des CO₂-Ausstoßes. Dieser soll um mindestens die Hälfte des momentanen Ausstoßes bis 2025 verringert werden. Der Bezug von fossilen Energien soll bis zum Jahr 2030 vollständig eingestellt werden. Natürliche Ressourcen sollen zum einen nachhaltig und damit ressourcenschonend zum Einsatz kommen, und zum anderen sollen die Ressourcen effizienter genutzt werden.

Um zur übergeordneten Zielerreichung beizutragen, hat sich die Klimapartnerschaft Kouga – Ilsfeld die folgenden Schwerpunktthemen gesetzt:

- Nachhaltiges Wassermanagement
- Reduktion der CO₂-Emissionen
- Erneuerbare Energien
- Sensibilisierung und Umweltbildung

Das zentrale Schwerpunktthema der Zusammenarbeit ist dabei nachhaltiges Wassermanagement, welches geplante Maßnahmen in den Bereichen Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung und Bewusstseinsbildung in Südafrika und Deutschland umfasst.



Die Delegationen aus Ilsfeld und Kouga besichtigten die Kläranlage im Teilort Humansdorp © Gemeinde Ilsfeld

Die Situation in Kouga ist charakterisiert durch eine Wasserknappheit aufgrund langanhaltender Dürreperioden, durch sanierungsbedürftige Leitungen und illegale Wasserentnahme. Dementsprechend sind im Rahmen des Handlungsprogramms die Reduzierung des Wasserverbrauchs und die Erschließung neuer Trinkwasserquellen als ein gemeinsames strategisches Ziel der Partnerschaft

definiert. Um dies zu erreichen, sind nachfolgende maßgebende Handlungen im Programm festgeschrieben.

Kouga beklagt aktuell einen ca. 42-prozentigen Trinkwasserverlust, welcher im Wesentlichen auf defekte Wasserleitungen zurückzuführen ist. Infolgedessen ist es sinnvoll, ein Leckageortungsfahrzeug zu kaufen, welches die Schadstellen schnell lokalisieren und vor Ort mit geschultem Personal und dem im Fahrzeug vorhandener Materialien reparieren kann. Das Fahrzeug kann rasch und unkompliziert angeschafft werden, um den Wasserverlust zu reduzieren.

In den von Dürre betroffenen Gemeinden ist eine Wasserversorgung derzeit nicht kontinuierlich gegeben. Durch die Bereitstellung von netzunabhängigen Pumpsystemen ist es möglich, Wasser in diesen Gemeinden dauerhaft zur Verfügung zu stellen. Die einzige Möglichkeit, Wasser nachhaltig zu befördern, sind solarbetriebene Pumpen. Da nur die Nutzung von Bohrlöchern mit solarbetriebenen Wasserpumpen die kontinuierliche Trinkwasserversorgung gewährleisten kann, ist sie zwingend notwendig. Das so gewonnene Wasser soll anschließend in das vorhandene Wasserversorgungsnetz eingespeist werden.

Die Ortsteile Hankey und Patensie von Kouga, welche im Tal des Gamtoos liegen, sind sehr stark von der bewässerungsintensiven Produktion von Zitrusfrüchten und Obst, von kleinbäuerlichen Strukturen und der Landwirtschaft geprägt. Das gesamte Wasser wird vom Kouga-Damm bezogen und ist mit einer Wasserentnahmequote belegt. Die verfügbare Wassermenge reicht jedoch nicht aus. Infolgedessen wird das Wasser nur vormittags und spätnachmittags zur Verfügung gestellt. Durch die Wasserrestriktionen könnten die kleinbäuerlichen Strukturen gefährdet werden, und hierdurch könnte ein großer Anteil an Arbeitsplätzen wegfallen. Der Gamtoos-Kanal wird zudem jedes Jahr während der Trockenzeit einer Wartung unterzogen. In dieser Zeit ist kein Wasser zu beziehen. Wasserauffangbehälter sind eine umweltschonende und kurzfristig umsetzbare Lösung. Mit der Nutzung der Auffangbehälter soll die Unterstützung von sozial schwachen und bedürftigen Haushalten gesichert werden. Durch diese Konstruktion sind außerdem Kostenreduzierungen möglich, und auch der Zeitfaktor spielt eine wichtige Rolle. Im Vergleich zur Versorgung durch Tankwagen sind

die Auffangbehälter wesentlich klimaschonender und kurzfristiger umsetzbar. Somit wird die Wasserversorgung der ärmeren Bevölkerungsgruppen sichergestellt.

Die im Moment vorhandenen Trinkwassernetze werden zum einen aus lokalen Quellen und zum anderen aus überregionalen Wassernetzen, welche stark unter den niedrigen Wasserständen in den Reservoirs zu leiden haben, gespeist. Die Verbindung dieser Wasserversorgungsnetze, die es bisher noch nicht gibt, kann für eine wenigstens lokale Verbesserung des Versorgungszustandes sorgen. Ein einfacher Planungsvorverlauf stellt die Grundlage dieser Maßnahme dar.

Die Klimapartnerschaft zielt darauf ab, eine langfristige und effektive Zusammenarbeit zwischen den beiden Kommunen zu gewährleisten. Die Zusammenarbeit ist in den letzten zwei Jahren stetig gewachsen und die sehr gute Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Akteurinnen und Akteuren bildet eine solide Grundlage für die in der Zukunft anstehenden Projekte und Ziele. Im Rahmen der Partnerschaft wurde in den letzten Jahren nicht nur das Thema Wasser zum zentralen Handlungspunkt, sondern auch die Themen Tourismus und Schulen bzw. Kindergärten.

3.6. Köln – Yarinacocha, Peru

	Stadt Köln (Deutschland)	Distrikt Yarinacocha (Peru)
Einwohnerzahl	1.080.394	103.941
Fläche	405 km ²	197,8 km ²
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Häufigere Hitzewellen • Anstieg der Temperatur in Flüssen und Seen, was zum Absterben der Fische führt • Starke Dürren, die die Wasserreserven gefährden 	<ul style="list-style-type: none"> • Abrupte Temperaturschwankungen (Hitze- und Kältewellen) • Erdbeben • Bergstürze • Überschwemmungen • Flusserosion • Starke Regenfälle

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Köln liegt am Rheinufer im Bundesland Nordrhein-Westfalen. Die Stadt Köln ist mit rund einer Million Einwohnerinnen und Einwohnern aufgrund ihrer Lage der Mittelpunkt der Metropolregion Rhein-Ruhr.

Als dicht besiedelte Stadt mit viel Industrie muss Köln große Herausforderungen in Bezug auf die Produktion großer Mengen an sauberer Energie und die Bereitstellung eines nachhaltigen Mobilitätssystems bewältigen. Die Einwohnerinnen und Einwohner der Millionenstadt haben einen hohen Bedarf an Lebensmitteln, Kleidung und Materialien und konsumieren Güter, die oft aus anderen Erdteilen stammen.

Distrikt Yarinacocha mit seiner Hauptstadt Puerto Callao wurde durch Eingliederung mehrerer Dörfer und Weiler 1964 gegründet. Mit den Shipibo-Conibos leben auch indigene Gemeinschaften im Distrikt. Sie verfügen über weiträumige Naturlandschaften und pflegen viele Bräuche und Traditionen.

Der 1981 gegründete „Federación De Comunidades Nativas de Ucayali y Afluentes“ (Verband der indigenen Gemeinschaften des Ucayali – FECONAU) ist einer der ältesten indigenen Verbände des peruanischen Amazonasgebiets. Dieser Verband hatte an den großen sozialen Kämpfen und Errungenschaften der 1980er Jahre in der peruanischen Region Ucayali teil und ist zudem der Begründer der Asociación Interétnica de Desarrollo de la Amazonía Peruana (Interethnische Vereinigung für die Entwicklung des peruanischen Amazonasgebietes – AIDSESP).

Der Distrikt Yarinacocha war in den letzten Jahren bereits von den Folgen des Klimawandels betroffen. Hinzu kommt das Problem der missbräuchlichen Nutzung natürlicher Ressourcen. Ein Beispiel hierfür sind der illegale Holzeinschlag und die falsche Bewirtschaftung der Böden, was sich in einer beschleunigten Entwaldung in einigen der im Distrikt besiedelten Gebiete niederschlägt. Zu beobachten ist zudem eine Verunreinigung der Gewässer. In die Lagune von Yarinacocha werden beispielsweise unbehandelte Abwässer und feste Abfälle aus Restaurants, Einrichtungen und ufernahen Häusern eingeleitet, was die Artenvielfalt der Lagune bedroht. Ein weiteres Umweltproblem ist der Anstieg der Menge von Müll auf den Straßen des Distrikts.



Photovoltaikanlage für die Mensa und die Wasserreinigungsanlage der indigenen Universität UNIA © Distrikt Yarinacocha

Yarinacocha ist einer der sieben Distrikte der Provinz Coronel Portillo im Departement Ucayali. Der

Die indigenen Völker im Allgemeinen und die indigenen Gemeinschaften der Shipibo-Conibos im Besonderen stehen vor einer Reihe von Schwierigkeiten und Herausforderungen. Die Ressourcen ihrer Gebiete werden nicht nachhaltig genutzt und die Artenvielfalt ist bedroht. Der peruanische Staat hat viele der ursprünglich und traditionell besiedelten Gebiete ohne Konsultation und Beteiligung der indigenen Völker veräußert, zum Beispiel im Rahmen verschiedener Eigentumsmodelle, wie Wald- und Bergbaukonzessionen, Erdölförderungsrechte sowie durch die Schaffung von Naturschutzgebieten.

Beiden Partnerkommunen war die Einbindung der indigenen Gemeinschaften in und um Yarinacocha ein zentrales Anliegen für die Aufnahme der Klimapartnerschaft, um die Lebensbedingungen zu verbessern und die natürlichen Ressourcen zu schützen. Um den Herausforderungen und Bedürfnissen der indigenen Gemeinschaften Rechnung tragen zu können, wurden folgende Ansatzpunkte für die Zusammenarbeit im Rahmen der kommunalen Klimapartnerschaft definiert:

- Die indigenen Gemeinschaften sollen Resilienz gegenüber dem Klimawandel entwickeln können durch eigens entwickelte, kommunale Initiativen.
- Bei der Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 sind die Visionen und Weltanschauungen einerseits und die Entwicklungsautonomie der indigenen Gemeinschaften andererseits zu berücksichtigen.
- Das kulturelle Überleben und der Respekt vor der Weltanschauung der Völker sind für die nächsten Generationen von grundlegender Bedeutung.
- Die lokalen Initiativen, deren Praktiken zur Waldpflege und der Respekt vor der Natur sollten die Grundlagen für die Entwicklung des Distrikts Yarinacocha bilden.

Die Klimapartnerschaft bietet die Möglichkeit, nachhaltige Praktiken wie die Nutzung erneuerbarer Energien und den Austausch von Technologien zu ergänzen und dabei das Umweltbewusstsein auf allen Ebenen im Distrikt Yarinacocha zu fördern.

Erarbeitung des Handlungsprogramms

Der Prozess zur Ausarbeitung des Handlungsprogramms begann mit dem ersten Treffen zwischen den beiden Kommunen während des

Auftaktworkshops in der Stadt Bremen im Oktober 2017.

Durch die Entsendung von Expertinnen und Experten in beide Städte konnten die Schwerpunktthemen des Handlungsprogramms schnell festgelegt werden, da beide Partnerkommunen die aktuelle Lage der jeweils anderen Kommune selbst erleben konnten. Zusätzlich zu den offiziellen Entsendungen im Rahmen des Programms fanden zwei weitere Entsendungen statt, bei denen Vertreterinnen und Vertreter beider Städte die Möglichkeit hatten, sich zu treffen und eine Reihe weiterer Treffen vorzubereiten.

Eine der Entsendungen erfolgte im Rahmen der Teilnahme der Partnerschaft an der zweiten Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Lateinamerika und der Karibik“ der SKEW im November 2018 in Nürnberg; eine zweite Entsendung fand aus Anlass der 24. Weltklimakonferenz in Katowice in Polen im Dezember 2018 statt.



Erster Kölner Delegationsbesuch der indigenen Gemeinschaften am Rand des Ucayali Flusses © Aldo Perez

Zudem wurden über den gesamten Zeitraum Fachwissen und Informationen vielfach per Instant Messenger Service, Videokommunikationstools und E-Mail ausgetauscht. Auf diese Weise wurden Dokumente und Stellungnahmen übertragen, und es fanden Diskussionen statt.

An der Klimapartnerschaft beteiligte Akteure sind die Stadt Köln, der Distrikt Yarinacocha, die Organisation FECONAU, der Förderverein Köln/Yarinacocha, die Universität UNIA, die Technische Hochschule Köln, der Botanische Garten Köln,

der Botanische Garten Yarinacocha, die Organisation Ecoselva, die Organisation ACITCJIA, das Klima-Bündnis, das Kölner Institut für Ökologie und Aktions-Ethnologie (Infoe), das Schiller Gymnasium Köln und die Schule Colegio Nacional in Yarinacocha.

Die Entsendung von Expertinnen und Experten ermöglichte es den Teilnehmenden der Klimapartnerschaft, die Realität beider Städte kennenzulernen. Durch die Entsendungen fand darüber hinaus eine offene Diskussion zwischen den Verwaltungsmitarbeitenden beider Kommunen sowie zwischen anderen, speziell mit den Themenbereichen der Klimapartnerschaft befassten Akteurinnen und Akteuren statt. Gemeinsam identifizierten sie Probleme und erarbeiteten mögliche Lösungen. Der persönliche Kontakt zwischen den Teilnehmenden schuf Vertrauen für die Teamarbeit und ermöglichte ein besseres Verständnis der Richtlinien und Planungsmethoden des Projektes „Kommunale Klimapartnerschaften“.

Meilensteine der Zusammenarbeit im Rahmen der Klimapartnerschaft waren die inhaltlichen Diskussionen in beiden Partnerkommunen sowie bei Workshops und Treffen. Hier verständigten sich die Teilnehmenden über die Methodik und arbeiteten das Handlungsprogramm aus, das von beiden Partnerkommunen beschlossen wurde.

Insbesondere der letzte Besuch der Delegation der Stadt Köln war sehr bereichernd und wertvoll, da dabei zusammen mit dem Fachteam aus dem Distrikt Yarinacocha und der Zivilgesellschaft, vertreten durch FECONAU, das Handlungsprogramm bis 2030 erörtert und Projekte identifiziert werden konnten. Im Rahmen dieses letzten Besuches wurden außerdem die Vertreterinnen und Vertreter des Distrikts Yarinacocha zu den Themen Mittelverwendung und Projektdurchführung geschult.

Die zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Die Schwerpunktthemen im Handlungsprogramm sind:

- Artenvielfalt
- Abwasser- und Trinkwassermanagement
- Erneuerbare Energien
- Nachhaltige Mobilität
- Förderung des Umweltbewusstseins

Im ersten strategischen Ziel der Klimapartnerschaft wird formuliert, dass **die Artenvielfalt** in allen indigenen Gemeinschaften des Distrikts Yarinacocha bis 2030 zu mehr als 50 Prozent wiederhergestellt werden soll. Die Gemeinschaften sollen über ein Programm zum Schutz und zur Bewirtschaftung der Ressourcen verfügen und darüber hinaus neue Einnahmen aus nachhaltigen Aktivitäten generieren können. Im Distrikt Yarinacocha soll die Artenvielfalt auch von der Gemeinde selbst sowie von den Schulen und den zivilgesellschaftlichen Organisationen bewahrt werden.

Um dieses Ziel zu erreichen, hat die Klimapartnerschaft verschiedene konkrete Maßnahmen entwickelt. So soll zunächst eine Studie zur Bestimmung der aktuellen Situation (soziale und wirtschaftliche Lage, Artenvielfalt) sowie zur Identifizierung wirtschaftlicher Aktivitäten in den indigenen Gemeinschaften des Distrikts Yarinacocha erstellt werden. Diese Studie soll Informationslücken schließen und das Entwicklungspotenzial der indigenen Gemeinschaften aufzeigen. So soll sichergestellt werden, dass ökologische, soziale und wirtschaftliche Aspekte bei der Entwicklung von Projekten in den indigenen Gemeinschaften berücksichtigt werden. Konkrete Maßnahmen sollen gemeinsam mit den indigenen Gemeinschaften geplant werden. Dies stellt die Grundlage des oben genannten Ziels zum Erhalt der Artenvielfalt dar. Die Umsetzungsmöglichkeiten sind groß, da die Planung sich bereits in einem fortgeschrittenen Stadium befindet.

Eines der operativen Ziele ist die Rückgewinnung der Artenvielfalt und Diversität. Deshalb wird angestrebt, dass alle Gemeinschaften im Distrikt Yarinacocha bis 2030 in der Lage sein sollen, ihr Territorium selbst zu verwalten und Strategien zur Prävention illegaler Aktivitäten zu entwickeln. Zudem sollen Minderheiten innerhalb der indigenen Gemeinschaften im Bereich Menschenrechte und Schutz vor Diskriminierung gestärkt werden. Dieses Ziel wurde nach dem Dialog mit den indigenen Gemeinschaften und anderen Minderheiten wie LGBT-Personen entwickelt. Die Situation wurde ebenfalls mit lokalen Fachorganisationen erörtert, welche die Notwendigkeit bestätigten, im Handlungsprogramm ein solches Ziel festzulegen.

Die Bedeutung dieses Ziels ergibt sich aus der Verwundbarkeit der indigenen Gemeinschaften. Wenn die indigenen Gemeinschaften mehr Unterstützung

erfahren, können sie auch ihre ökologischen Probleme besser bewältigen. Im Distrikt Yarinacochoa werden die Themenbereiche „Gleichheit der Geschlechter“ und „Rechte der Lesben, Homosexuellen, Bisexuellen und Transgender-Personen (LGBT)“ und allgemein Menschenrechte bisher wenig diskutiert und finden daher auch wenig Beachtung. Es gibt zwar lokale Gruppen, die sich für die Rechte von Minderheiten wie LGBT einsetzen. Aber die Bevölkerung insgesamt konnte noch nicht ausreichend dafür sensibilisiert werden.

Das zweite strategische Ziel ist das Schwerpunktthema **Abwasser- und Trinkwassermanagement**: Bis 2030 soll das gesamte Abwasser aus dem Stadtgebiet des Distrikts Yarinacochoa geklärt in die Lagune Yarinacochoa und den Ucayali eingeleitet werden; auch sollen sämtliche indigenen Gemeinschaften des Distrikts Yarinacochoa über ein Abwassermanagementsystem verfügen und mit sauberem Trinkwasser versorgt werden.



Pflanzaktion im Distrikt Yarinacochoa © Distrikt Yarinacochoa

Als priorisierte erste Maßnahmen wurde die Beteiligung am Bau einer Kläranlage für das Hospital Amazónico identifiziert. Die aktuelle Wasserverschmutzung und der daraus resultierende Verlust der Artenvielfalt in der Lagune von Yarinacochoa hat beide Kommunen dazu veranlasst, Maßnahmen zu diesem Thema zu entwickeln.

Die Bedeutung liegt in dem Verlust der Vielfalt der Lagune von Yarinacochoa sowie in dem Risiko von Krankheiten in der Bevölkerung durch die Wasserverschmutzung. Das Thema ist einerseits komplex und erfordert viel Fachwissen und die Intervention vieler Akteurinnen und Akteure. Zudem

erschweren die hohen Kosten die Umsetzung der Maßnahme. Andererseits besteht eine hohe Bereitschaft seitens der Kommune Yarinacochoa und der Regionalregierung, an diesem Thema zu arbeiten.

Das vierte strategische Ziel umfasst die Schwerpunktthemen **erneuerbare Energien** und **nachhaltige Mobilität**: Bis 2030 sollen mindestens 30 Prozent des Strombedarfs öffentlicher Gebäude im Distrikt Yarinacochoa und mindestens 50 Prozent des Strombedarfs aller indigenen Gemeinschaften durch Solarenergie gedeckt sein. In allen indigenen Gemeinschaften soll es mindestens ein nachhaltiges Transportmittel geben, und das Konzept der Elektromobilität soll in einigen Gebieten des Distrikts bereits umgesetzt worden sein.

Um dieses Ziel zu erreichen soll als erste Maßnahme ein Pilotprojekt mit elektrisch und solarangetriebenen Dreirädern in der Stadt Yarinacochoa zum Schutz der Umwelt und als Umweltbildungsmaßnahme realisiert werden.

Diese Maßnahme ist von großer Bedeutung, da die Bevölkerung über die Themen „erneuerbare Energien“ und „nachhaltige Mobilität“ informiert und aufgeklärt werden sollte. Hauptgründe für die Identifizierung dieser Maßnahme waren das große Potenzial der Solarenergie, die Dringlichkeit der Etablierung einer nachhaltigen Mobilität sowie das mangelnde Wissen über diese Themen in der Region. Das Wissen in diesem Bereich ist nicht nur in der Region, sondern auch im gesamten Land noch sehr gering. Die Stadt Köln verfügt über Expertinnen und Experten auf diesem Gebiet, die die Umsetzung der Maßnahme unterstützen können. Im Bereich „Solarenergie“ haben die Partnerkommunen zudem bereits zusammengearbeitet.

Das fünfte strategische Ziel ist das Schwerpunktthema **Förderung des Umweltbewusstseins**: Bis 2030 sollen 10 Prozent der Kölner Einwohnerinnen und Einwohner über die Umweltprobleme und den Klimawandel in Peru und Deutschland informiert sein. Diesem strategischen Ziel wurde im Vergleich mit den anderen Zielen weniger hohe Priorität beigemessen, so dass hier zunächst keine Maßnahmen für die unmittelbare Umsetzung identifiziert wurden.

Die gemeinsamen Ziele der Klimapartnerschaft, die mit den genannten Maßnahmen verfolgt werden, finden ihre konkrete Entsprechung in

folgenden globalen Nachhaltigkeitszielen (Sustainable Development Goals, SDGs) der Agenda 2030:
SDG 1 – Keine Armut, SDG 4 – Qualität der Bildung, SDG 5 – Gleichheit der Geschlechter, SDG 8 – Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum, SDG 10 – Abbau von Ungleichheiten, SDG 11 – Nachhaltige Städte und Gemeinden, SDG 13 – Handeln für den Klimaschutz und SDG 17 – Partnerschaften für die Ziele.

3.7. Kreis Herford – Condega, Nicaragua

	Kreis Herford (Deutschland)	Gemeinde Condega (Nicaragua)
Einwohnerzahl	250.000	35.040
Fläche	450 km ²	398 km ²
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Erhöhte Anzahl von Extremwetterereignissen • Verfrühte Wasserknappheit und extreme Trockenperioden • Beobachtung der Erhöhung von Parasitismus bei Flora und Fauna • Vermehrung invasiver Arten • Verschiebung der Jahreszeiten 	<ul style="list-style-type: none"> • Schwankungen in den Klimavariablen (Niederschläge, Temperaturen, Sonneneinstrahlung) • Begrenzte Verfügbarkeit von Oberflächen- und Grundwasser, längere und schwere Dürreperioden, konzentrierte Niederschläge und Sturzfluten • Abnahme der Anbauflächen für die wichtigsten Getreidearten und Kaffee aufgrund des Wasserbedarfs • Steigende Migration, niedrige Einkommen, niedrige Produktionserträge • Geringe Verfügbarkeit von Weideland und Verkauf von Rindern zu niedrigen Preisen

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Rund 250.000 Menschen leben im Kreis Herford im Nordosten von NRW in der wirtschaftsstarke Region Ostwestfalen. Der Kreis umfasst sechs Städte (Herford, Bünde, Löhne, Enger, Vlotho und Spenge) und drei Gemeinden (Hiddenhausen, Kirchlengern und Rödinghausen). Die Region ist ländlich geprägt und zersiedelt mit wenigen Ballungszentren. Seit 2015 setzt der Kreis ein Integriertes Klimaschutzkonzept um und ist bemüht, Klimaschutz langfristig und nachhaltig im Kreisgebiet zu etablieren. Gemeinsam soll auf lokaler Ebene das Ziel, die CO₂-Emissionen um 30 Prozent im Vergleich zu 2012 zu senken, in 2030 erreicht werden. Das Konzept gliedert sich in fünf Handlungsfelder mit insgesamt 34 Maßnahmen, die durch ihre Umsetzung dazu beitragen, die CO₂-Emissionen im Kreisgebiet zu minimieren. Größter Emittent ist der Verkehr (38 Prozent), vor der Industrie (36 Prozent) und den Privathaushalten (26 Prozent). Werden die CO₂-Emissionen auf die Anzahl der Einwohnerinnen und Einwohner im Kreis Herford gerechnet, so werden pro Jahr 10,4 t pro Person, ähnlich dem Bundesdurchschnitt, emittiert. Die regenerative Produktion von Strom liegt derzeit bei knapp zehn Prozent gemessen am Gesamtstromverbrauch im Kreis.

Condega gehört zur Region Segovia und ist auch aus wirtschaftlicher Sicht mit 35.040 Einwohnerinnen und Einwohnern die zweitgrößte Gemeinde des Departements Esteli. Condega besteht aus 18 Bezirken im Stadtgebiet und 56 Gemeinden. 60 Prozent der Bevölkerung lebt im ländlichen Raum und verfügt, im Vergleich zu anderen Gemeinden im Norden Nicaraguas, über eine strategisch gute Lage z.B. für den Transport von Produkten. Es gibt verschiedene sozioökonomische Aspekte, die bei der Produktion von Waren (z.B. Tabak, Kaffee) eine Rolle spielen. Condega verfügt auch über Standorte zur Entwicklung der noch in den Startlöchern befindlichen touristischen Aktivitäten. Seit 1998 sind in Folge eines Hurrikans auf lokaler Ebene einige Maßnahmen zur Prävention und Minderung der Folgen des Klimawandels, mit Schwerpunkt auf Überschwemmungsproblemen, ergriffen worden. Mit Unterstützung des Centro Humboldt⁸ werden die Maßnahmen auf verschiedene Bereiche, Ereignisse und Mehrfachbedrohungen ausgerichtet.

Die Partnerschaft begann vor ca. 30 Jahren und hatte ihren Ursprung in der Solidarität mit dem vom Bürgerkrieg belasteten Nicaragua. Über diese

8 <https://humboldt.org.ni/obras-para-llevar-agua-a-comunidades-vulnerables-de-condega>

Jahrzehnte ist ein partnerschaftliches Verhältnis gewachsen, welches durch regelmäßige Begegnungen und gegenseitige Unterstützung geprägt ist. Mit der Klimapartnerschaft wird auf dieser Verbindung aufgebaut und die Partnerschaft in einen neuen fachlichen Austausch überführt. Klimaschutz ist kein Thema für einzelne Regionen. Gemeinsam sollen die Ursachen des Klimawandels verstanden und der Klimaschutz effektiv gestaltet werden. Dazu muss auch über Grenzen hinausgeschaut werden. Beide Partner lernen voneinander und wollen dem Klimawandel gemeinsam mit guten Beispielen und Ideen begegnen. Ein Austausch in diesem Umfang fördert gute Ideen auf beiden Seiten und hilft bei einer noch stärkeren globalen Vernetzung und dem Fachaustausch.



Empfang der Delegationsgruppe im Kreis Herford
© Kreis Herford

Erarbeitung des Handlungsprogramms

Akteure auf beiden Seiten:

Kreis Herford

Verwaltung:

Klimaschutzmanagement
Büro der Verwaltungsleitung
Internationale Kontakte
Naturschutz und Regionalplanung

Weitere Akteure:

EnergieAgentur.NRW
Freundschaftsverein Condega – Herford e. V.
Fachhochschule Bielefeld
Interessierte Bürgerschaft

Gemeinde Condega

Verwaltung:

Umwelt
Soziales
Wirtschaft & Produktion
Wasser
Gesundheitswesen
Klimaschutz
Infrastruktur

Weitere Akteure:

Instituto de Promoción Humana (INPRHU)
Nationale Armee
Universität
Staatliche Institutionen
Nichtregierungsorganisationen
Interessierte Bürgerschaft

Während des gesamten Prozesses wurde der Austausch von beiden Seiten aktiv gestaltet. Das Verständnis für die Klimapartnerschaft im Allgemeinen und was diese bedeutet, musste auf beiden Seiten immer wieder neu betrachtet werden. So gab es zum einen auf deutscher Seite einige Schwierigkeiten, weitere Akteurinnen und Akteure in den Prozess einzubinden. Zum anderen war die Situation in Nicaragua längere Zeit angespannt. Gemeinsame Maßnahmen zu finden war mit

einem etwas größeren Aufwand verbunden, da die unterschiedlichen Gegebenheiten zunächst erkundet und anschließend passende Ideen entwickelt werden mussten. Die Gruppe war gemeinschaftlich in der Lage, diesen Herausforderungen kreativ zu begegnen und sie zu lösen. Der größte Anteil der schriftlichen Arbeit für die Klimapartnerschaft konnte in der letzten Entsendung erarbeitet werden. Intensive Stunden im Besprechungsraum des Rathauses in Condega und rauchende Köpfe halfen

bei der Fertigstellung des gemeinsamen Handlungsprogramms.

Die beiden Partnerkommunen konnten im Rahmen der Zusammenarbeit als Klimapartnerschaft **folgende Mehrwerte** erzielen:

- Durch die Klimapartnerschaft konnte in beiden Kommunen der Blickwinkel für die Situation des Partners erweitert werden;
- Entwicklung eines Bewusstseins für Klimawandelfolgen in Lateinamerika, die durch Industrieländer jahrzehntelang verursacht wurden;
- Kennenlernen und Wertschätzung von kulturellen Unterschieden;
- Fachlicher Austausch ist sehr wertvoll;
- Besseres Kennenlernen des Partners (Herzlichkeit und Gastfreundschaft) und der Gegebenheiten vor Ort;
- Fertigstellung des gemeinsamen Handlungsprogramms.



Besuch im Gasturbinenwerk Kirchlengern © Kreis Herford

Die zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Im Rahmen der Erarbeitung des gemeinsamen Handlungsprogramms wurden sechs Schwerpunktthemen identifiziert, die für die beiden Partner von besonderer Bedeutung im Kontext von Klimaschutz und Klimafolgenanpassung sind:

- Integriertes Wassermanagement
- Erneuerbare Energien
- Schutz der Wälder
- Landwirtschaft
- Risikomanagement zur Verbesserung der Klimafolgenanpassung
- Bewusstseinsbildung für den Klimawandel

Als Hauptziel der Zusammenarbeit hat die Klimapartnerschaft die Sicherstellung der nachhaltigen Versorgung in ihren Kommunen festgelegt.

Aufgrund der Unterschiedlichkeit der beiden Kommunen ist zwar das Ziel gleich, nicht aber die Art des Bedarfs: Während Condega nach einer nachhaltigen Wasserversorgung strebt, möchte der Kreis Herford seine Kommune mit mehr nachhaltig erzeugtem Strom versorgen. Condega versteht eine nachhaltige Wasserversorgung unter dem Aspekt der „Solidarität“ zwischen den Partnern innerhalb der Gemeinschaft vor dem Hintergrund des Klimawandels. Die ländlichen Familien sollen mit Wasser und nachhaltig erzeugtem Strom sicher versorgt werden. Beim Kreis Herford geht es weniger um eine existenzielle Versorgung, sondern um die Erhöhung des Anteils an Strom aus erneuerbaren Energiequellen prozentual zum Gesamtverbrauch. Im Jahr 2017 lag der Anteil erneuerbare Energien im Kreis bei zehn Prozent. Um den Anteil zu erhöhen, sollen unter anderem private Förderprogramme für Photovoltaikanlagen aufgesetzt werden. Beide Partner messen der Sensibilisierung der Bevölkerung sowie der Bildung zum Klima- und Umweltschutz eine besondere Bedeutung bei der nachhaltigen Versorgung ihrer Kommunen bei. Diese sollte mit gezielter Öffentlichkeitsarbeit und Netzwerkbildung unterstützt werden, um möglichst viele Menschen zu erreichen.

Das Recht auf Zugang zu sauberem Wasser ist am 28. Juli 2010 von der Vollversammlung der Vereinten Nationen als Menschenrecht anerkannt worden. In Condega kann dieser Zugang zu sauberem Wasser noch nicht der ganzen Bevölkerung gewährt werden. Dies liegt zum einen an der Infrastruktur und zum anderen am fehlenden technischen und mikrobiologischen Knowhow und finanziellen Mitteln. Da ein Zugang zu sauberem Wasser allerorts, auch in den ländlichen Bereichen, für ein gutes und gesundes (Über-)Leben notwendig ist und Lebensqualität bietet, wie auch die Grundlage für einen höheren und gesicherten Ernteertrag in der Landwirtschaft generiert, sind diese Maßnahmen als erstes anzugehen. Die Bereitstellung des Wassers soll mit erneuerbaren Energien erfolgen, um auf die Verwendung von Strom aus fossilen Brennstoffen verzichten zu können. Dieses Ziel steht in Verbindung mit den möglichen Umsetzungen im Kreis Herford. Hier muss im Sinne des Klimaschutzes der Strom regenerativ vor Ort produziert und der allgemeine Gesamtstrombedarf verringert werden.

Auf Basis dieser Überlegungen wurden die beiden Schwerpunktthemen **integriertes Wassermanagement** und **erneuerbare Energien** mit der höchsten Priorität für die Umsetzung bewertet. Da das Hauptziel der Klimapartnerschaft aber nur mit flankierenden **gemeinsamen Maßnahmen** zur **Bewusstseinsbildung** erreicht werden kann, wird von diesen drei Schwerpunktthemen im Folgenden tiefergehend berichtet und auf ausgewählte Ziele und beispielhafte Umsetzungsmaßnahmen zu diesen besonders relevanten Themen eingegangen.

Im Schwerpunktthema des integrierten Wassermanagements beabsichtigt die Klimapartnerschaft in Condega, im Rahmen von Kooperationsallianzen zum Klima, bis 2025 eine nachhaltige und sozialverträgliche Wasserwirtschaft für zehn Dorfgemeinschaften/Stadtviertel zu realisieren. Für dieses Ziel erfolgt die Unterstützung durch den Kreis Herford durch technische Beratung. Bis zum Jahr 2025 werden alle Dorfgemeinschaften, die Schwierigkeiten bei der Verfügbarkeit und Verteilung von Trinkwasser haben, mit Infrastruktur (Brunnen und Einzugsgebiete) und gegebenenfalls mit Photovoltaik-Pumpsystemen ausgestattet. Dafür ist geplant, dass Brunnen und Wasserfassungen in Gemeinden mit entsprechendem Bedarf gebaut werden und Aquädukt-Systeme zur Leitung von Haus- oder Kommunalwasser installiert werden.



Besichtigung der Gasturbine © Kreis Herford

Im Rahmen der gemeinschaftlichen Arbeit zwischen den kommunalen Partnern wird bis 2025 der Anteil der erneuerbaren Energien am Gesamtenergieverbrauch erhöht. Dies wird in den Bereichen der kommunalen Infrastruktur, den Unternehmen und den Privathaushalten

stattfinden. Als konkrete Maßnahmen sind unter anderem die Installation von photovoltaischen Energiesystemen geplant. Auch unter das Schwerpunktthema der erneuerbaren Energien fällt das operative Ziel der Ausstattung von Häusern in abgelegenen Sektoren und Gemeinden Condegas mit Photovoltaikanlagen bis 2025. Haushalte, die Schwierigkeiten beim Transport von Trinkwasser haben, sollen damit zu bestimmten Zeiten über Energie zum Betrieb ergänzender Geräte und einer hochwertigen Wasserversorgung in ihren Häusern oder ihrer Dorfgemeinschaft verfügen können. In einvernehmlicher Weise wird unter den Hauptakteurinnen und -akteuren bis zum Jahr 2025 die Notwendigkeit alternativer Bewässerungssysteme identifiziert und deren Installation oder Nutzung auf den verschiedenen vorhandenen Anbauflächen und in der Viehwirtschaft vorbereitet.

Diese Maßnahmen sind aufgrund der Dringlichkeiten vor Ort identifiziert worden. Es ist absolut notwendig, dass auf Wasserknappheit reagiert und nach Möglichkeiten für den Einsatz erneuerbarer Energien gesucht wird.

Darüber hinaus sind gemeinsame Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung entwickelt worden, die parallel als Spiegelprojekte in beiden Partnerkommunen umgesetzt werden. Diese sind:

- Motivationskampagne für Bürgerinnen und Bürger;
- Etablierung eines Info-Zentrums zum Thema Klimaschutz;
- Auszeichnung „Guter Beispiele“ bezogen auf Klimaschutzmaßnahmen;
- Etablierung einer Klima-AG/ Einrichtung des Schulfaches Klimaschutz an Schulen und Durchführung von Plant-for-the-Planet-Akademien;
- Verwendung von gemeinsamen Informationsmaterialien zum Themenblock Klimaschutz und Klimawandel und Aufbereitung zur Verwendung in der Partnerkommune und Durchführung thematisch abgestimmter Workshops;
- Gemeinschaftliche Mitgliedschaft im internationalen Netzwerk „Klima-Bündnis“.

3.8 Landkreis Hameln-Pyrmont – Distrikt Alfred Nzo, Südafrika

	Landkreis Hameln-Pyrmont (Deutschland)	Distrikt Alfred Nzo (Südafrika)
Einwohnerzahl	148.000	801.344
Fläche	796 km ²	11.119 km ²
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Steigende Temperaturen • Feuchtere Winter • Häufiger auftretende Extremwetterereignisse • Besonders betroffene Bereiche: Energieversorgung, Landwirtschaft und Gesundheitswesen, Stadt- und Verkehrsplanung, Hochwasserschutz, Uferschutz an Flüssen 	<ul style="list-style-type: none"> • Abwechselnd Dürren und Überschwemmungen • Wasserknappheit • Stark zunehmende Landverödung • Vordringen von invasiven Pflanzen in Gebiete, die zur Stärkung der Klimaresilienz wichtig sind; dazu zählen beispielsweise Wassereinzugsgebiete und Agrarflächen • Veränderte und unvorhersehbare Wetterverhältnisse (Sommerregen bis April und Schneefall bis November)

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Der Landkreis Hameln-Pyrmont mit seinen acht Städten und Gemeinden bildet das Kerngebiet des mittleren Weserberglandes südwestlich von Hannover und gehört zu den bevölkerungsreicheren Landkreisen Niedersachsens. Der Landkreis wurde von der Bundesregierung als eine von 22 Kommunen in Deutschland ausgewählt, die beim Klimaschutz mit gutem Beispiel vorangehen und einen sogenannten Masterplan 100 Prozent Klimaschutz entwickeln sollen, der anderen Kommunen als Vorbild dient. Das Ziel des Masterplans besteht darin, eine Strategie zu entwickeln, mit der der Landkreis bis 2050 CO₂-neutral wird. Für die Umsetzung aller klimabezogenen Maßnahmen ist die Klimaschutzagentur Weserbergland (KSA) verantwortlich. Als neutrales Beratungsgremium unterstützt sie das ehrgeizige Ziel der Kommunen, die Treibhausgasemissionen in der Region langfristig deutlich zu verringern, und ist daher auch als beratende Stelle in die Klimapartnerschaft eingebunden. Der Landkreis und die Klimaschutzagentur sehen sich in der Verantwortung, ihre Erfahrungen zur Förderung einer weltweit nachhaltigen Entwicklung weiterzugeben.

Der Distrikt Alfred Nzo (im Folgenden bezeichnet als „Distrikt ANDM“) umfasst die vier Kommunen Mbizana, Ntabankulu, Umzimvubu und Matatiele, deren Fläche sich von der Küste bis in die alpinen Regionen der Drakensberge erstreckt.

Die Topographie wirkt sich auf die natürlichen, sozialen und wirtschaftlichen Gegebenheiten im Distrikt aus. Dieser ist durch eine hohe Biodiversität und vielfältige Landschaftsformen mit Flusslandschaften, Urwäldern und fruchtbaren Böden gekennzeichnet. Der Distrikt ist weitgehend ländlich geprägt. Die Gemeinden stehen vor großen sozioökonomischen Herausforderungen und sind zur Sicherung ihrer Lebensgrundlagen häufig unmittelbar auf eine intakte natürliche Umwelt angewiesen. Zwar ist der Distrikt ANDM reich an vielfältigen natürlichen Ressourcen, doch sind diese in ihrem Bestand gefährdet. Zu den Ursachen zählen die immer häufiger auftretenden Tornados in einigen Teilen des Distrikts, die sich verändernden Wetterverhältnisse sowie unbefugte Flächennutzungen und schädliche Landnutzungspraktiken. Die Hauptursachen für die zunehmende Flächendegradierung bestehen darin, dass das Grasland (Veld) oft unsachgemäß bzw. jedes Jahr oder zu häufig abgebrannt wird, was zu einer Verschlechterung der Bodenqualität führt. Gleichzeitig entstehen in Feucht- und anderen Randgebieten vielfach informelle Siedlungen, was ebenfalls ein großes Problem darstellt.

Über das Eastern Cape Office des Premierministers ist der Distrikt ANDM eine Partnerschaft mit dem deutschen Landkreis Hameln-Pyrmont eingegangen. Das Ziel der Partnerschaft besteht darin, Unterstützung in Klimaangelegenheiten zu

leisten und die Klimaresilienz des Distrikts ANDM zu stärken. Vor Beginn dieser Partnerschaft hat der Distrikt ANDM bereits damit begonnen, sich mit dem Klimawandel und seinen Auswirkungen zu befassen. Dazu hat der Distrikt eine Studie zu den besonderen Gefahren angefertigt, die der Klimawandel für den Distrikt mit sich bringt. Außerdem wurde in der Studie aufgezeigt, in welchen Bereichen Handlungsbedarf besteht, um die Klimaresilienz der Kommunen zu verbessern. Die Tatsache, dass die meisten Gemeinden im Distrikt ANDM zur Sicherung ihrer Lebensgrundlagen stark auf die natürliche Umwelt angewiesen sind, erhöht die Anfälligkeit für die negativen Auswirkungen des Klimawandels. Vor diesem Hintergrund ist der Distrikt eine Partnerschaft mit dem deutschen Landkreis Hameln-Pyrmont eingegangen, um Unterstützung im Hinblick auf Klimaschutz und Klimafolgenanpassung zu erhalten.



Veranschaulichung der Abholzung invasiver Pflanzen im Distrikt Ntabankulu © Landkreis Hameln-Pyrmont

Erarbeitung des Handlungsprogramms

Der Austausch und die Arbeit am Handlungsprogramm erfolgten im Wesentlichen bei persönlichen Begegnungen im Rahmen der Entsendungen sowie durch den Austausch per E-Mail und einen Messenger-Dienst. Die **Besuche der Delegationen** wurden intensiv für Workshops, Arbeitssitzungen und die Weiterentwicklung der Projekte und des Handlungsprogramms genutzt. Darüber hinaus wurde im Rahmen der Partnerschaft eine Kollaborationsplattform in Form einer Datenbank für das zentrale Dokumentenmanagement eingerichtet.

Auf der Seite des Landkreises Hameln-Pyrmont sind neben der KSA Institutionen aus dem

Bereich der erneuerbaren Energien sowie der Abwasserwirtschaft des Landkreises an der Klimapartnerschaft beteiligt. So haben die Kooperative Gesamtschule Salzhemmendorf und die Schule Didi S.P.S. im Distrikt ANDM eine Schulpartnerschaft begründet. Darüber hinaus gelang es dem Landkreis Hameln-Pyrmont, die Unterstützung der Niedersächsischen Staatskanzlei für die Umsetzung der ersten Projekte zu gewinnen.

Auf der Seite des Distrikts ANDM sind ebenfalls verschiedene Einrichtungen in die Klimapartnerschaft eingebunden. So gehören dem Kernteam Vertreterinnen und Vertreter der Vereinigung südafrikanischer Lokalregierungen (SALGA), der NRO Conservation South Africa, der Umweltbehörde sowie des Bildungsministeriums an. An der Entwicklung des gemeinsamen Handlungsprogramms waren außerdem Vertreterinnen und Vertreter der lokalen Kommunen und des Distrikts beteiligt. Die Klimakommission des Distrikts beteiligt sich ebenfalls an der Partnerschaft.

Durch das Kennenlernen auf beruflicher und privater Ebene sind die Entsendungen von großem Nutzen und bieten Gelegenheit, sich über die mit dem Klimawandel verbundenen Herausforderungen auszutauschen und die Standorte von Klimaschutz- und Klimafolgenanpassungsprojekten zu besuchen. Außerdem wurden **Arbeits- und Kommunikationsstrukturen** festgelegt, die Schwerpunkte für die Partnerschaft benannt und die Zusammenarbeit für die nächsten zwei Jahre in groben Zügen geplant. Bei den ersten Besuchen in Hameln-Pyrmont (2017) und im Distrikt ANDM (2018) beteiligten sich nicht nur das Kernteam der Klimapartnerschaft, sondern auch Politikerinnen und Politiker und leitende Führungskräfte an der Erstellung einer Liste mit Schwerpunktthemen, die Gegenstand des Handlungsprogramms sein sollen. Die Entscheidung über die Schwerpunkte wurde dabei nicht nur von den administrativ Verantwortlichen, sondern auch von der politischen Führung vorangetrieben. Dies war für die Klimakommission des Distrikts ANDM besonders ermutigend, denn ohne die Unterstützung der politischen Führung und der Verwaltung wäre das gemeinsame Handlungsprogramm für die Kommunen ohne großen Wert gewesen.

Darüber hinaus haben die Entsendungen dazu beigetragen, dass den Beteiligten bewusst geworden ist, wie sehr die Lebensgrundlagen der Menschen

bereits jetzt bedroht sind, und dass jedes Handeln auf einer Seite der Welt erhebliche Auswirkungen auf die Lebensbedingungen auf der anderen Seite der Welt hat. Damit hat die kommunale Klimapartnerschaft den Beteiligten in beiden Kommunen vor Augen geführt, wie wichtig Klimaschutz und Klimafolgenanpassung sind.



Projektvorstellung Solarenergie in der Eugen-Reintjes-Schule Hameln © Landkreis Hameln-Pyrmont

Die zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Das Handlungsprogramm der Klimapartnerschaft zwischen dem Distrikt ANDM und dem Landkreis Hameln-Pyrmont umfasst die folgenden Schwerpunktthemen:

- Nachhaltiges Energiemanagement
- Nachhaltige Wasserwirtschaft
- Sensibilisierung und Bildung

Das Ziel des Schwerpunkts **Nachhaltiges Energiemanagement** besteht darin, die erneuerbaren Energien gemäß Kapitel 3 des südafrikanischen Entwicklungsplans „Vision 2030“ und des entsprechenden Abkommens auszubauen und durch Sensibilisierungsmaßnahmen die Akzeptanz der erneuerbaren Energien zu verbessern, so dass Haushalte und Unternehmen verstärkt auf diese alternativen Energiequellen setzen. Der Schwerpunkt zielt auch auf die Steigerung der Energieeffizienz in allen relevanten Bereichen/Sektoren ab.

Im Schwerpunkt **Nachhaltige Wasserwirtschaft** sollen bis 2030 die invasiven Pflanzenarten deutlich zurückgedrängt werden. Neben der Beseitigung der Pflanzen sollen die Wasserquellen mit

den Brunnen rehabilitiert sowie das Ökosystem wiederhergestellt werden und die Flächen für eine nachhaltige Bewirtschaftung wieder nutzbar gemacht werden. Langfristig soll eine Steigerung der Wasserqualität und -quantität erzielt werden.

Im Schwerpunkt **Sensibilisierung und Bildung** strebt die kommunale Klimapartnerschaft an, bis 2030 das Bewusstsein der Bevölkerung in beiden Kommunen für die Auswirkungen des Klimawandels zu schärfen.

Auf dem Gebiet des nachhaltigen Energiemanagements besteht eine der wichtigsten Maßnahmen darin, das Image der Solarenergie zu verbessern, damit sie künftig stärker genutzt wird. Dies ist im Distrikt ANDM trotz günstiger Voraussetzungen (hohe Sonneneinstrahlung) bislang nicht der Fall. Die in Südafrika für die Stromversorgung zuständige staatliche Stelle ist mit der Elektrifizierung der ländlichen Gemeinden erheblich im Rückstand. In den Gesprächen waren sich die Vertreterinnen und Vertreter der beiden Partnerkommunen darüber einig, dass Pilotprojekte zur Förderung der Solarenergie dazu beitragen dürften, die Bevölkerung im Distrikt ANDM für die Solarenergie zu gewinnen und das Vertrauen in diese Form der Stromerzeugung zu stärken. Der Bau einer Photovoltaikanlage bei einer Schule in Mbizana war das erste von der kommunalen Klimapartnerschaft finanzierte Pilotprojekt. Damit soll die Akzeptanz der Photovoltaik im Distrikt ANDM und darüber hinaus in der Region Eastern Cape erhöht werden. Die Vorbehalte gegenüber der Photovoltaik sollen auf breiter Front ausgeräumt und durch die Kommunikation von Best Practices verbessert werden. Darüber hinaus sind begleitende Bildungsmaßnahmen geplant. So soll das Thema Solarenergie in den Schulen behandelt werden. Darüber hinaus wird angestrebt, das derzeit schlechte Image der Solarenergie bei Bürgerinnen und Bürgern sowie Entscheiderinnen und Entscheidern durch Sensibilisierungs- und PR-Maßnahmen zu verbessern. Dadurch wiederum kann es gelingen, neue Geschäftsfelder für Unternehmerinnen und Unternehmer in der Region Eastern Cape zu erschließen.

Eine nachhaltige Wasserwirtschaft ist ein weiterer Schwerpunkt der kommunalen Klimapartnerschaft. Insbesondere der Distrikt ANDM ist von klimawandelbedingten Veränderungen der landwirtschaftlichen Gegebenheiten betroffen. Dazu zählen

insbesondere Wasserverknappung, Bodenerosion und der Verlust von einheimischen Pflanzen. Durch die anhaltende Ausbreitung von invasiven Pflanzen und die allgemein schwierigen Bedingungen stehen die Grundwasserressourcen stark unter Druck. So verursachen die Auswirkungen des Klimawandels langanhaltende Trockenperioden. Diese wiederum erlauben es invasiven Pflanzenarten, in geschädigte Gebiete vorzudringen und einheimische Arten zu verdrängen. Zu den Zielen im Bereich der nachhaltigen Wasserwirtschaft gehören die Rehabilitierung von Wasserquellen (Brunnen), die Wiederherstellung von Ökosystemen sowie die langfristige Verbesserung der Wasserqualität und die Steigerung der zur Verfügung stehenden Wassermengen.



Biogasanlage im Distrikt Matatiele
© Landkreis Hameln-Pyrmont

Die Auswirkungen des Klimawandels sind in beiden Kommunen spürbar, zum Beispiel durch steigende Temperaturen, feuchtere Winter und häufiger auftretende Extremwetterereignisse. Vor diesem Hintergrund wurden Sensibilisierung und Bildung als zentrale Themen gewählt mit dem Ziel, die Bevölkerung für den Klimawandel und

seine Auswirkungen zu sensibilisieren. Bildung, insbesondere für Schülerinnen und Schüler und Verwaltungspersonal, ist ein wichtiger Teil der kommunalen Klimapartnerschaft. Diese Zielgruppen gelten als Multiplikatoren für die Schärfung des Bewusstseins in den Bereichen Klimaschutz und Klimafolgenanpassung. Das zentrale Ziel der gemeinsamen Bemühungen des Distrikts ANDM und des Landkreises Hameln-Pyrmont besteht darin, die hier wie dort gemachten Lernerfahrungen in beide Richtungen weiterzugeben, den Wissenstransfer zu fördern, voneinander zu lernen und Klimaschutz- und Klimafolgenanpassungsprojekte zu starten bzw. vorhandene Projekte weiterzuentwickeln.

Durch die kommunale Klimapartnerschaft soll das Bewusstsein dafür geschärft werden, wie Kommunen ihre Klimaresilienz stärken können. Dazu werden Projekte realisiert, die die Anpassung an die Folgen des Klimawandels fördern und die Klimaresilienz der Kommunen verbessern. Darüber hinaus sind im Rahmen der Partnerschaft auch Klimaschutzprojekte vorgesehen.

3.9 Ludwigsburg – Ambato, Ecuador

	Stadt Ludwigsburg (Deutschland)	Stadt Ambato (Ecuador)
Einwohnerzahl	93.000	180.000 330.000 (mit Vororten)
Fläche	43,4 km ²	46,5 km ²
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Gesundheitsgefahr durch erhöhte Wärmebelastung • Beeinträchtigung der Land- und Forstwirtschaft durch Bodenerosion sowie Trocken- und Hitzestress und wärmeliebende Schädlinge und Krankheiten • Gefährdung von Arten und Biotopen • Zunahme der Hochwasser und Überschwemmungen sowie Überflutungsrisiko bei Siedlungsentwässerung • Höhere Stromkosten durch Kühlbedarf • Schäden an der Stadtvegetation, Gebäuden und Transportinfrastruktur 	<ul style="list-style-type: none"> • Verlust der Biodiversität (stärkere Trockenperioden und Temperaturanstieg) führt zu reduzierter Klimafolgenanpassungsfähigkeit • Temperaturanstieg • Veränderung der Niederschläge, mehr Trockentage ohne genaue Daten und ohne einen Aktionsplan für die Umsetzung von Maßnahmen zum Umgang mit geringeren Niederschlagsmengen

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Die Stadt Ludwigsburg in Baden-Württemberg gehört zur Metropolregion Stuttgart. Geprägt wird das Stadtbild vor allem durch das barocke Residenzschloss mit den dazugehörigen Gärten, Grünflächen und Alleen.



Ludwigsburger Jugendgruppe mit Bürgermeister Javier Altamirano © Siegfried Rapp

Die Stadt Ambato ist die Hauptstadt der Provinz Tungurahua und liegt in einer Anden-Hochebene auf etwa 2570 m Höhe. Ambato gilt als die Stadt

der Blumen und Früchte und ist zudem für die große Lederindustrie sowie für die wirtschaftliche Bedeutung aufgrund der zentralen Lage bekannt.

Der Grundgedanke der kommunalen Klimapartnerschaft zwischen Ambato und Ludwigsburg ist, die fachliche Zusammenarbeit in den Bereichen Umwelt- und Klimaschutz und Klimafolgenanpassung zu initiieren und zu stärken. Ausgangspunkt für die Klimapartnerschaft waren Besuche des ecuadorianischen Botschafters Jorge Jurado im ecuadorianischen Honorarkonsulat in Ludwigsburg. Jorge Jurado hatte mehrfach für eine Kooperation mit einer ecuadorianischen Stadt geworben, um gemeinsame Umweltherausforderungen anzugehen. Auch Vertreterinnen und Vertreter der Bundesregierung ermutigten die Stadtverwaltung in Ludwigsburg, neben der bestehenden Klimapartnerschaft mit Kongoussi in Burkina Faso eine weitere Partnerschaft zu initiieren.

Ludwigsburg wurde 2014 als nachhaltigste Stadt mittlerer Größe mit dem Deutschen Nachhaltigkeitspreis ausgezeichnet. Mit dem Stadtentwicklungskonzept und dem Referat Nachhaltige Stadtentwicklung wird die integrierte nachhaltige Entwicklung seit vielen Jahren engagiert vorangetrieben. Mit der bestehenden Klimapartnerschaft

mit Kongoussi in Burkina Faso, der Koordinierungsstelle für kommunale Entwicklungszusammenarbeit und fünf Städtepartnerschaften besteht zudem ein etabliertes internationales Engagement. Aus dem Bewusstsein der globalen Verantwortung heraus möchte Ludwigsburg durch die Klimapartnerschaft wertvolle Impulse von den Partnern erhalten, eigenes Knowhow weitergeben und so gemeinsam die Herausforderungen des Klimawandels angehen.

Die Stadt Ambato steht vor großen ökologischen Herausforderungen und misst daher dem Umweltschutz in ihrer strategischen Planung große Bedeutung bei. Die Stadtverwaltung Ambatos konzentriert sich auf die Transformation Ambatos in „Die Große Stadt“, in der Nachhaltigkeit, Tourismus und soziale Integration gefördert werden, um Ambato in die Welt und die Welt nach Ambato zu bringen. Die wesentlichen Bereiche sind Zusammenhalt, Tourismus, Umwelt, Weiterbildung, Innovation und Technologien. Gemeinsam mit Unternehmen, Hochschulen und Stadtverwaltung werden diese Bereiche in den übergeordneten Themen Arbeit, Sicherheit, Mobilität und Kultur im Stadtgebiet und den ländlichen Gebieten integriert. Ambato soll so ein gutes Beispiel für die öffentliche Verwaltung werden.

Der zentrale gemeinsame Beweggrund für die Klimapartnerschaft war vor allem das Bewusstsein, dass Umweltherausforderungen und insbesondere der Klimawandel nicht an Grenzen Halt machen und nur im internationalen Dialog und mit gemeinsamen Kräften angegangen werden können.

Erarbeitung des Handlungsprogramms

Aufbauend auf den Projektentsendungen und weiteren Besuchen und unter Einbeziehung wesentlicher Akteurinnen und Akteure haben die Partner ein gemeinsames Handlungsprogramm entwickelt, das die wesentlichen Umweltherausforderungen und Schwerpunktthemen adressiert und kontinuierlich fortgeführt werden soll.

Die regelmäßige Kommunikation und Abstimmung wird durch die beiden Koordinatoren der Klimapartnerschaft gewährleistet, hier hat sich ein vertrauensvoller und regelmäßiger Austausch etabliert. Die Bürgermeister waren im Entwicklungsprozess der Handlungsprogramme aktiv involviert ebenso

wie relevante städtische Fachbereiche und kommunale Eigenbetriebe. Im Rahmen der gegenseitigen Besuche und bei der Projektentwicklung waren zudem wichtige externe Stakeholder beteiligt, allen voran das Honorarkonsulat der Republik Ecuador, das glücklicherweise in unmittelbarer Nähe zum Ludwigsburger Rathaus liegt. Das Honorarkonsulat fördert nicht nur den Dialog auf politischer Ebene, sondern ist auch ganz aktiv an Projektentwicklungen und -durchführungen beteiligt.



Pflanzung von 440 Bäumen in Ambato © Siegfried Rapp

Darüber hinaus gibt es weitere nicht-kommunale Akteurinnen und Akteure, die die Klimapartnerschaft stützen und fördern und v.a. bei den Entsendungen ganz zentrale Rollen einnahmen. Dazu gehören die Universität Stuttgart, die Akademie für Natur- und Umweltschutz Baden-Württemberg sowie Expertinnen und Experten privatwirtschaftlicher Unternehmen. Diese Institutionen bringen fachspezifisches Knowhow ein und ergänzen so die Erfahrungen und bestehenden guten Praxisbeispiele aus den Stadtverwaltungen.

Zwischen März 2018 und März 2019 fanden drei Expertenentsendungen statt, zwei nach Ambato und eine nach Ludwigsburg. Darüber hinaus fanden seit Ende 2017 weitere geförderte und eigenfinanzierte Besuche der Stadtverwaltungen, von Unternehmerinnen und Unternehmern und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren statt. Insgesamt haben so über 20 Personen die Partnerkommune besucht und waren in den fachlichen Austausch involviert. Bei Reisen einer Inklusionsband und einer Jugendgruppe haben weitere rund 30 Personen den interkulturellen Austausch gefördert und erste Umweltprojekte umgesetzt.

Die gegenseitigen Besuche waren wichtigster Bestandteil bei der Erarbeitung des Handlungsprogramms. Die teilweise komplexen und fachspezifischen Themen wurden bei allen Besuchen von ausgezeichneten Dolmetscherinnen vermittelt. Das gegenseitige Kennenlernen, das Verstehen der jeweils anderen Gegebenheiten und Herausforderungen sowie der fachliche Austausch zu konkreten Problemstellungen und Lösungsansätzen ermöglichten die Identifizierung von Schwerpunktthemen und die Entwicklung entsprechender Projekte.

Die Verankerung der Klimapartnerschaft auf kommunaler, zivilgesellschaftlicher und privatwirtschaftlicher Ebene bietet beste Voraussetzungen für eine dauerhafte Partnerschaft zur Förderung des Klimaschutzes und einer nachhaltigen Stadtentwicklung.

Die zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Das gemeinsame Handlungsprogramm umfasst sieben strategische Ziele in verschiedenen Themenfeldern. Jedes Ziel soll durch ein konkretes Projekt erreicht werden. Darüber hinaus bestehen weitere Projektideen, die zu einem späteren Zeitpunkt in einer zweiten Partnerschaftsphase konkretisiert und umgesetzt werden sollen. Ausgangspunkt für die Festlegung der strategischen Ziele sind die identifizierten bestehenden Auswirkungen des Klimawandels und die davon abgeleiteten Schwerpunktsetzungen. Das gemeinsame Handlungsprogramm der Klimapartnerschaft umfasst die folgenden Schwerpunktthemen:

- Reinigung von Industrieabwässern
- Förderung der Kreislaufwirtschaft
- Förderung von Grünflächen
- Erhöhung der Biodiversität
- Förderung von Umweltbildung

Die **Reinigung von Abwässern** stellt in Ambato eine der wichtigsten Herausforderungen dar. Vor allem die große Lederindustrie verursacht hoch kontaminiertes Abwasser, das aufgrund fehlender Infrastruktur bisher direkt in einen Fluss abgeleitet wird. In Kooperation mit dem Abwasserinstitut der Universität Stuttgart soll ein Behandlungskonzept entwickelt und die Machbarkeit einer Industriekläranlage geprüft werden.

Zur Förderung der **Biodiversität** und des interkulturellen Austauschs wird gemeinsam mit dem Honorkonsulat Ecuadors und unter aktiver Beteiligung von Jugendlichen und Erwachsenen beider Städte ein öffentlichkeitswirksames Beteiligungsprojekt umgesetzt. In Ludwigsburg werden gemeinsam mit dem „Blühenden Barock“ Bürgerinnen und Bürger, Schulen und Unternehmen beim Anlegen von 100 Bienenweiden unterstützt, und in Ambato pflanzen deutsche und ecuadorianische Jugendliche 1.000 einheimische Bäume. Artenvielfalt und Naturschutz werden so für die Öffentlichkeit erlebbar gemacht.



Deutsche und ecuadorianische Abwasserexpertinnen und -experten bei der Analyse © Florian Tögel

Die **Umweltbildung** und Biodiversität in Ambato soll auch durch das Anlegen und Erweitern von **Grünflächen** wie Parks und Gärten und die Entwicklung innovativer Lehrpfade gefördert werden. Stadtbiotope sollen vernetzt, invasive Pflanzenarten durch einheimische Arten ersetzt, die Stadtschluchten nachhaltig entwickelt und genutzt und bestehende Umweltbildungsangebote erweitert werden.

In Ambato soll das für Schulen bestehende **Umweltbildungsprogramm für Kleinkinder** ab fünf Jahren erweitert werden. Gemeinsam mit der Umweltakademie Baden-Württemberg und im Erfahrungsaustausch mit Ludwigsburger

Kolleginnen und Kollegen werden Umwelt-Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Ambato ausgebildet, die wiederum Erzieherinnen und Erzieher sensibilisieren. Naturerziehung findet so Eingang in den Alltag von 18.000 Vorschulkindern.

SDGs 13 Maßnahmen zu Klimaschutz und 17 Globale Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung.

Durch einen Nachhaltigkeits- und Umweltwettbewerb, bei dem Schulen in einen Wettbewerb zur effizienten Ressourcennutzung treten, werden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer und darüber hinaus die Öffentlichkeit in Ambato und Ludwigsburg zu Umweltschutz, Ressourceneffizienz und globalen Zusammenhängen sensibilisiert. Da Ludwigsburg diesen Wettbewerb bereits stadintern erfolgreich durchgeführt hat, kann bei Planung und Umsetzung auf wertvollen Erfahrungen aufgebaut werden.

Neben der langfristigen Erarbeitung eines Recyclingkonzepts für Ambato ist zunächst die Reduzierung von Plastikmüll auf den wichtigsten Stadtfesten in Ambato und Ludwigsburg geplant. Kontinuierlich sollen alle involvierten Akteurinnen und Akteure sensibilisiert werden. Aufbauend auf einer Bestandsaufnahme soll der Plastikanteil bei Festwagen, Kostümen, Verpackungen und anderen Materialien reduziert werden. Gegenseitige Besuche der Feste sollen die Klimapartnerschaft in den Bevölkerungen bekannt machen.

Mit dem Ziel, den Tourismus wettbewerbsfähig, ökologisch nachhaltig und sozial verträglich zu gestalten, beginnt Ambato als Reisedestination einen Nachhaltigkeits- und Zertifizierungsprozess. Zudem sollen im Austausch mit dem Ludwigsburger Eigenbetrieb Tourismus & Events und mit den Baden-Württemberger Tourismusdestinationen eine Organisationseinheit zur Steuerung und Vermarktung des Tourismus sowie ein touristischer Marketingplan entwickelt werden.

Als Referenzrahmen des Handlungsprogramms dienen die Sustainable Development Goals (SDGs) der Agenda 2030 der Vereinten Nationen und das Übereinkommen von Paris der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen aus dem Jahr 2015. Mit dem Handlungsprogramm bekennen sich beide Städte zu ihrer Verantwortung für aktiven Schutz von Klima, Umwelt und Menschenrechten. Die Ziele des Handlungsprogramms sollen einen konkreten Beitrag zur Erreichung der SDGs auf internationaler und kommunaler Ebene leisten. Rahmengebend für die Klimapartnerschaft sind die

3.10. München – Harare, Simbabwe

	Landeshauptstadt München (Deutschland)	Stadt Harare (Simbabwe)
Einwohnerzahl	1,6 Mio.	1,5 Mio. (offizielle Zahl, geschätzt mind. 2,3 Mio.)
Fläche	311 km ²	872 km ²
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Überdurchschnittliche Häufung sehr hoher Temperaturwerte im Sommer (Hitzestress, Zunahme der Feinstaub- und Ozonbelastung in Hitzeperioden) • Abnahme der Niederschläge im Sommer (Vegetationsschäden in Folge längerer Trockenperioden), Zunahme im Winter • Zunahme von Starkregenereignissen (sturmbedingte Schäden, Überflutungen von Straßen und Kellern) 	<ul style="list-style-type: none"> • Längere Hitzeperioden mit Trockenheit und negativen Auswirkungen auf Wasserversorgung, Stromversorgung, Ernten und die Gesundheitssituation • Zunahme von Stürmen und Starkregenereignissen mit Schäden für Landwirtschaft, Gebäude, Energieversorgung und Verkehrsinfrastruktur

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Harare, die Hauptstadt Simbawes im südlichen Afrika, und München, die Landeshauptstadt Bayerns in Deutschland, sind bereits seit 1996 durch eine Städtepartnerschaft miteinander verbunden. Von Beginn an spielte der fachliche Austausch zwischen den beiden Stadtverwaltungen eine wichtige Rolle. Stand in den ersten Jahren der Partnerschaft eher technische Beratung z.B. im Bereich der Wasserversorgung und Abfallwirtschaft im Vordergrund, so waren die Kooperationsprojekte der letzten Jahre eher auf strategische und konzeptionelle Fragen im Hinblick auf eine Modernisierung der Stadtverwaltung in Harare ausgerichtet. So erstellten Fachleute aus München und Harare gemeinsam eine IT-Strategie für Harare. In einem anderen Projekt wurde die Stadtverwaltung Harare vom Münchner GeoDatenService beraten und qualifiziert, um moderne Geoinformationssysteme sinnvoll in der Planung und Verwaltung der Millionenstadt einzusetzen.

Im Rahmen dieser Kooperationen ist nachhaltige Stadtentwicklung ein permanentes Querschnittsthema, wobei die Balance zwischen ökologischen, sozialen und ökonomischen Anforderungen in Harare aufgrund der dortigen extrem schwierigen Wirtschaftslage eine besondere Herausforderung, aber auch eine Chance ist. Beide Städte bekundeten bereits in einer Kooperationsvereinbarung im Jahr 2009 (aktualisiert 2015) ihre Absicht, unter

anderem auch im Klimabereich zusammenzuarbeiten. 2017 entschieden sich Harare und München dann, am Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ mitzuwirken, um diese Absicht in die Tat umzusetzen. Dabei war klar, dass auch die immer drängenderen sozialen und wirtschaftlichen Probleme in Harare adressiert werden müssen. Nicht zuletzt deswegen verständigten sie sich dann darauf, sich im Rahmen der Klimapartnerschaft vorerst dem Sektor nachhaltige Mobilität zu widmen.



Planung eines neuen Busbahnhofs für Harare © Gerhard Gross

Harare ist stark geprägt von den Strukturen aus der Zeit der Apartheid mit einem Businessdistrikt in der Innenstadt und den Wohnsiedlungen für

die schwarze Bevölkerung weit außerhalb. Daher führen alle Wege ins Zentrum, und das sind in der weitläufigen Stadt erhebliche Distanzen. Das dominierende Verkehrsmittel sind Kleinbusse. Der öffentliche Nahverkehr ist sehr unstrukturiert, Linienbusse gibt es kaum. Das eigene Auto ist ein Statussymbol, nur wer sich das nicht leisten kann, fährt mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Radfahren gilt als Notlösung für Arme. Die Straßen sind durch Autos und Kleinbusse verstopft, für die nötige Radinfrastruktur fehlt das Geld. Harare möchte die Mobilität in der Stadt nachhaltig gestalten. Damit soll zum einen ein Beitrag zum Klimaschutz und zur Verbesserung der Luftqualität in der Stadt geleistet werden. Ein funktionierender Nahverkehr wird aber zum anderen auch als wichtiges Element für mehr soziale Gerechtigkeit und Lebensqualität sowie für die wirtschaftliche Entwicklung in der Stadt gesehen.

Auch München steht aufgrund eines hohen Bevölkerungswachstums (von 1,3 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner 2005 auf 1,6 Mio. Einwohnerinnen und Einwohner 2018) vor großen Herausforderungen in der Verkehrs- und Mobilitätsplanung. So hat sich die Verkehrsdichte in der Stadt und Region deutlich erhöht. Dies ist mit hohen Schadstoffbelastungen insbesondere bei Stickoxiden verbunden, so dass auf einigen Hauptverkehrsstraßen die von der Europäischen Union vorgegebenen Luftschadstoffgrenzwerte häufig überschritten werden. In Zukunft ist mit weiteren Verkehrszunahmen zu rechnen, da die Prognose der Einwohnerzahl im Stadtgebiet von München für 2035-40 bei 1,85 Mio. Einwohnerinnen und Einwohnern liegt. Um eine gute Verkehrsqualität in München und der Region zu erhalten und die Schadstoffbelastung zu reduzieren, ist ein Ausbau der öffentlichen Verkehrssysteme ebenso erforderlich wie eine Erhöhung des Anteils des Rad- und Fußgängerverkehrs.

Erarbeitung des Handlungsprogramms

Die Idee zur Teilnahme am Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ entstand im Zuge eines vorangegangenen Kooperationsprojekts zum Thema Geoinformationssysteme, in dessen Rahmen auch intensiv über nachhaltige Stadtentwicklung und Stadtplanung diskutiert wurde. Wie oben geschildert, einigten sich beide Städte früh darauf, sich in der Klimapartnerschaft vorerst auf den Verkehrssektor zu konzentrieren, nachdem hier in beiden

Städten auch ein akuter lokaler Handlungsbedarf gesehen wurde.

Daher waren jeweils die für Stadt- und Verkehrsplanung zuständigen Referate – das Department of Works in Harare und das Referat für Stadtplanung und Bauordnung in München – die fachlichen Haupt-Ansprechpartner. Die Entwicklung des Handlungsprogramms wurde von Anfang an von ausgewählten Umweltorganisationen begleitet. In München war dies der Verein Green City mit seinen Tochtergesellschaften, in Harare die NRO Environment Africa. Auch die Technische Universität München und die University of Harare waren in die Entscheidungen eingebunden und wirkten an der Planung einzelner Bausteine mit. Im Zuge der Konkretisierung der Ziele und Aktivitäten wurden weitere örtliche zivilgesellschaftliche Initiativen und Akteurinnen und Akteure involviert, u.a. auch das GIZ-Büro und die deutsche Botschaft sowie die Vertretung der Europäischen Kommission in Harare. Der Prozess wurde in beiden Städten koordiniert durch die Abteilungen für internationale Kooperationen. Eine Einbindung der Stadträte erfolgte nicht innerhalb der Steuerungsgruppen, sondern in München über eine regelmäßige Berichterstattung an die Stadtratskommission für kommunale Entwicklungszusammenarbeit und in Harare primär durch Treffen und Veranstaltungen während der Entscheidungen.



Workshop zur Erarbeitung des Handlungsprogramms
© Gerhard Gross

Die Stadt München wirkte bereits mit ihrer Partnerstadt Kapstadt aus Südafrika an der dritten Phase des Projektes „Kommunale Klimapartnerschaften“ von 2014 bis 2015 mit. Für Harare

waren Zielsetzung und Systematik aber neu, deswegen war der Auftaktworkshop im Oktober 2017 ein wichtiger Start, um hier einen gleichen Wissensstand herzustellen und in den fachlichen Austausch einzusteigen. Während der insgesamt vier Fachbegegnungen – ein Treffen direkt im Anschluss an den internationalen Auftaktworkshop im Oktober 2017 sowie drei Entsendungen (Januar 2018 und März 2019 nach Harare, Juli 2018 nach München) – wurden die Elemente des Handlungsprogramms Schritt für Schritt entwickelt und konkretisiert. Die Entsendungen wurden auch intensiv genutzt, um die ausgetauschten Informationen über die Situation vor Ort zu ergänzen und besser zu verstehen. Die daraus entstandene Sammlung an Erkenntnissen und Ideen für Ziele und Kooperationen wurden während der zweiten Entsendung in München systematisch bearbeitet und in das Handlungskonzept eingebettet. Ein von der SKEW und der LAG 21 NRW moderierter Workshop war hier sehr hilfreich. Während der letzten Entsendung konnten auf dieser Grundlage die geplanten Maßnahmen schon sehr konkret definiert und priorisiert werden.

Die zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Das übergeordnete Ziel ist die **Verstärkung der Kooperation zwischen beiden Städten** im Hinblick auf eine **nachhaltige Stadt- und Mobilitätsentwicklung** unter besonderer Berücksichtigung der jeweiligen sozialen, politischen, ökonomischen und ökologischen Situation in den beiden Städten.

Dazu sind die Grundlagen, Methoden und Prozesse der Verkehrs- und Mobilitätsplanung in Harare zu verbessern und die Nutzung umweltfreundlicher, nachhaltiger Verkehrsmittel in der Stadt und Region zu erleichtern. Dies bedeutet vor allem, das Gehen und Radfahren sowie die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel zu fördern. Dafür müssen die entsprechenden Voraussetzungen geschaffen werden, also insbesondere ausreichend breite und geschützte Gehwege, Plätze und Grünanlagen für die Fußgängerinnen und Fußgänger sowie gesicherte Querungsmöglichkeiten an großen Straßen, attraktive und sichere Wege und Abstellanlagen für den Radverkehr sowie leistungsfähige, effektive, umweltfreundliche und verlässliche öffentliche Verkehrsmittel.

Auf Grund der Analyse der heutigen Situation bei den verschiedenen Austauschbesuchen und nach Auswertung der für die Stadt- und Verkehrsentwicklung vorhandenen Dokumente ist es erforderlich, die Kenntnisse und Fähigkeiten über moderne Methoden der Planung und Darstellung stadt- und verkehrsplanerischer Analysen und Konzepte in der Stadtverwaltung von Harare zu verbessern. Dazu soll es Austauschbesuche mit anderen afrikanischen Städten geben, um von den dortigen Erfahrungen auf diesem Gebiet zu lernen.



Fahradwerkstatt in Harare © Gerhard Gross

Ferner sind die technischen Voraussetzungen und methodischen Grundlagen für die Darstellung planerischer Konzepte zu schaffen sowie die Rahmenbedingungen zur Vergabe eines nachhaltigen städtischen Mobilitätsplans (Sustainable Urban Mobility Plans – SUMP) zu klären, der wiederum die Grundlage für die Beurteilung, Planung und Realisierung nachhaltiger Verkehrssysteme insbesondere im öffentlichen Verkehr darstellt. Dazu ist das vorhandene Geoinformationssystem (GIS) um neuere Entwicklungen und planungsorientierte Anwendungen zu ergänzen. Für die Kolleginnen und Kollegen in der Planungsabteilung in Harare sollen dazu entsprechende Schulungen durchgeführt werden. Auch die Anstellung einer Mobilitätsexpertin oder eines Mobilitätsexperten bei der Stadt Harare, die oder der Erfahrungen in der integrierten nachhaltigen Mobilitätsplanung hat und die Prozesse zur Erstellung und Umsetzung des SUMP begleiten kann, wird für sinnvoll erachtet.

Ein weiterer Schwerpunkt des Handlungsprogramms sind **Maßnahmen und Aktionen zur Steigerung der Akzeptanz und Nutzung des öffentlichen Verkehrs und des Radfahrens in Harare** sowie der Aufenthaltsqualität von Straßen und Plätzen, um das Gehen in der Stadt attraktiver und sicherer zu machen. Dazu soll eine Kommunikationsstrategie erarbeitet werden, um den Bewohnerinnen und Bewohnern, Beschäftigten und Besucherinnen und Besuchern in der Stadt die Vorteile des Gehens und Radfahrens für sich und die nachhaltige Entwicklung der Stadt bewusst zu machen. Pilotvorhaben dazu sind an Schulen sowie an der Universität in Harare geplant. Ferner sollen die in der Stadt vorhandenen Radwege reaktiviert und neue geplant werden sowie Flächen für Fußgängerinnen und Fußgänger und Aufenthalt zurückgewonnen bzw. neu geschaffen werden, ggf. auch durch die zeitlich beschränkte Sperrung von Straßen und Plätzen für den Autoverkehr in der Innenstadt. Auch die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel soll durch gezielte Kampagnen verstärkt werden. Dabei soll es einen Austausch der Erfahrungen mit anderen Städten in Afrika und Europa bzw. Deutschland geben.

Da in Harare ein großer Handlungsdruck besteht, sind erste Schritte zur Umsetzung des Handlungsprogramms inzwischen schon eingeleitet: Ein Prozess zum **Einsatz einer integrierten Planungsexpertin oder eines integrierten Planungsexperten** über das SKEW-Programm „Fachkräfte für kommunale Partnerschaften weltweit (FKPW)“⁹ wurde auf den Weg gebracht. Über einen Antrag beim SKEW-Kleinprojektfonds kommunale Entwicklungspolitik sollen weitere kurzfristige Maßnahmen ermöglicht werden – insbesondere Schulungen für die Verkehrsabteilung in Harare und die Erarbeitung des Kommunikationskonzepts zur Förderung des Rad- und Fußgängerverkehrs.

9 <https://skew.engagement-global.de/fachkraefte-weltweit.html>

3.11. Schwäbisch Hall – Okahandja, Namibia

	Stadt Schwäbisch Hall (Deutschland)	Gemeinde Okahandja (Namibia)
Einwohnerzahl	40.621	32.183
Fläche	104,18 km ²	164,2 km ²
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Zunahme von Extremwetterereignissen wie anhaltenden Dürren, Starkregen und Hitzewellen • Allgemeine Veränderung der Niederschlagsverteilung • Abnahme der Zahl der Insektenarten sowie der Biodiversität • Klimawandelbedingte Einbußen in der Agrarproduktion 	<ul style="list-style-type: none"> • Anhaltende Dürre • Ungewöhnliche Witterungsverhältnisse für die jeweilige Jahreszeit (z. B. extreme Hitze) • Verlust von Arbeitsplätzen und zunehmende Urbanisierung innerhalb des Stadtgebiets und des Bezirks als Folge der Dürre • Rückgang der Nahrungsmittelerzeugung im Bezirk • Zunahme von Armut und Hunger • Überschwemmungen während der Regenzeiten möglich

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Okahandja ist die Hauptgemeinde des gleichnamigen Bezirks in der Region Otjozondjupa. Die Gemeinde hat 32.183 Einwohnerinnen und Einwohner und eine Fläche von 164,2 km². Zur Ermittlung der derzeitigen Einwohnerzahl wurden die Angaben aus der Volkszählung von 2011 und eine Wachstumsrate von 1,6 Prozent pro Jahr zu Grunde gelegt. Okahandja ist im Volksmund als „Gartenstadt Namibias“ bekannt und liegt etwa 70 km nördlich der Hauptstadt Windhoek.

Der Name Okahandja stammt aus dem Otjiherero (einer der einheimischen Sprachen) und bedeutet, der Ort, an dem zwei Flüsse sich zu einem großen Fluss vereinen. Bei den beiden Flüssen handelt es sich um den Okakango und den Okamita, die nur im Sommer Wasser führen und im Rest des Jahres trockenfallen. Okahandja hat eine bedeutende Geschichte, und der gleichnamige Bezirk bietet viele Möglichkeiten der Freizeitgestaltung für Einheimische und Touristen.

Die Wirtschaft der Gemeinde umfasst verschiedene Einzelhandels- und Dienstleistungsunternehmen sowie Betriebe des verarbeitenden Gewerbes. Landwirtschaft findet hauptsächlich im gleichnamigen Bezirk statt, d. h. auf den kommunalen und privaten Farmen und in den kleineren Siedlungen.

Als Folge des Klimawandels muss sich Okahandja auf länger anhaltende Dürren, abnehmende Wasserressourcen, eine weitere Schädigung der natürlichen Lebensräume in der Gemeinde und ihrer Umgebung sowie zunehmende Gesundheitsgefahren durch Hitzewellen und langanhaltende Dürreperioden einstellen.



Eine Delegation aus Schwäbisch Hall zu Besuch bei den Partnern in Okahandja © Gemeinde Okahandja

Die Große Kreisstadt Schwäbisch Hall 60 km nordöstlich von Stuttgart liegt in der Region Heilbronn-Franken im Bundesland Baden-Württemberg. Die Stadt mit einer Fläche von 104,18 km² hat rund

41.000 Einwohnerinnen und Einwohner, die aus mehr als 120 Ländern stammen.

Die Geschichte der Stadt reicht weit zurück und ist eng mit der Gewinnung von Salz verknüpft, das im Mittelalter als das „weiße Gold“ bezeichnet wurde. Bereits im fünften Jahrhundert v. Chr. wurde von den in der Gegend siedelnden Kelten aus Sole Salz gewonnen. Erst 1924 wurde die Salzgewinnung eingestellt, doch das Solebad ist noch heute in Betrieb. Die Stadt ist durch ein vielfältiges Kunst-, Kultur- und Freizeitangebot gekennzeichnet. Dazu gehören die Ausstellungen der Kunsthalle Würth, die Freilichtspiele auf der berühmten Treppe von St. Michael sowie Salz- und Sommerfestivals.

Rund 26.000 Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt stehen in einem Beschäftigungsverhältnis; die Arbeitslosenquote liegt bei 2,8 Prozent. 1971 gründete die Stadt ihre eigenen Stadtwerke (Stadtwerke Schwäbisch Hall), die massiv in den Auf- und Ausbau der erneuerbaren Energien sowie in ein eigenes Fernwärmenetz investiert haben. Die Stadt setzt sich seit Jahren aktiv für den Klimaschutz vor Ort ein und verfügt über ein eigenes Energie- und Klimaschutzkonzept.

Seit 2015 ist die Stadt Schwäbisch Hall in Namibia aktiv und pflegt eine Projektpartnerschaft mit der Waldorfschule Windhoek. Im gleichen Zeitraum hat die Stadt versucht, eine Zusammenarbeit auf kommunaler Ebene zu begründen. 2017 wurde im Rahmen einer kommunalen Klimapartnerschaft eine Kooperation zwischen Okahandja und Schwäbisch Hall vereinbart, um geeignete Lösungen zur Minderung der Auswirkungen des Klimawandels auf lokaler und globaler Ebene zu finden.

Von Anfang an waren sich beide Partner der Tatsache bewusst, wie ambitioniert und schwierig dies sein würde. Doch angesichts der massiven Bedrohung, die der Klimawandel für die Menschheit und die Zukunft des Planeten darstellt, gibt es keine Alternative zu gemeinsamen, aufeinander abgestimmten Anstrengungen.

Die Klimapartnerschaft zwischen den beiden Städten geht auf den namibischen Botschafter in Deutschland, Andreas Guibeb, zurück, der 2017 eine entsprechende Empfehlung aussprach.

Erarbeitung des Handlungsprogramms

Nach einem intensiven Schriftwechsel kamen im Oktober 2017 auf dem Internationalen Auftaktworkshop der sechsten Projektphase der „Kommunalen Klimapartnerschaften“ in Bremen Vertreterinnen und Vertreter der beiden Kommunen zusammen. Die Partner diskutierten über die Bedrohungen, die der Klimawandel für die jeweilige Kommune mit sich bringt, und vertieften die Gespräche während des sich an den Workshop anschließenden Besuchs in Schwäbisch Hall.

Bei diesem Besuch wurde der Grundstein für die Partnerschaft gelegt. Die beiden Kommunen kamen überein, dass die Partnerschaft von gegenseitigem Lernen und Respekt, der gemeinsamen Verantwortung für alle Maßnahmen und Ergebnisse der Partnerschaft sowie von Transparenz und Offenheit gekennzeichnet sein soll.

Im Februar 2018 fand ein Gegenbesuch statt, bei dem eine Delegation aus Schwäbisch Hall unter der Leitung von Oberbürgermeister Hermann-Josef Pelgrim und des Klimaschutzbeauftragten der Kommune Stefano Rossi nach Okahandja reiste, um sich ein Bild von der Situation vor Ort zu machen. Die Delegation hatte Gelegenheit, mit den Mitgliedern des Stadtrats von Okahandja zusammenzukommen und sie kennenzulernen.

Neben dem gegenseitigen Kennenlernen besuchte die Delegation verschiedene Einrichtungen und Betriebe, darunter eine Abfalldeponie, das Gemeindehaus, das staatliche Krankenhaus, eine Schule und die Kläranlage. Dabei konnten sich die Delegationsmitglieder mit eigenen Augen davon überzeugen, dass die Abfalldeponie und das Gemeindehaus dringend modernisiert bzw. saniert werden müssen. Konkret müssen eine Recyclinganlage errichtet, das Gemeindehaus saniert und die Kläranlage modernisiert werden. Vor diesem Hintergrund wurden mehrere Schwerpunkte der Zusammenarbeit festgelegt.

Im November 2018 reiste eine Delegation aus Okahandja nach Schwäbisch Hall. Die Delegation wurde von Bürgermeister Johannes Hindjou, der Beauftragten für Umwelt, Gesundheit und Katastrophenvorsorge Julia Hukununa und dem Verantwortlichen für Stadtplanung Phillip Hendjala geleitet.



Oberbürgermeister Hermann-Josef Pelgrim aus Schwäbisch Hall diskutiert gemeinsam mit Bürgermeister Johannes Hindjou und Gemeinderäten aus Okahandja mögliche Standorte einer Solaranlage in Okahandja © Stadt Schwäbisch Hall

Auf dem Programm standen der Besuch einer Biogasanlage, eines Entsorgungszentrums sowie einer Kompostierungsanlage. Außerdem kam die Delegation aus Namibia mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadtwerke Schwäbisch Hall zusammen und diskutierte mit ihnen über die geplante Photovoltaik-Anlage in Okahandja. Auf einem von der SKEW und der LAG 21 NRW ausgerichteten eintägigen Workshop hatten Vertreterinnen und Vertreter der beiden Kommunen Zeit und Gelegenheit, an ihrer Vision und ihrem gemeinsamen Handlungsprogramm für die kommunale Klimapartnerschaft zu arbeiten.

Der zweite Besuch in Schwäbisch Hall war ein wichtiger Meilenstein für die Delegation aus Okahandja, denn für die Vertreterinnen und Vertreter der Kommune waren die Erfahrungen, die Schwäbisch Hall in der Abfall- und Energiewirtschaft, insbesondere beim Betrieb und bei der Bewirtschaftung einer Recyclinganlage, gesammelt hat, sehr wertvoll. Der Workshop erwies sich als hervorragende Lernerfahrung und brachte den Besucherinnen und Besuchern entscheidende Erkenntnisse, denn die größte Herausforderung von Okahandja ist die Abfall- und Energiewirtschaft.

Die **wichtigsten Zwischenergebnisse** bei der Ausarbeitung des gemeinsamen Handlungsprogramms waren die Festlegung der Schwerpunkte, der Aufbau der Arbeitsstrukturen und die Entstehung einer tragfähigen Arbeitsbeziehung.

Folgende Stellen sind bisher an der kommunalen Klimapartnerschaft beteiligt:

Gemeinde Okahandja	Stadt Schwäbisch Hall
Büro des Bürgermeisters	Büro des Bürgermeisters
Amt für Umwelt- und Gesundheitsschutz und Katastrophenvorsorge	Fachbereich Hauptverwaltung
Stadtplanungsamt	Stadtwerke Schwäbisch Hall
Amt für lokale Wirtschaftsentwicklung	NRO Freundeskreis Namibia
Amt für technische Infrastrukturen	
Joint Venture zwischen Okahandja und CenoRed	

Die zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Anhand der konkreten Situation vor Ort und der abschließenden Konsultationen, die während der Besuche stattfanden, haben die Vertreterinnen und Vertreter der beiden Kommunen die wichtigsten Schwerpunktthemen festgelegt und insbesondere auf den schlechten Zustand der Abfalldeponie und der Dienstleistungsinfrastruktur reagiert.

Auf der Ebene der **Vision** sieht die Klimapartnerschaft gebildete, befähigte und engagierte Bürgerinnen und Bürger, die daran arbeiten, dass bis 2030 wichtige Klimaziele erreicht werden. Die Menschen in Schwäbisch Hall und Okahandja sollen für den Klimawandel und seine Konsequenzen und die damit verbundenen Auswirkungen auf unsere Lebensgrundlagen und die Umwelt sensibilisiert werden.

Um diese Vision langfristig zu erreichen, haben die beiden Partner Schwerpunktthemen ihrer gemeinsamen Arbeit identifiziert, in denen gemeinsame Maßnahmen umgesetzt werden sollen. Dies sind folgende Schwerpunktthemen:

- Förderung von erneuerbaren Energien
- Optimierung der Abfallwirtschaft
- Optimierung der Sanitärversorgung
- Sensibilisierung für den Klimawandel

Im Folgenden sollen die Schwerpunktthemen im Detail vorgestellt werden:

Erneuerbare Energien: Bis 2030 strebt die Klimapartnerschaft einen Stromanteil von 50 Prozent aus erneuerbaren Energien an. Der erste Schwerpunkt des Handlungsprogramms umfasst wichtige Projekte wie die Stärkung der örtlichen Energieversorgung durch die gemeinsame Errichtung einer Freiflächen-Photovoltaik-Anlage. Außerdem soll geprüft werden, inwiefern sich kleinere Photovoltaik-Anlagen auf den Dächern kommunaler Gebäude errichten lassen.

Die Gemeinde Okahandja profitiert in hohem Maße von den Erfahrungen der Stadtwerke Schwäbisch Hall, die bereits seit 2018 100 Prozent des Stroms für das eigene Versorgungsgebiet aus erneuerbaren Energien beziehen. Zu den weiteren Maßnahmen gehören Schulungen zur Planung von Projekten auf dem Gebiet der erneuerbaren Energien, die seit Februar 2018 bei den Stadtwerken Schwäbisch Hall durchgeführt werden. Die Stadtwerke Schwäbisch Hall gehören inzwischen dem Kernteam der kommunalen Klimapartnerschaft an. Mit diesem Maßnahmenbündel hat Okahandja gute Chancen, einen wesentlichen Beitrag zur nachhaltigen Energieerzeugung in Namibia zu leisten.



Akteurinnen und Akteure aus Okahandja zeigen ihren Partnern aus Schwäbisch Hall die Kläranlage in Okahandja
© Stadt Schwäbisch Hall

Abfallwirtschaft: Im zweiten Schwerpunkt ihres gemeinsamen Handlungsprogramms befassen sich die beiden Kommunen mit den Möglichkeiten, die für die Entsorgung von festen Siedlungsabfällen, die optimale Verwertung von gesammelten Wertstoffen und die Entwicklung von entsprechenden Lösungen für Okahandja bestehen. Als Ziel bis 2030 hat sich die Klimapartnerschaft eine

Recyclingquote fester Siedlungsabfälle von 50 Prozent in Okahandja gesetzt. Derzeit sind weder die Abfallwirtschaft generell noch die Bewirtschaftung der Abfalldeponie von Okahandja bedarfsgerecht. Manchmal werden leichte Materialien wie Plastiktüten und Zeitungen durch den Wind von der Deponie in die Umgebung geweht. Vor diesem Hintergrund muss die Abfallvermeidung ein zentraler Bestandteil einer zu entwickelnden Abfallwirtschaftsstrategie sein. Darüber hinaus sollten die Akteurinnen und Akteure die Potenziale einer intelligenten Abfallwirtschaft und des Abfalls selbst als wertvolle Ressourcen zur Erzielung von Einnahmen erkennen können.

Der dritte Schwerpunkt des Handlungsprogramms umfasst die **Sanitärversorgung**. In diesem Arbeitsfeld soll im Rahmen der kommunalen Klimapartnerschaft der Wissenstransfer zwischen den beiden Kommunen gefördert werden, damit der Betrieb der Kläranlage optimiert werden kann. Bis 2030 planen die beiden Kommunen eine Erhöhung der an die Sanitärversorgung angeschlossenen Haushalte um 50 Prozent.

Der vierte Schwerpunkt des Handlungsprogramms umfasst die **Umweltbildung** zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung in den Bereichen Wasser-, Energie- und Abfallwirtschaft. Dabei soll die Sichtweise der Bürgerinnen und Bürger auf ihre eigene Umwelt und den Klimawandel im Sinne eines umweltgerechten Verhaltens beeinflusst werden und die Bürgerinnen und Bürger für die Auswirkungen des Klimawandels sensibilisiert werden. Dies kann zu positiven Effekten führen. So sollten die Bürgerinnen und Bürger beispielsweise ihre Abfälle sortenrein trennen, so dass weniger Wertstoffe auf der Abfalldeponie landen. Außerdem ist geplant, die Menschen über Wasserverschwendung aufzuklären, damit weniger Wasser verloren geht, und ihnen zu zeigen, wie sie erneuerbare Energien anstelle von fossilen Energieträgern nutzen können. Die Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger wird als Querschnittsmaßnahme betrachtet.

Die oben genannten Maßnahmen wurden ausgewählt, um konkrete Probleme vor Ort anzugehen. Als eine Delegation aus Okahandja im Oktober 2017 Schwäbisch Hall besuchte, brachten die Gäste ihre Besorgnis zum Ausdruck und wiesen darauf hin, dass in Bezug auf die Abfalldeponie und die Kläranlage ihrer Stadt dringender Handlungsbedarf

besteht. Ein weiteres Thema war die Energieversorgung von Okahandja und des ganzen Landes.

Außerdem erklärten die Mitglieder der namibischen Delegation ihren Gastgebern in Schwäbisch Hall, wie die Stromversorgung in Namibia strukturiert ist. So verfügt das Land über ein zentrales Stromversorgungsmodell, bei dem der größte Teil des benötigten Stroms aus Südafrika importiert wird (Kohlestrom). Daher ist es sinnvoll, eine Photovoltaikanlage in Okahandja zu errichten, um eine umweltfreundliche, nachhaltige und bezahlbare Stromversorgung der Stadt zu gewährleisten. Eine Umstellung der Stromerzeugung auf Photovoltaik würde zu einer Verbesserung der Umweltsituation führen und eine Lebensweise fördern, in der umwelt- und gesundheitsschädliche fossile Energieträger keine Rolle mehr spielen.

Das **Hauptziel der kommunalen Klimapartnerschaft** besteht darin, die Herausforderungen durch den Klimawandel gemeinsam zu bewältigen. Zu diesem Zweck sollen die Treibhausgasemissionen sowohl in den Kommunen als auch in anderen Teilen der Welt verringert werden. Die Kommunen Schwäbisch Hall und Okahandja sind stolz darauf, die Energiewende und den Übergang in eine kohlenstoffarme Zukunft gestalten und dazu beitragen zu können, dass auch künftige Generationen die Wunder und die Schönheit des Lebens auf der Erde genießen können.

Die beiden Partnerkommunen begeben sich mit der kommunalen Klimapartnerschaft auf eine lange und anstrengende Reise, sind aber davon überzeugt, dass ihr heutiges Handeln sich als nützlicher Beitrag für die Menschheit und unseren Planeten erweisen wird.

3.12. Viernheim – Silly, Burkina Faso

	Stadt Viernheim (Deutschland)	Gemeinde Silly (Burkina Faso)
Einwohnerzahl	34.265	Ca. 34.000
Fläche	48 km ²	1.238 km ²
Mögliche oder bereits spürbare Auswirkungen des Klimawandels	<ul style="list-style-type: none"> • Mehrere Starkregenereignisse mit Überflutung von Teilen des Stadtgebietes • Aufeinanderfolgende Jahre mit starkem sommerlichem Trockenstress belasten den Baumbestand in den angrenzenden Wäldern und die Landwirtschaft • Steigende Temperaturen 	<ul style="list-style-type: none"> • Unregelmäßig und geringere Regenfälle führen zu sinkenden Ernteerträgen bis hin zum Ernteausfall • Veränderungen der Temperatur und der Niederschläge beeinflussen die Trinkwasserversorgung der Bevölkerung • Die Regenzeit setzt heftiger ein, ist aber unterbrochen. Die üblichen Gebäude halten Starkregen und Wind nicht stand • Fortschreitende Desertifikation

Vorstellung der Klimapartnerschaft

Viernheim ist eine Mittelstadt nordöstlich von Mannheim im Wirtschafts- und Ballungsraum Metropolregion Rhein-Neckar. Viernheim hat vier Gewerbegebiete mit vielen Betrieben des Mittelstands. Viernheims zukunftsweisende Energiepolitik fand Anerkennung und Unterstützung beim Hessischen Umweltministerium und gewann 1994 den hessischen Kommunalwettbewerb um die Brundtlandstadt. Brundtlandstadt heißt dabei Energiesparstadt, in Anlehnung an den unter der Leitung der ehemaligen norwegischen Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland 1987 von der UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung erstellten Brundtlandbericht.¹⁰ Dessen wichtigste Forderung lautete: Der Primärenergieverbrauch und damit die CO₂-Emissionen in den Industrieländern müssen in den nächsten Jahrzehnten halbiert werden. Seitdem ist Klimaschutz ein Schwerpunkt kommunalen Handelns der Stadt Viernheim.

Silly, die Partnergemeinde der Stadt Viernheim, ist eine ländliche Gemeinde und zählt 31 Dörfer. Sie liegt in der Region „Centre-Ouest“ von Burkina Faso in der Provinz Sissili, ca. 90 km von Léo, der Kreisstadt dieser Provinz. Die Hauptaktivitäten sind Landwirtschaft und Viehzucht, wobei die bäuerlichen Aktivitäten im Wesentlichen auf der

Subsistenzwirtschaft beruhen. Klimatisch liegt die Gemeinde Silly in der semi-ariden Zone mit der entsprechenden Vegetation der Baumsavanne.



Arbeitsbesuch der afrikanischen Delegation aus Viernheims Partnergemeinde Silly zusammen mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Viernheim und des Vereins Focus e. V. © Focus e.V.

Die offizielle Städtepartnerschaft mit Partnerchaftsvertrag gibt es seit dem Jahr 1994. Vertraglich erweitert auf das gesamte Gemeindegebiet der Landgemeinde Silly wurde sie im September 2013.

Bereits 1995 hatte die Stadt Viernheim ein Klimaschutzkonzept entwickelt und die Inhalte in den Folgejahren weitgehend umgesetzt. Die Stadt Viernheim und das Brundtlandbüro haben sich im

¹⁰ <https://www.viernheim.de/leben-bauen-bildung/oekologie-umwelt/brundtland-und-klimaschutz.html>

Jahr 2018 das Ziel gesetzt, ein ambitioniertes und innovatives Klimaschutzkonzept 2.0 für die Brundtlandstadt zu erstellen. Neben dem klassischen Energiebereich werden auch die Themen Mobilität, nachhaltige Lebensstile, regionale Wertschöpfung und Klimafolgenanpassung bearbeitet.

Passend zur Beauftragung eines Klimaschutzkonzeptes für Viernheim wurde im Frühjahr 2017 von der SKEW von Engagement Global der Aufruf zur sechsten Projektphase der „Kommunalen Klimapartnerschaften“ gestartet, in der gleichzeitig kommunale Klimapartnerschaften zwischen deutschen und afrikanischen oder lateinamerikanischen Kommunen angebahnt werden sollten.

Der Erste Stadtrat ist verantwortlich für Stadtentwicklung und Umweltplanung sowie für das Brundtlandbüro. Der Verein FOCUS e.V. hat im Auftrag der Stadt Viernheim das Projektmanagement im Bereich der städtischen Entwicklungspolitik und Klimapartnerschaft im Rahmen der Städtepartnerschaft inne. Nach Gesprächen zwischen dem Bürgermeister, dem Ersten Stadtrat, den städtischen Fachbereichen und dem Verein FOCUS e.V. wurde eine Teilnahme von allen Seiten befürwortet. Die kommunalen Verantwortlichen in Silly wurden über die Möglichkeit einer Klimapartnerschaft informiert. Nach Beratungen mit den Fachbereichen vor Ort für Land- und Forstwirtschaft, Wasserversorgung und der Schulinspektion hat der Bürgermeister von Silly einer Ausweitung der Partnerschaft auf die Gebiete Klimaschutz und Klimafolgenanpassung zugestimmt. Daraufhin wurde die Initiative dem Gemeinderat von Silly vorgestellt. In Viernheim wurde im Mai 2019 mit Beschluss der kommunalen Gremien das zwischenzeitlich erarbeitete Handlungsprogramm zustimmend zur Kenntnis genommen, als Handlungsrahmen und Arbeitsgrundlage für den Start in die Umsetzung der gemeinsamen Klimapartnerschaft Viernheim – Silly.

Erarbeitung des Handlungsprogramms

Ein großer Vorteil für eine Teilnahme an der sechsten Phase der kommunalen Klimapartnerschaften war, dass bereits seit 1994 eine **offizielle Städtepartnerschaft** zwischen Silly und Viernheim besteht. Die beim Auftaktworkshop im Oktober 2017 in Bremen offiziell unterzeichnete Klimapartnerschaft wird somit genutzt, um die seit 25 Jahren bestehende Städtepartnerschaft neu zu

strukturieren und zu vertiefen. Die Teilnahme gibt der Städtepartnerschaft einen neuen Impuls: Alles kommunale Handeln in Viernheim und Silly soll nach den Erfordernissen und Herausforderungen des Klimawandels und im Sinne einer gesunden, gerechten, nachhaltigen, klimaangepassten, klimafreundlichen Kommune ausgerichtet werden.

Nach dem Auftaktworkshop wurden in beiden Kommunen eine **Projektkoordination** ernannt und ein Kernteam gebildet sowie mögliche Akteurinnen und Akteure ausgewählt. Beide Kommunen legen großen Wert auf die Einbeziehung möglichst zahlreicher Akteurinnen und Akteure aus kommunalen und zivilgesellschaftlichen Bereichen, um die Klimapartnerschaft so in vielen unterschiedlichen Bereichen der Gemeinden populär zu machen. Wichtige Prinzipien sind dabei die Zusammenarbeit auf Augenhöhe, das gegenseitige Lernen und die gemeinsame Verantwortung für Erarbeitung und Umsetzung des Handlungsprogramms.



Engagierte Arbeitsgruppe bei einem Workshop zur Entwicklung des Handlungsprogramms der Klimapartnerschaft in Silly, Burkina Faso © Focus e.V.

Die erste Entsendung fand im Januar 2018 nach Silly statt. Im Verlauf eines Workshops zur Entwicklung einer Klimapartnerschaft wurde die Ausgangssituation analysiert. Im Fokus aller Gespräche und Diskussionen stand die Klärung der Frage, wie die kommunale Städtepartnerschaft um den Bereich einer Klimapartnerschaft erweitert und bereichert werden kann.

Bei der zweiten Entsendung nach Viernheim wurde es schon konkreter. Mit Unterstützung von SKEW und LAG 21 NRW wurde im Verlauf

eines Workshops zunächst zurückgeschaut und die Arbeitsstrukturen und Themenschwerpunkte des Programms der Klimapartnerschaft benannt. Anschließend wurde an einer neuen Vision gearbeitet mit abschließender Reflektion und Planung der nächsten Schritte. Auch konnten erste konkrete Konturen für ein gemeinsames Handlungsprogramm erarbeitet werden, und mit einigen ausgewählten Akteurinnen und Akteuren wurden intensive Gespräche geführt.

Im Anschluss an diese Entsendung wurde in beiden Kommunen am Handlungsprogramm weitergearbeitet. Mit einer konkreten Ausarbeitung im Gepäck erfolgte im Februar 2019 die dritte Entsendung nach Silly. In einem Workshop, an dem neben der Viernheimer Delegation der Bürgermeister und Erste Stadtrat von Silly, Gemeinderäte sowie Vertreterinnen und Vertreter aus kommunalen Fachbereichen und der Zivilgesellschaft teilnahmen, wurde das gemeinsame Handlungsprogramm allen Beteiligten vorgestellt und Fragen dazu gesammelt und anschließend Punkt für Punkt besprochen und geklärt. Ein wichtiger Aspekt für beide Klimapartner ist die Einbeziehung der formalen und non-formalen Bildung von Jung und Alt, um parallel bei der Umsetzung von Zielen durch Bildungsprojekte ein Bewusstsein in der Bevölkerung über Klimaschutz und Klimafolgenanpassung für verantwortungsbewusstes Handeln zu schaffen.

Die zentralen Maßnahmen des Handlungsprogramms

Beim Workshop in Viernheim im Oktober 2018 wurden folgende Schwerpunkte für die zukünftige Zusammenarbeit festgelegt:

- Erneuerbare Energien
- Stärkung regionaler Strukturen
- Schule und Erziehung
- Good Governance
- Land- und Forstwirtschaft, Umwelt, Wasserversorgung, Bewässerung und Entsorgung, Gesundheit

Viernheim hat 2019 ein **Klimaschutzkonzept** verabschiedet. In Silly sollen Klimafolgenanpassungsmaßnahmen als Bestandteil in den kommunalen Entwicklungsplan mit aufgenommen werden. Große Potenziale gibt es in Viernheim bei den Themen Photovoltaik, bei Suffizienz (nachhaltige Lebensstile – „weniger ist mehr“) und beim

Radverkehr. In Silly liegen diese eher beim Ausbau von Solarenergie und bei der Anpassung der Landwirtschaft. Dabei werden die Themen Bildung, Motivation, Aufklärung und politische Willensbildung stets mitbedacht. Auch sind die Strukturen einer ländlichen Gemeinde Afrikas wie Silly und einer Mittelstadt in einem deutschen Ballungsraum wie Viernheim extrem unterschiedlich, womit strategische Ziele und Maßnahmen sehr divergierend und schwierig gemeinsam zu gestalten sind.



Die Kinder an den Grundschulen von Silly können es kaum erwarten, bis die Obstbaum-Setzlinge in ein paar Jahren die ersten Früchte tragen © Focus e.V.

Erneuerbare Energien: In Viernheim wird angestrebt, den Anteil der regenerativen Energien in den Bereichen Wärme und Strom zu vervielfachen. Dazu ist die Initiierung einer neuen Solar-Kampagne in 2020 in Kooperation mit der lokalen Bürgersolarberatung vorgesehen. In Silly sind die Initiierung einer Solarstrategie und die Aufstellung eines Solartainers geplant. In allen Dörfern werden Biogasanlagen installiert einhergehend mit einer Sensibilisierung der Haushalte über deren Vorteile. Es werden Maßnahmen geschaffen, um vor Ort ein auf Solarenergie spezialisiertes Unternehmen aufzubauen.

Stärkung regionaler Strukturen: Lokale und regionale Strukturen sollen gestärkt werden. Dabei stehen die Bereiche Mobilität, Ernährung und Konsum im Vordergrund kommunalen Handelns. Silly wird bei der Weiterverarbeitung von Karitébutter (Pflanzenfett aus der Nuss des Karitébaums, auch Sheabutter) über eine starke Organisation verfügen, die in der Lage ist, fertige Produkte zu wettbewerbsfähigen Preisen auf den nationalen

und internationalen Markt zu liefern. Ferner entstehen lokale Handwerksbetriebe im technischen Bereich (Solar, Biogas, Karitéverarbeitung).

Schule und Erziehung: Die Klimapartnerschaft strebt an, einen Kinder- und Jugendbildungsplan zu entwickeln, der „Bildung für eine nachhaltige Entwicklung“ als ein zentrales Instrument auf der Grundlage der von den Vereinten Nationen formulierten Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 versteht. Die schulischen und außerschulischen Bildungsträger in Viernheim und Silly verabreden ein lokales Bildungskonzept, das folgende Schwerpunkte beinhaltet: Klimawandel, Energie, Konsum, Ernährung, Mobilität, Arbeit, Biodiversität und Gerechtigkeit. Eine Sachverständigenengruppe entwickelt einen Vorschlag für ein angepasstes non-formales Bildungskonzept. In beiden Kommunen wird das Bewusstsein für Klimawandel und Klimafolgenanpassung in Form von Sensibilisierungskampagnen und der Ergänzung des Curriculums für Schulen und Projekte geschärft. Um auch das Bewusstsein der Bevölkerung mit Blick auf den Klimawandel bzw. die Klimafolgenanpassung zu sensibilisieren, ist in Silly der Bau eines „Kommunalen Klimahauses“ inklusive eines Umweltgartens und einer Bibliothek eingeplant. Ziel ist es außerdem, schulische Einrichtungen und kooperierende Organisationen als „nachhaltige Bildungsträger“ zu zertifizieren.

Good Governance: Die Klimapartnerschaft strebt an, eine konsequente kommunale Klimaschutzpolitik zu betreiben und geeignete Strukturen zu schaffen, um die Langfristziele des Klimaschutz- bzw. Klimafolgenanpassungskonzepts bis 2050 zu erreichen. Die Kommunen Viernheim und Silly verstehen sich dabei als Netzwerker. Es soll ein Nachhaltigkeitsrat gebildet werden, der die Prozesse und Maßnahmen initiiert, begleitet und evaluiert.

Land- und Forstwirtschaft, Umwelt, Wasserversorgung, Bewässerung und Entsorgung, Gesundheit: Aufgrund der strukturellen Unterschiede sind hier die Maßnahmen sehr divergierend und treffen größtenteils auf Silly zu. Als Spiegelprojekt kann die Initiative „Leben ohne Plastik“ mit der gleichen Zielsetzung sowohl in Silly als auch in Viernheim durchgeführt werden. In Silly wird eine Verbesserung des Zugangs zu Trinkwasser angestrebt. Bis 2030 ermöglichen Landwirtschaft und Viehzucht eine sichere und effizientere

Ernährungsbasis. Dazu werden landwirtschaftliche Produktionsstätten gebaut oder saniert. Das stark beschädigte Rückhaltebecken in Silly wird saniert und erweitert. Die Landwirte erhalten eine Sensibilisierung und Schulung über gute landwirtschaftliche Praktiken, die dem Klimawandel standhalten. Es werden in ausgewählten Dörfern Läden für adäquate Betriebsmittel eingerichtet. Der Bevölkerung sollen agrometeorologische Informationen und Beratungsdienste für die praktische Landwirtschaft zur Verfügung gestellt werden. Die Entwicklungspläne im Bereich der Aufforstung müssen aktualisiert werden. Die Erhaltungsmaßnahmen von vorhandenem Baumbestand müssen verstärkt und die Aufforstung mit Obstbäumen intensiviert werden.

4. FAZIT

In einem intensiven zweijährigen Prozess haben sich die zwölf kommunalen Klimapartnerschaften der sechsten Projektphase auf einen inhaltlich spannenden Weg begeben, ihre bereits bestehenden partnerschaftlichen Verbindungen um Themen des Klimaschutzes und der Klimafolgenanpassung zu erweitern bzw. innerhalb dieses thematischen Kontexts neue partnerschaftliche Beziehungen anzubahnen und aufzubauen.

Dabei zeigte sich eindrücklich, dass alle Kommunen auf sehr unterschiedliche Weise von Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind. Während die einen von Extremwetterereignissen und andauernden Hitze- und Trockenheitsperioden berichten, sind andere u.a. von Wasserknappheit und Bodenerosion betroffen. Abhängig von der jeweiligen Klimazone finden sich hier Akzentuierungen: So leiden die Kommunen in Burkina Faso unter Dürren, Wasserknappheit und Bodenverarmung, während Kommunen in Peru mit Überschwemmungen und Erdbeben bzw. Bergstürzen zu kämpfen haben. Seitens der deutschen Kommunen werden vor allem längere Hitzeperioden im Sommer und Starkregenereignisse genannt.

Acht Klimapartnerschaften der sechsten Projektphase bauten auf bereits bestehenden Partnerschaften auf, vier wurden neu gegründet. Die bereits bestehenden Partnerschaften gehen größtenteils auf langjährige Städte- oder Schulpartnerschaften zurück. Insbesondere für die neu etablierten, aber auch für die bereits bestehenden Partnerschaften bestand die Herausforderung darin, in relativ kurzer Zeit eine solide inhaltliche und organisatorische Grundlage für die weitere Zusammenarbeit zu schaffen.

Erstmalig wurden Kommunen aus Deutschland sowie aus verschiedenen Ländern Afrikas und Lateinamerikas innerhalb einer Projektphase zusammengebracht. Die bisherigen fünf Projektphasen waren jeweils nur auf eine Weltregion fokussiert. Dies stellte das Projektteam vor verschiedene neue Herausforderungen hinsichtlich der Kommunikation in verschiedenen Sprachen, die bei der Organisation und Programmgestaltung

der internationalen Veranstaltungen berücksichtigt werden mussten. Auch die Anreise für die lateinamerikanischen Kommunalvertreterinnen und -vertreter nach Windhoek in Namibia für das Südpartnernetzwerktreffen oder nach Kougou in Südafrika für den Ergebnisworkshop gestalteten sich schwierig, zum Beispiel aufgrund von Visaanforderungen und langer Reisedauer. Dennoch überwogen die positiven Aspekte, denn durch den Austausch über drei Kontinente hinweg konnten noch mehr Perspektiven, Herausforderungen, Erfahrungen und Lösungsansätze im internationalen Netzwerk geteilt und diskutiert werden. Auch wenn es für die Akteurinnen und Akteure aus den Partnerschaften nicht immer einfach war, eine gemeinsame Sprache zu finden: In der Regel ließ sich spontan Unterstützung durch Kolleginnen und Kollegen aus anderen Kommunen oder von den Dolmetscherinnen und Dolmetschern mobilisieren. Insgesamt stellte die Einbeziehung zweier Weltregionen daher eine Bereicherung für die Klimapartnerschaften der sechsten Phase dar, und es konnten weitere neue inhaltliche Impulse gesetzt werden. Die Herausforderungen, den Folgen des Klimawandels zu begegnen, ähneln sich in afrikanischen und lateinamerikanischen Kommunen ebenso wie die Motivation, gemeinsam dagegen anzugehen.

Im Hinblick auf die **Arbeitsstrukturen** sind in allen Kommunen Koordination und Kernteams eingerichtet worden. In der Mehrzahl bestehen auch Steuerungsgruppen, die sich im Projektverlauf mehrmals getroffen haben. Teilweise wurden dafür bestehende Gremien aus den Bereichen Klima- oder Umweltschutz genutzt und um weitere relevante Akteurinnen und Akteure erweitert. Die Zusammensetzung der verschiedenen Akteursgruppen ist gemäß der spezifischen Situation der Kommunen heterogen. In fast allen Kommunen sind aber Akteurinnen und Akteure aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft beteiligt worden, was den inhaltlichen Austausch bereichert und die Zusammenarbeit auf eine solide und breite Basis gestellt hat. In Koordination und Kernteams sind sowohl die für Internationales zuständigen Fachressorts als auch die für Umwelt oder Klimaschutz vertreten. Besonders in den

kleineren Kommunen, wo diese Ressorts nicht vorhanden sind, bringen sich (ehrenamtliche) Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sowie die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister selbst stark ein. In einigen Partnerschaften engagierten sich zudem Akteurinnen und Akteure aus der Privatwirtschaft (z.B. im Falle von Ludwigsburg – Ambato, Ecuador, und Brühl – Dourtenga, Burkina Faso) oder Privatpersonen (im Falle von Hachenburg – Distrikt Gisagara, Ruanda), die als Sprachmittler sowie kulturelle Mittler fungierten.

In den Steuerungsgruppen sind Universitäten und wissenschaftliche Einrichtungen relativ stark vertreten, was interessante Möglichkeiten zur vertieften Analyse bestimmter inhaltlicher Aspekte bietet. So sind zum Beispiel in der Partnerschaft Köln – Yarinacocha, Peru, neben Basisorganisationen der indigenen Bevölkerung (FECONAU) und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen auch die Universitäten in den Städten beteiligt. Darüber hinaus sind in vielen Partnerschaften Schulen bzw. Schülerinnen und Schüler als wichtige Akteursgruppen erkannt worden. Unter anderem sind in den Partnerschaften Enkenbach-Alsenborn – Kinigi/ Distrikt Musanze, Ruanda, und Landkreis Hameln-Pyrmont – Distrikt Alfred Nzo, Südafrika, Schulpartnerschaften im Aufbau und sollen verstärkt in die Aktivitäten der Klimapartnerschaft einbezogen werden.



Christopher Eita aus Windhoek und Gerhard Gross aus München unterhalten sich angeregt © Ernst Ohlhoff

Um den politischen Rückhalt zu sichern, werden in den Fällen, in denen Gemeinderatsmitglieder nicht ohnehin schon direkt eingebunden sind, die politischen Gremien seitens der Koordinatorinnen

und Koordinatoren in den regulären Sitzungen regelmäßig über die Fortschritte informiert. Dafür stellten die Besuche aus den Partnerkommunen anlässlich von Entsendungen besonders gute Gelegenheiten dar. Die Entsendungen in beide Richtungen bzw. die internationalen Workshops wurden ebenfalls genutzt, um Öffentlichkeitsarbeit für die Klimapartnerschaft und ihre Inhalte zu betreiben, zum Beispiel über Pressemitteilungen, Meldungen auf den Webseiten der Kommunen und in den sozialen Medien.

Die **Erarbeitung der Handlungsprogramme** verlief nicht immer kontinuierlich und geradlinig. Politische Wechsel sowie Personalengpässe führten in einigen Fällen zu längeren Unterbrechungen. Die Sprachbarrieren stellten und stellen eine Herausforderung für die Kommunikation untereinander dar. Teilweise wurde Unterstützung seitens der SKEW für Verdolmetschung und Übersetzungen benötigt. Nichtsdestotrotz haben fast alle Partnerschaften kreative Lösungen gefunden, oft unter Einbeziehung von Vereinen oder engagierten Privatpersonen. Für die Fortführung der Zusammenarbeit ist dies eine zentrale Voraussetzung.

Wie schon in den vorangegangenen Projektphasen hat auch in dieser der fachliche Austausch über Erfahrungen, Strategien und Bedarfe zu einer schnellen Identifizierung von Schwerpunktthemen geführt, die für beide Seiten von Interesse sind. Hier stellten insbesondere die gegenseitigen Entsendungen wichtige Momente dar. Seitens der lateinamerikanischen und afrikanischen Partner wurden dabei oft die Zusammenhänge zwischen Klimawandel und der Verbesserung der Lebensbedingungen und Einkommenssituation der lokalen Bevölkerung eingebracht. In den deutschen Kommunen wurden der Bewusstseinsbildung und Motivation zu klimafreundlicherem Verhalten ein besonders hoher Stellenwert eingeräumt.

Die als Ergebnisse dieses intensiven Prozesses erstellten Handlungsprogramme, die für die einzelnen Klimapartnerschaften im vorangegangenen Kapitel vorgestellt wurden, sind durch ihren hierarchischen Aufbau (strategisches Ziel – operatives Ziel – Maßnahme) sowie die Angabe von Verantwortlichen, Zeitplanung, benötigten Ressourcen und Indikatoren klar strukturiert und bieten eine hervorragende Grundlage für die Umsetzung. Dazu trägt auch bei, dass die Handlungsprogramme sowohl größere, ressourcenintensive Projekte als

auch solche Maßnahmen aufweisen, die unabhängig von externer Finanzierung und basierend auf den vorhandenen (personellen, materiellen und finanziellen) Ressourcen durchgeführt werden können. Neben Maßnahmen, die in den kommenden ein bis zwei Jahren umgesetzt werden sollen, finden sich auch mittelfristige Zielsetzungen. Die Ressourcenplanung und Indikatoren sind vor allem für Projekte, die für die unmittelbare Umsetzung priorisiert worden sind, detailliert ausgearbeitet worden. Für die weiteren Maßnahmen sind sie teilweise noch recht allgemein gehalten und werden sicherlich verfeinert werden, wenn an eine Antragstellung für ihre Finanzierung gedacht ist. Angesichts der sehr unterschiedlichen Ausgangssituationen und Dynamiken in den Partnerschaften ist der Detailgrad der Ausarbeitung der Handlungsprogramme ebenfalls unterschiedlich.

Die Auswahl der **Schwerpunkthemen** entspricht naturgemäß der spezifischen Situation und den Bedarfen der beiden Partnerkommunen. Folgende Themenbereiche sind insgesamt am häufigsten aufgenommen worden:

- Sensibilisierung und Umweltbildung
- Erneuerbare Energien und Energieeffizienz
- Wassermanagement
- Abfallwirtschaft
- Nachhaltige Landwirtschaft



Teilnehmende des Südpartnernetzwerktreffens in Windhoek während der Besichtigung einer kommunalen Wasserwiederaufbereitungsanlage © Johan Jooste

Dabei soll die Mehrzahl der Ziele und Maßnahmen, die den Bau oder Ausbau von Infrastruktur bzw. die Anwendung bestimmter Technologien

beinhalten, in den lateinamerikanischen sowie afrikanischen Kommunen durchgeführt werden, wobei die deutschen Kommunen die Partner mit fachlicher Beratung und beim gemeinsamen Projektmanagement (inklusive Beantragung finanzieller Mittel) unterstützen. Es gibt aber auch mehrere „Spiegelprojekte“, die auf beiden Seiten parallel umgesetzt werden. Als Beispiele seien hier das Wassermanagement und Maßnahmen zur Vermeidung von Plastikmüll genannt. In allen Kommunen sind zudem Sensibilisierung sowie Bildungs- und Informationsarbeit von hoher Relevanz. In den deutschen Kommunen sollen unter anderem die massiven Folgen des Klimawandels in den Partnerkommunen zur Aufklärungsarbeit über globale Zusammenhänge und zur Intensivierung des Engagements der eigenen Bürgerinnen und Bürger genutzt werden.

In einigen Klimapartnerschaften ist die **Umsetzung der Handlungsprogramme** bereits angelaufen. 13 Projekte von Klimapartnerschaften der sechsten Phase werden oder wurden bereits im Rahmen der SKEW-Projekte Kleinprojektfonds, Nakopa und dem Förderprogramm für kommunale Klimaschutz- und Klimafolgenanpassungsprojekte (FKKP) aus Mitteln des BMZ durchgeführt. Weitere werden – trotz der durch die Corona-Pandemie bestehenden Einschränkungen – im Verlaufe des Jahres 2020 anlaufen. Dass die Umsetzung schon zu diesem frühen Zeitpunkt so tatkräftig angegangen wird, erhöht die Sichtbarkeit der Klimapartnerschaft und die Motivation aller Akteurinnen und Akteure. Dabei sollte der größere Zusammenhang der Handlungsprogramme allerdings nicht aus den Augen gelassen werden. Aufgrund ihrer erweiterten zeitlichen und inhaltlichen Perspektive ermöglichen die Handlungsprogramme, über die einzelne Maßnahme hinaus Folgeprojekte sowie komplementäre Maßnahmen im selben oder in anderen Handlungsfeldern vorzusehen und damit sowohl breitere und nachhaltige Wirkungen zu erzielen als auch die Klimapartnerschaft nachhaltig zu stärken und weiterzuentwickeln.

5. AUSBLICK

Mit unseren kommunalen Klimapartnerschaften haben wir nun die Wegstrecke der internationalen Klimakonferenzen von Kopenhagen 2009 bis nach Madrid 2019 begleitet. Die Geburtsidee des Projekts der Klimapartnerschaften im Vorfeld der 11. Bundeskonferenz zur kommunalen Entwicklungspolitik 2009 in München unter dem Titel „Herausforderung Klimawandel“ war eng verbunden mit dem Scheitern der UN-Klimakonferenz COP 15 in Kopenhagen. Mit der bilateralen Erarbeitung der Handlungsprogramme von deutschen Kommunen und Partnerkommunen des Globalen Südens zum Klimaschutz und zur Klimafolgenanpassung wollten wir ein Zeichen setzen, dass der globale Klimawandel mit seinen heute schon präsenten Auswirkungen nur in Kooperation aller Akteurinnen und Akteure in Nord und Süd zu bewältigen ist.



Horatio Hendricks, Bürgermeister der Kouga Local Municipality in Südafrika, hält Plastikpellets in seiner Hand, die für die Konstruktion der ersten „umweltfreundlichen Straße Afrikas“ verarbeitet werden sollen © Ernst Ohlhoff

Mit der schon laufenden siebten Phase des Projekts schauen wir auf rund 70 Klimapartnerschaften, die ein deutliches Signal setzen, um Klimaschutz und Klimafolgenanpassung auf Augenhöhe und in partizipativen Verfahren zu stärken.

In der sechsten Phase sind die Partner vom Amazonasgebiet Perus über die Kaffeeplantagen Nicaraguas bis hin zur Wüste Namibias und den Küstenstreifen Südafrikas gelangt und haben

in Deutschland unter anderem die Hansestadt Bremen, den Westerwald und die Brundtlandstadt Viernheim kennengelernt.

Allein die Partnerschaften zwischen den Kommunen mit den daran beteiligten Menschen sind ein absoluter Gewinn für alle, die sich auf den Weg gemacht haben. Für uns ist klar, dass es eine Gemeinschaftsaufgabe im Norden wie im Süden ist, den Klimawandel zu stoppen. Die Auswirkungen des Klimawandels sind global und kennen keine Grenzen. Diesen Anspruch verfolgen die gemeinsam entwickelten Handlungsprogramme der Klimapartnerschaften.

Auf der Grundlage dieser fundierten Basis gilt es fortan, die Klimapartnerschaften zu verstetigen und die selbst gesetzten Ziele und Maßnahmen umzusetzen. Hierbei erscheint es wichtig, dass die Handlungsprogramme Eingang in die alltägliche Praxis der jeweiligen Kommunen finden und eine regelmäßige Berichterstattung und Fortschreibung stattfindet. Sowohl im internen Verwaltungsgeschehen als auch durch eine Vorstellung in den politischen Gremien sollte hierbei über den Fortschritt und bestehende Hemmnisse bei der Umsetzung berichtet werden. Hierzu bieten sich etwa Fortschrittsberichte der kommunalen Klimaschutzpläne oder auch Berichte von Partnerschaftsvereinen an. Darüber hinaus sind die Handlungsprogramme als dynamische Dokumente zu sehen, die daher in regelmäßigen Abständen überprüft und weiterentwickelt werden sollten.

Beide Kommunen einer Partnerschaft sind gleichermaßen verantwortlich für die kurz-, mittel- und langfristige Umsetzung der geplanten Maßnahmen und Projekte. Unabdingbar dafür ist ein geregelter Wissenstransfer zwischen den handelnden Akteurinnen und Akteuren in den Klimapartnerschaftskommunen. Dieser Wissenstransfer zwischen den Kommunen sollte durch einen regelmäßigen Austausch gewährleistet werden, um die Handlungsprogramme fortschreiben zu können und neues Wissen und Expertise kontinuierlich zu ergänzen. Dabei ist es von zentraler Bedeutung, dass eine stetige Kommunikation aufrechterhalten wird und die eingerichteten

Arbeitsstrukturen lebendig bleiben. Innerhalb der Verwaltung sollte darauf Wert gelegt werden, dass die Klimapartnerschaftsarbeit nicht nur von einer Person betreut wird, damit bei einem Wechsel von Zuständigkeiten und Personen kein Bruch in der Zusammenarbeit entstehen kann.

Zahlreiche Maßnahmen der erarbeiteten Handlungsprogramme leben zudem von der Einbindung externer Akteurinnen und Akteure. So wird es zukünftig noch wichtiger sein, zivilgesellschaftliche Gruppen, Wissenschaft oder auch die Wirtschaft als Partner des Erfolgs zu sehen und entsprechend transparent den Kontakt zu pflegen und zu suchen. Die Fridays for Future Bewegung bietet beispielsweise die Möglichkeit, auf engagierte Jugendliche zuzugehen und sie in die Arbeit der Klimapartnerschaften einzubeziehen.

Immer wird sich in den Klimapartnerschaften bei der Verwirklichung der gemeinsamen Ziele die Ressourcenfrage stellen. Eine Vielzahl der in den Handlungsprogrammen beschriebenen Projekte sind ambitioniert und kostenintensiv, andere durch Eigenengagement und innovative Einbindung von Partnern umsetzbar. Die Zeitplanung innerhalb der Handlungsprogramme spiegelt bereits eine erste Priorisierung wider. Oft sollen allerdings mehrere Maßnahmen in relativ kurzer Zeit anlaufen. Beide Partner sollten sich deshalb darauf verständigen, mit welcher Priorität und mit welchem Zeitbudget sie verwirklicht werden können, damit es auf keiner Seite zu einer Überforderung kommt.

Die auf hohem Niveau und mit erheblicher Expertise entwickelten und im Handlungsprogramm dokumentierten Vorschläge zum Ausbau von erneuerbaren Energien, Energieeffizienz, präventiven Maßnahmen zur Vermeidung oder Abmilderung von Folgen des Klimawandels oder auch zu Bildungsprojekten sind eine sehr gute Voraussetzung zur Beantragung von Mitteln staatlicher und nichtstaatlicher Fördergeber. Sie beruhen auf einer gemeinsamen Analyse, einem Stärken-Schwächen-Profil und konkreten gemeinsamen Zielsetzungen. SKEW und LAG 21 NRW werden die Suche nach Finanzierungsquellen zur Umsetzung der Maßnahmen gerne in Zukunft weiterhin unterstützen. Auch inhaltlich und methodisch werden SKEW und LAG 21 NRW die Klimapartnerschaften bei der Umsetzung der Handlungsprogramme begleiten, wenn auch in geringerer Intensität als bisher. Bereits vereinbart wurde nach dem Vorbild der

vorangegangenen Projektphasen ein regelmäßiges Netzwerktreffen der deutschen Kommunen. Darüber hinaus bieten die SKEW als Kompetenzzentrum der kommunalen Entwicklungspolitik sowie Engagement Global mit vielen weiteren relevanten Programmen kommunalen und zivilgesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren unterschiedliche Beratungs- und Unterstützungsleistungen an, die auch zur Weiterentwicklung der kommunalen Klimapartnerschaften genutzt werden können. Die finanziellen und personellen Förderinstrumente der SKEW wurden den Kommunen auf den Netzwerktreffen in Deutschland sukzessive vorgestellt.

Das Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“ wird auch in den nächsten Jahren ausgeweitet und für die teilnehmenden Kommunen durch Beratungsangebote verstetigt. Die aktuelle achte Projektphase wird im Herbst 2020 anlaufen und wieder etwa zehn kommunale Klimapartnerschaften im Rahmen des zweijährigen Projektzyklus begleiten und unterstützen. Interessierte Kommunen können sich jederzeit bei der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW über zukünftige Möglichkeiten eines Projekteinstiegs informieren.

PUBLIKATIONEN DER SERVICESTELLE KOMMUNEN IN DER EINEN WELT

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt stellt alle ihre Publikationen und Informationsmaterialien zum kostenfreien Bestellen (sofern noch nicht vergriffen) oder als Download auf ihrer Homepage bereit: <https://skew.engagement-global.de/publikationen.html>.

„Dialog Global“-Schriftenreihe:

- Nr. 60: Ökosoziale Beschaffung – Gemeinsam auf kommunaler Ebene vorangehen. Eine Einführung mit Tipps für Verwaltung, Politik und Zivilgesellschaft. Bonn, Januar 2021
- Nr. 59: ASA-Kommunal, Dokumentation der Jahrgänge 1 bis 7 (2013 bis 2019). Bonn, Dezember 2020
- Nr. 58: Hauptstadt des Fairen Handels 2019. Bonn, September 2020
- Nr. 57: Finanzielle Unterstützung für kommunale Partnerschaften - Über die Schulter geschaut: Aus den Erfahrungen anderer lernen. Bonn, September 2020
- Nr. 56: Einbindung sozialer Kriterien nach der Vergaberechtsreform im Unterschwellenbereich. Bonn, März 2020
- Nr. 55: Gute Beispiele „Migration und Entwicklung“. Bonn, Februar 2020
- Nr. 54: Kommune bewegt Welt 2018 - Der Preis für herausragende kommunale Beispiele zu Migration und Entwicklung. Bonn, Mai 2019
- Nr. 53: Kommunale Klimapartnerschaften. Dokumentation der fünften Projektphase. Bonn, April 2019
- Nr. 52: Rechtliche Aspekte des entwicklungspolitischen Engagements kommunaler Unternehmen. Bonn, März 2019
- Nr. 51: Hauptstadt des Fairen Handels 2017. Bonn, April 2018
- Nr. 50: Agenda 2030 vor Ort. Kommunen in Niedersachsen zeigen, wie es geht. Bonn, April 2018
- Nr. 49: Rechtliche Aspekte der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit im Ausland. Bonn, Januar 2018

„Material“-Schriftenreihe:

- Nr. 108: 5. Baruther Schlossgespräche für eine Nachhaltige Entwicklung in Brandenburg, 16. September 2020 in Baruth/Mark. Bonn, Januar 2021.
- Nr. 107: Vierte Konferenz „Kommunale Partnerschaften mit Afrika“, 9. bis 11. September 2019 in Hannover. Bonn, März 2020
- Nr. 105: Internationaler Auftaktworkshop der siebten Phase im Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“, 14. bis 16. Mai 2019 in Münster. Bonn, Dezember 2019
- Nr. 104: Internationaler Auftaktworkshop der sechsten Phase im Projekt „Kommunale Klimapartnerschaften“, 9. bis 11. Oktober 2017 in Bremen. Bonn, August 2019
- Nr. 103: Dritte deutsch-ukrainische kommunale Partnerschaftskonferenz, 10. bis 11. Oktober 2018 in Freiburg im Breisgau. Bonn, Juli 2019
- Nr. 102: „Global denken – lokal handeln“. Chancen und Möglichkeiten der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Konferenz am 26. März 2019 in Dresden. Bonn, Juni 2019

Sonstige Publikationen:

- Unsere Angebote. Bonn 2020
- Über uns. Kurzprofil der Servicestelle. Bonn 2018
- Kommunale Entwicklungspolitik öffnet Türen. Gute Beispiele aus engagierten Kommunen. Bonn, Mai 2019
- Starke kommunale Partner. Wie Städte, Gemeinden und Landkreise sich für globale Nachhaltigkeit engagieren. Ein Dossier in Zusammenarbeit mit der Redaktion welt-sichten (Beilage zur Ausgabe 7-2019 von welt-sichten)

Alle Informationen, Termine, Aktivitäten, Tipps und Hintergrundberichte aktuell in den monatlichen ***Eine-Welt-Nachrichten*** der Servicestelle. Kostenfrei! Bestellformular auf unserer Homepage unter www.service-eine-welt.de.

Förderer und Kooperationspartner – die Beteiligungsstruktur der SKEW

Die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global gGmbH wird finanziell gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie der Länder Baden-Württemberg, Bremen, Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz. Durch unsere Gremien Programmbeirat und Programmkommission beteiligen wir unsere Förderer und Kooperationspartner an der Fortentwicklung unserer Angebote.

Programmbeirat



Programmkommission



ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen

Friedrich-Ebert-Allee 40 · 53113 Bonn
Postfach 12 05 25 · 53047 Bonn

Telefon +49 228 20 717-0
Telefax +49 228 20 717-150

info@engagement-global.de

www.engagement-global.de

Im Auftrag des



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

